

Die Lebensmittelversorgung
des Landes Baden
zwischen den beiden Weltkriegen

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

JOHANNA REISS, BROMBACH

Die Lebensmittelversorgung
des Landes Baden
zwischen den beiden Weltkriegen

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors

der Staatswissenschaften

der Philosophisch-Historischen Fakultät

der Universität Basel

vorgelegt von

JOHANNA REISS, BROMBACH

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf
Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. V. F. Wagner

Basel, den 2. November 1949

sig. Prof. Dr. F. Ranke
Dekan



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort:	5
Einleitung: Natürliche und wirtschaftliche Voraussetzungen der badischen Lebensmittelversorgung	7
1. TEIL	
Die Versorgungslage Deutschlands in den Jahren 1914—1939, unter beson- derer Berücksichtigung des Landes Baden	11
1. Kapitel: Ernährungswirtschaft Deutschlands im ersten Weltkrieg	
I. Ursachen der Preisentwicklung	11
II. Staatliche Preis- und Rationierungsvorschriften für den Nahrungsmittelverbrauch	15
III. Landwirtschaftliche Marktverhältnisse der Kriegswirt- schaft im Vergleich zu den Bedingungen des freien Wett- bewerbs	20
2. Kapitel: Übergang zur Friedenswirtschaft	
I. Allgemeine Versorgungsschwierigkeiten nach dem Krieg	25
II. Allmähliche Auflösung der Zwangswirtschaft in Baden:	
A. Bewirtschaftung vegetabilischer Produkte	26
B. Bewirtschaftung animalischer Produkte	30
C. Einfluß der Geldentwertung auf die Nahrungsmittel- versorgung	31
III. Agrarverhältnisse in der Inflationszeit	33
3. Kapitel: Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft	
I. Staatliche Massnahmen zum Schutze der landwirtschaft- lichen Erzeugung	35
A. Wiederherstellung des Schutzzollsystems	36
B. Bewegliche Notstandszölle und andere Hilfsmaßnah- men	38
II. Preise und Preisverhältnisse der Agrarprodukte in den Jahren 1924—1938	43
A. Wirtschaftspolitische Aufgaben und Wirkungen der Agrarpreispolitik	43
B. Entwicklung des Gesamtpreisniveaus	45
C. Preisvergleich der verschiedenen Marktstufen	47
D. Preis-Kostenrelation in der Agrarwirtschaft	50

4. Kapitel: *Nationalsozialistische Ernährungspolitik*

I. Ziele der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik	53
II. Aufbau des Reichsnährstandes, dargestellt an der Ordnung der Getreidewirtschaft	58
III. Strukturelle Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft und deren Einfluss auf die Nahrungsmittelversorgung der Zwischenkriegszeit	62
A. Veränderte landwirtschaftliche Produktionsbedingungen	63
B. Wandlungen in der Berufs- und Bevölkerungsstruktur	64
C. Auswirkungen von Preis- und Einkommensverschiebungen auf die Ernährungsweise	68

2. TEIL

Badens Versorgung mit Nahrungsmitteln aus landeseigener Agrarproduktion	73
--	-----------

1. Kapitel: *Erzeugung und Verbrauch pflanzlicher Produkte*

I. Getreideerzeugnisse:	
A. Brot- und Futtergetreide	75
B. Hülsenfrüchte	79
II. Hackfrüchte:	
A. Kartoffeln	80
B. Zuckerrüben	82
III. Feld- und Gartenbauerzeugnisse:	
A. Gemüse und Obst	84
B. Handelsgewächse	89

2. Kapitel: *Erzeugung und Verbrauch tierischer Produkte*

I. Tierhaltung zur Fleisch- und Fettproduktion:	
A. Fleisch	92
B. Fett	96
II. Molkereiprodukte	99
III. Eier	102
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse	104

EXKURS

Die Lebensmittelversorgung der französischen Besatzungszone Badens nach dem zweiten Weltkrieg	109
I. Verminderte Leistungsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen	109
II. Versorgungsstand Südbadens in den Monaten November 1947 und Juli 1948	111
Schlusswort:	120
Literaturverzeichnis:	121

VORWORT

Die wirtschaftspolitischen Ereignisse und Probleme der Ernährungswirtschaft Deutschlands während des zu bearbeitenden Zeitabschnitts zusammenfassend darzustellen und die Versorgungsbedingungen des Landes Baden speziell herauszuarbeiten, war die Aufgabe vorliegender Arbeit.

Zur Untersuchung der Lebensmittelversorgung Badens wurde nach einer einleitenden Beschreibung der natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eine Trennung in zwei Hauptteile vorgenommen und auf eine Integration des zweiten Teiles in die allgemein gehaltenen, für ganz Deutschland zutreffenden Ausführungen des ersten Teiles verzichtet; denn es gab zweierlei zu schildern:

1. Ziele und Zwecke der deutschen Produktions- und Verbrauchspolitik für landwirtschaftliche Produkte und deren Auswirkungen.
2. Veränderungen der Ernährungsbedingungen auf Grund einer Produktionssteigerung der badischen Landwirtschaft, unter Berücksichtigung des Gesamtverbrauchs, der Absatzgestaltung und der Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte.

In den vier Kapiteln des ersten Teiles musste das Land Baden als eine »nicht-eigenherrliche Gebietskörperschaft«, im rechtlichen Sinne, und als Bestandteil des Wirtschaftsraumes des Deutschen Reiches, in wirtschaftlicher Hinsicht, in engem Zusammenhang mit ganz Deutschland gesehen werden. Trotzdem wurde versucht, die Verhältnisse Badens soweit als möglich zu berücksichtigen und sie als Symptome im Rahmen der gesamtdeutschen Wirtschaftslage anzuführen.

Den zwei Kapiteln des zweiten Teiles liegt das wirtschaftspolitische Prinzip der Selbstversorgung zugrunde. Da zur Verwirklichung der mit den Krisenjahren einsetzenden Autarkiebestrebungen grösste Anstrengungen der heimischen landwirtschaftlichen Produktion erforderlich wurden, waren vor allem die Leistungen der badischen Landwirtschaft zur Erzeugung lebenswichtiger Agrarprodukte zu untersuchen, um so den durchschnittlichen Grad der möglichen Eigenversorgung des Landes ermitteln zu können.

Eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit über den gegebenen Rahmen hinaus wäre für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, im Vergleich zu den Vorjahren, sicher lohnend und interessant gewesen; leider waren jedoch beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe, das freundlicherweise Urmaterial zur Verfügung stellte, nur Erhebungen für die einzelnen Besatzungszonen zu erhalten, die aber sehr schwer dem alten Land Baden zuzurechnen sind. Mit Monatsberichten einer für Landwirtschaft und Ernährung zuständigen Geschäftsstelle Südbadens, die in dankenswerter Weise Material auszuhändigen wagte, konnten wenigstens die Versorgungsverhältnisse der französischen Besatzungszone in einem Exkurs noch angeführt werden.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

EINLEITUNG

Natürliche und wirtschaftliche Voraussetzungen der badischen Lebensmittelversorgung

Bevor die wirtschaftspolitischen Grundlagen der badischen Lebensmittelversorgung in der Zwischenkriegszeit untersucht werden, sei eine Schilderung der natürlichen und volkswirtschaftlich relevanten Merkmale des südwestdeutschen Landes gegeben; denn für den Agrar- und Ernährungssektor sind gerade die natürlichen Produktionsverhältnisse, wie Boden, Klima, Bewässerung usw., und deren Ausnützung durch den Menschen von entscheidender Bedeutung.

Als eines der kleinsten Länder Deutschlands, bei einer Gesamtfläche von 15 069,55 qkm und einer Bevölkerung von 2 412 951 Einwohnern hat Baden mit nur 3,2 % an der Fläche und 3,7 % an der Gesamtbevölkerung des Reiches Anteil¹.

Kaum in einem andern Land Deutschlands lässt sich auf gleich grosser Fläche eine derartige Vielgestaltigkeit der natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse konstatieren.

Von den verschiedenen Bodenarten und -typen seien hier nur die wichtigsten erwähnt. So findet sich Granit und Gneis vor allem im Schwarzwaldgebiet, Buntsandstein auf der Baar und im Odenwald, während Sand-, Kies- und Lehm Böden im Rheintal und in den Schwarzwaldtälern vorherrschen. An den Jura mit der nach ihm benannten Formation schliesst sich weiter östlich das Bodenseebecken mit tertiären Gebilden (Molasse) an.

»Das schwäbische Meer« zählt zum Stromgebiet des Rheines mit seinen zahlreichen Nebenflüssen. Diesen Wasserstrassen kommt als Verkehrswege neben einem ausgedehnten Eisenbahnnetz und den Reichs-, Land-, Kreis- und Gemeindestrassen grosse Bedeutung zu. Kraftpostlinien, das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, schliesslich auch etliche Luftverkehrslinien sorgen ausserdem für den Anschluss an das moderne Verkehrsnetz.

Von den Höhenunterschieden, der Bodengestaltung und den Verschiedenheiten des Klimas, die zu der grossen Gegensätzlichkeit der Teilregionen beitragen, nehmen die meisten Eigentümlichkeiten, die das wirtschaftliche Gesamtbild des Landes bestimmen, ihren Ausgang.

Nennenswerte Bodenschätze, ausser Steinsalzlager und Mineralquellen, sind nicht vorhanden; daher galt die erste gewerbliche Tätigkeit vor allem der Ausnützung des Holzreichtums und der Wasserkräfte.

Die Industrialisierung war ein Gebot der Selbsterhaltung, konnte doch die Industrie überschüssige Arbeitskräfte aufnehmen und das Einkommen der Bevölkerung steigern. So haben sich vorwiegend Verarbeitungsindustrie, Qualitäts- und Feinindustrie auf Grund der handwerklichen Tradition entwickelt. Das Ergebnis einer gesunden Kräfteverteilung landwirtschaftlicher und indu-

¹ Stat. Jahrbuch des Landes Baden, Karlsruhe 1938, Seite 1 u. S. 12; vergl. auch: Baden in Wort und Zahl, Karlsruhe 1928, S. 1 ff. Hier wird die Gliederung in Täler, Ebene (16%), Hügel (40 %) und Bergland (44 %) angegeben.

Ausserdem: Die Landwirtschaft in Baden, bearb. vom Stat. Landesamt, Karlsruhe 1927.

strieller Standorte (Orientierung nach den Arbeitskräften) bedeutete immer einen Ausgleich und eine Ergänzung zwischen Erzeuger- und Verbrauchergebiet. Wie nachgewiesen wurde, hat der entscheidende industrielle Aufbau um die Jahrhundertwende den Grund gelegt zu einem erheblichen Übergewicht der exportorientierten Fabrikation und der Produktionsgüterindustrie über die binnenmarktorientierten Gewerbebezüge und die Konsumgüterproduktion². Die dadurch bedingte erhöhte Konjunkturrempfindlichkeit wird aber durch die starke Verbundenheit zwischen Stadt und Land wieder ausgeglichen. »Es herrscht hier zwischen den einzelnen Berufszweigen, so lebhaft auch jeder seine Interessen vertritt, im ganzen eine grössere Harmonie als im übrigen Deutschland. Badens Volkswirtschaft und teilweise auch sein politisches Leben erhalten hierdurch ihr kennzeichnendes Gepräge.«³

Unter diesen Bedingungen lebt und arbeitet eine Bevölkerung, die zwischen den beiden Weltkriegen um etwa 9—10 % gewachsen ist.⁴

Die einzelnen Bezirke des Landes sind je nach natürlicher oder wirtschaftlicher Struktur verschieden stark bevölkert. In der Rheinebene, der grossen Verkehrsstrasse, haben sich zahlreiche Industriezweige niedergelassen, so dass sie zu einem dicht bevölkerten Landesteil wurde, während z. B. im Schwarzwald, infolge des starken Waldbestandes, natürliche Wohnhindernisse bestehen. Betrachtet man die hauptberuflich Erwerbstätigen, so entfallen auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen:

Wirtschaftsabteilungen ⁵	1907		1933	
	absol.	%	absol.	%
Land- und Forstwirtschaft . . .	426 796	42,0	413 727	39,5
Industrie und Handwerk . . .	398 858	39,0	352 506	33,0
Handel und Verkehr . . .	122 003	12,0	171 068	16,0
Öffentliche Dienste und private				
Dienstleistungen . . .	59 841	6,0	91 143	8,1
Häusliche Dienste . . .	8 949	1,0	37 750	3,4
Berufslose Selbständige . . .	119 002	11,9	171 018	16,0

Aus obiger Tabelle ist zu sehen, wie sich in den ersten beiden Kategorien die Zahl der Erwerbstätigen, hauptsächlich zugunsten des Handels und Verkehrs, schwach verminderte. Nach der Berufszählung von 1933 ergaben sich aber, neben den Landwirten im Hauptberuf, an nebenberuflich in der Landwirtschaft Tätigen 84 459 Personen, zusammen mit den in der Landwirtschaft

² Zit. nach Brinkmann, Carl, Erzeugung und Verbrauch landwirtschaftl. Produkte in Baden, in Gemeinschaft mit H. Brodbeck und W. Kaiser. Heidelberg 1937, S. 10/11 nach einem Bericht der Handelskammer Freiburg.

³ Das Grossherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftl. u. staatl. Hinsicht dargestellt. Herausgeg. von E. Rebmann, E. Gothein, E. von Jagemann, 2. vervollst. Aufl., 1. Band, Kth. 1912 S. 597.

⁴ Stat. Jahrbuch Baden 1938, S. 12 und 32. — 1910 = 142,2 Einw. pro qkm

1925 = 153,5 » » »
1933 = 160,1 » » »

⁵ Stat. Jahrbuch Baden a. a. O. S. 12. Vergl. Brinkmann a. a. O. S. 10. Nach der Volkszählung 1939 waren aus »Wirtschaft und Statistik«, Sonderheft 19, 1941, die entsprechenden Zahlen für Baden nicht gegeben,

arbeitenden Ehefrauen und Angehörigen sogar 87 012 Personen. Was hier in den Ziffern über die berufliche Zusammensetzung also nicht zum Ausdruck kommt, ist die Tatsache, dass viele Bewohner Land- und Forstwirtschaft als ihren Nebenberuf ausüben. Dazu sind alle Landhandwerker, auch Wirte, Einzelwarenhändler, Beamte, Angestellte und Arbeiter zu rechnen, die auf dem Lande wohnen. Gerade die nebenberufliche landwirtschaftliche Tätigkeit weiter Volkskreise bildet eine Besonderheit des wirtschaftlichen und damit des sozialen Lebens in Baden.

Prüfen wir nun die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse etwas genauer, so ist Baden als ein typisches Land des Klein- und Mittelbesitzes⁶ zu kennzeichnen. Grund und Boden sind in weitgehendem Masse aufgeteilt. Von grosser Bedeutung für die Besitzverteilung ist die Einrichtung der Allmende und die in den einzelnen Bezirken verschiedenartige Erbfolge.

Wie sich statistisch beweisen lässt, macht der Anteil der bis 2 und bis 5 ha grossen Betriebe der Zahl nach ungefähr drei Viertel und der Betriebsfläche nach etwa die Hälfte der badischen Landwirtschaft aus. Die Verschiebungen, den Betriebszählungen der Jahre 1925 und 1933 zufolge, lassen ein Aufrücken in die oberen Grössenklassen erkennen, auf Grund einer Vermehrung der Nutz- und Betriebsflächen, wobei die Gesamtzahl der Betriebe abnahm, die Betriebsfläche des einzelnen Hofes sich vergrösserte und die landwirtschaftliche Nutzfläche sich ebenfalls ausdehnte.

So unterschiedlich die Anbaubedingungen gelagert sind, so verschiedenartige Anbausysteme bildeten sich in den Landesteilen aus. So sind in Baden die sogen. freie Wirtschaft und die Fruchtwechselwirtschaft vertreten, die sich nach Marktlage und Arbeitsverhältnissen richten und in der Rheinebene, im Hügelland und Odenwald auffallend sind; ausserdem ist die verbesserte Dreifelderwirtschaft anzutreffen, die in Getreidegebieten noch vorherrscht, und schliesslich die Hackwaldwirtschaft und Brandwirtschaft im Schwarzwald, die aber meist der Feldgraswirtschaft weichen musste.

Das wirtschaftliche und politische Schicksal dieses Landes ist mit den gesamtdeutschen Geschehnissen der Zwischenkriegszeit sehr stark verknüpft. Dieses gemeinsame Geschick ist aus der natürlichen und staatsrechtlichen Verbundenheit mit den Nachbarländern Deutschlands bedingt. Besonders wirtschaftliche Beziehungen machen an den Grenzen nicht halt: Solche Verbindungen ergeben sich z. B. zwischen Mannheim und Ludwigshafen, und an der Pforzheimer Ecke greift ein badischer Industriebezirk auf württembergisches Gebiet über. Elektrizitätswerke, Eisenbahnschienen, Strassen usw. verbinden nicht nur badische Wohn- und Wirtschaftsgebiete miteinander; auch Verbandsabmachungen jeder Art schliessen die verschiedenen währungsgleichen Länder Deutschlands zu einer Wirtschaftseinheit zusammen.

⁶ Um zu einer allgemeingültigen Einteilung zwischen Gross-, Mittel- und Kleinbetrieb zu kommen, genügt nicht nur die Bezeichnung der Grössenklassen oder etwa der Begriff der Familienwirtschaft oder Veredelungswirtschaft. Verschiedene andere wirtschaftliche Faktoren sind noch zur Unterscheidung heranzuziehen: etwa in welchem Masse neben den Familienmitgliedern auch Lohnarbeiter beschäftigt sind oder ob nur für den eigenen Bedarf oder für den Markt produziert wird; auch die Grösse des Produktionswertes ist zu beachten. Vergl. Finkenstein, Graf von H. W.: Der Aufbau der Agrarwirtschaft. Probleme der Unternehmungsformen und Wirtschaftspläne. Basel 1942, S. 19.

⁷ Brinkmann, Carl a. a. O., Anhang Tab. II B und III C.

I. KAPITEL

Ernährungswirtschaft Deutschlands im ersten Weltkrieg

I. Ursachen der Preisentwicklung

Um die Probleme der Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nach 1918 unter grundsätzlich veränderten wirtschaftspolitischen Bedingungen darstellen zu können, wird zunächst die ernährungswirtschaftliche Marktregelung während des Krieges untersucht. Aus dem zögernden Aufbau der öffentlichen Ernährungswirtschaft in Deutschland während des ersten Weltkrieges und aus den Anstrengungen zur »Normalisierung« in den Nachkriegsjahren ist zu erkennen, wie mit dem Ende der Kriegshandlungen die liberalistische Epoche der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus ihren Abschluss fand und was diese Tatsache für die Bedingungen der Lebensmittelversorgung Deutschlands, im besonderen Badens, zur Folge hatte.

Von einem auf liberalem Wirtschaftsgeist basierenden, notwendig gewordenen »System« kann insofern nicht gesprochen werden, als die Kriegsernährungswirtschaft nicht auf Grund vorhandener oder sinnvoll aufgebauter Pläne geregelt worden ist. Erst unter dem Druck der Not und entsprechend allgemeiner Forderungen kamen bei der unerwartet langen Dauer des Krieges interventionistische Massnahmen zur Anwendung.

Als im Herbst des ersten Kriegsjahres die Störungen des Nahrungsmittelmarktes bedenklich zu werden schienen, konnte sich die Regierung nicht allein auf Mahnungen zur Sparsamkeit und Mässigkeit und auf Vorschläge zur Streckung und zum Ersatz von Lebensmitteln beschränken; denn im Krieg waren ausser wirtschaftlichen, auch soziale und politische Momente stärker zu berücksichtigen. So lesen wir etwa in der Denkschrift der Grossherzoglich-badischen Staatsregierung⁸: »Die Grossherzogliche Regierung im besonderen ist davon durchdrungen, dass die Bekämpfung ungerechtfertigter Preissteigerungen für Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs eine ausserordentlich wichtige Aufgabe von hervorragender wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist. Wenn Preistreibereien für notwendige Bedarfsgegenstände aus sozialen und sittlichen Gründen schon im Frieden verwerflich sind, so trifft dies ganz besonders für die Kriegszeit zu.«

Die verschiedenen Ursachen des sichtbaren allgemeinen Preisauftriebs waren güter- und geldseitig bedingt, ergeben sich doch in jedem Krieg Preissteigerungen infolge der Warenverknappung und den darauf einsetzenden Preistreibereien sowie aus realen Produktionskostenerhöhungen. Auch monetäre Vorgänge sind der Anlass zu Verschiebungen der Preisebene.

Das Gesamtangebot an Lebensmitteln, d. h. die im Inland verfügbare Menge reichte kaum aus zur Deckung des im Verhältnis zu anderen Bedürfnissen dringendsten Bedarfs an Lebens- und Futtermitteln. Einmal war der durch

⁸ Denkschrift der Grossherzoglich-badischen Staatsregierung über ihre wirtschaftlichen Massnahmen während des Krieges, Karlsruhe 1915, 2. Band, S. 87.

die Blockade immer wirksamer gewordene Rückgang der Einfuhr, besonders für den Westen Deutschlands, so für Baden fühlbar, das einen Teil seines normalen Fehlbedarfs an Lebens- und Futtermitteln in Friedenszeiten aus dem Ausland, vor allem aus dem Süden erhalten hatte. Zudem brachte die Tatsache, dass keine nennenswerten Vorräte vorhanden oder jedenfalls rasch aufgezehrt waren, die Warenpreise zum Steigen. Ausserdem wurde infolge feindlicher Kriegseinwirkungen ein empfindlicher Ausfall an Nahrungsmitteln für den Bedarf der Zivilbevölkerung hervorgerufen, der allerdings z. T. wieder durch die Erträge der besetzten Gebiete ausgeglichen werden konnte. Schliesslich war das Fehlen von Arbeitskräften, Düngemitteln und Zugtieren bei der für die Versorgung des Landes verantwortlichen landwirtschaftlichen Erzeugung in einem Sinken der Produktivität bemerkbar; mit versuchter Intensitätssteigerung machte sich das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag (genauer: das Gesetz der abnehmenden Ertragszuwächse) auch stärker geltend, so dass der pro Aufwand erzielte Realertrag hinter der Steigerung der Aufwendungen von Kapital und Arbeit zurückblieb. Ausser der reduzierten Angebotsmenge lebenswichtiger Agrarprodukte musste der Ausbau der Binnenproduktion und die Produktivitätseinbusse infolge realer Kostenerhöhungen zu einer Preissteigerung führen. Es wurde nun zur Erzeugung einer bestimmten Gütermenge ein höherer realer Kostenaufwand notwendig, oder umgekehrt ausgedrückt, mit gegebenen Realkostenaufwendungen konnten weniger Fertigprodukte erzeugt werden. Die sachlich bedingte Erhöhung der Produktionskosten wirkte sich bei der erforderlichen Produktionsexpansion zwangsweise in steigenden Preisen aus.

So machte sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft eine Steigerung der Realaufwendungen z. B. darin geltend, daß der Aufwand an Arbeit und Kapital etwa einer Getreidemenge nun grösser war, als wenn Deutschland die fehlende Menge aus überseeischen Ländern im Austausch gegen inländische Fabrikate hätte beziehen können. Bei der Fleischproduktion äusserte sich beispielsweise der Produktivitätsrückgang in geringeren Fleisch- und Fetterträgen, und eine Kostensteigerung ergab sich aus der Verlängerung der Mastdauer. Auch die Milch- und Eiererzeugung lieferte niedrigere Milch- und Legeleistungen je Tier. »Bei dieser Sachlage ist es nicht zu bestreiten, dass die Landwirtschaft unter erschwerten Verhältnissen arbeitet und dass ihr höhere Preise als zu Friedenszeiten im allgemeinen einzuräumen sind, zumal sie leistungsfähig bleiben muss, um ihre überaus wichtige Aufgabe auf dem Gebiet der Volksernährung erfüllen zu können.«⁹

Ausser der kriegsbedingten Reagrarisierung wurde in der Industrie die Entwicklung von Ersatzstoffen und die Inlandproduktion von neuen Fertigwaren gefördert, wo sich reale Kostenerhöhungen natürlich noch weit stärker auswirken mussten und nicht von kompensatorischen Preissenkungen ausgeglichen werden konnten. Ausserdem machte der Mangel an Rohstoffen oder die Unterbindung der Einfuhr in zahlreichen Industriezweigen eine Einschränkung des Betriebs und dadurch eine Erhöhung der Generalunkosten erforderlich. Soweit die Betriebsstoffe aus dem Ausland kamen, was bei den Rohstoffschwierigkeiten

⁹ Denkschrift a. a. O., S. 87.

zu begünstigen war, mussten wesentlich höhere Preise als vor dem Krieg bezahlt werden. Deshalb ist es erklärlich, dass viele gewerbliche Erzeugnisse, »ohne dass eine Ausbeutung der Bevölkerung vorliegt« (Denkschrift), einen höheren Preis aufweisen müssen als im Frieden.¹⁰

Im Gegensatz zur Angebotsmenge vergrösserte sich aber die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, in hohem Masse bedingt durch die verstärkten Anforderungen der Heeresverpflegung und der Rüstungsindustrie. Auch waren die zu Beginn des Krieges einsetzenden, psychologisch erklärbaren, Angstkäufe der Vorratswirtschaft-treibenden Haushaltungen, Gemeinden, Kommunalverbände und der Heeresverwaltung die Quelle zusätzlicher Preissteigerungen. Durch die Umgestaltung der Währungsverhältnisse ist es vor allen Dingen möglich geworden, die nominale Nachfrage der Konsumenten zu steigern.

Zur Kriegsfinanzierung blieb in Deutschland ausser der Kreditaufnahme in der Hauptsache nur die Vermehrung der Zahlungsmittel übrig, da die erforderliche Kaufkraft des Staates weder auf dem Steuerwege, noch aus zurückgestellten Reserven vollständig zu beschaffen war. Wesentlich war, dass der Krieg, oder schon seine Vorbereitungen, solche Anforderungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft stellte, dass nach neuen Mitteln gesucht werden mußte, um sie zu erfüllen. Das Problem der Kriegsfinanzierung ging dahin, der Finanzwirtschaft einen entschieden höheren Teil des Volkseinkommens als im Frieden zur Verfügung zu stellen, und zwar in einem Zeitpunkt, wo sich das Volkseinkommen selbst, infolge des Ausfalls eines Teils der Erzeugung, der Einfuhr und der gleichzeitigen Umstellung auf die Kriegswirtschaft, verminderte.

Im Jahre 1914 war Deutschland daher gezwungen, die gewohnten Methoden der Finanzierung und der Geldschöpfung umzubilden. Die Goldwährung wurde aufgehoben, die Einlösung der Banknoten in Gold suspendiert, die Deckungsvorschriften geändert. Die Reichsbanknoten sind praktisch zum Währungsgeld geworden, d. h. sie wurden obligatorisch und definitiv. Schatzwechsel, Schatzanweisungen, Reichskassenscheine, Darlehenskassenscheine sind in die Deckung der Währung einbezogen worden. Da die Rüstungsindustrie nicht auf marktmässigen Absatz eingestellt sein kann, reichte das Wechselportefeuille zur Finanzierung nicht aus, und so wurde der Grundsatz der bankmässigen Notenausgabe, der eine gewisse Parallelität zwischen der nominalen und der realen Seite der Wirtschaft verbürgt, teilweise durchbrochen. Neue Geldmittel sind entstanden durch direkte Vermehrung des notalen Geldes, und von den Kreditbanken wurde Giralgeld geschaffen, das nicht auf Depositen und Eigenkapital beruhte.

So ist der Geldumlauf von Ende 1913 mit 6,6 Milliarden Mark auf 33,1 Milliarden Mark im Jahre 1918 gestiegen, und die täglich-fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank vermehrten sich in der gleichen Zeit von 0,8 Milliarden auf

¹⁰ Vergl. Senglet J. J. Die Preispolitik der Schweiz während des Weltkrieges 1914/18. Histor. systemat. Untersuchung unter Heranziehung von Vergleichsmaterial des zweiten Weltkrieges. Diss. Basel 1949, noch unveröffentlichtes Exemplar. — Im Gegensatz zum Schweiz, Vorgehen wurde in Deutschland nicht der Gedanke der Gewinnbeschränkung, sondern die Preislimitierung durchgeführt, wie noch im folgenden zu zeigen sein wird. Vergl. auch Eiche, Hans, Höchstpreise und öffentl. Ernährungswirtschaft in Deutschland während des Weltkrieges, unter bes. Berücksichtigung der Fettversorgung. Diss. Basel 1938.

13,3 Milliarden Mark. Allein an den Zahlen des Geldumlaufs oder an den Steigerungen der Grosshandelspreise lässt sich allerdings die inflatorische Wirkung der damaligen Finanzierung nicht ablesen.¹¹ Ob Versorgungsschwierigkeiten und Produktionsschrumpfungen die Preissteigerungen verursacht haben oder die neugeschaffenen Umlaufsmittel, die z. T. durch Geldhortungen, Kassenbedarf an der Front und in den besetzten Gebieten, Kapitalflucht usw. gebunden waren, ist schwer festzustellen.

Die Beachtung der volkswirtschaftlichen Bilanz, die Grössenordnung der Einkommen und der Ausgaben kann evtl. ein Bild geben, inwieweit die Kriegsfinanzierung inflatorisch wirkte.

Es sank von 1913 bis 1918 der Wert der zum Verbrauch verfügbaren Güter, Nutzungen und Leistungen von 40 auf 30 Milliarden Mark; es haben aber die Konsumenten für das Sozialprodukt des Jahres 1918 60 Milliarden Mark verausgabt, so dass sich also im Durchschnitt die Preise auf das Doppelte erhöht hätten.¹² Vernichtend für die Preisgestaltung war, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ausserordentlich zunahm und die Kassenbestände immer sofort als Nachfrage auf den Markt traten.

Zur Ursache einer Erhöhung des allgemeinen Preisstandes wurde mithin, neben den im Kriege üblichen »legitimen« kostenbedingten Preissteigerungen, die Vergrösserung des Geldvolumens und der Umlaufgeschwindigkeit. Die Erscheinung der Inflation war unvermeidlich.

Von Inflation sprechen wir dann, wenn eine absolute Vermehrung der Geldmenge zu einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus führt (»absolute Inflation«). Vermehrt sich die Geldmenge relativ zur Menge der angebotenen Güter, so dass also die Gütermenge bei gleichbleibender Geldmenge sinkt, so haben wir eine »relative« Inflation vor uns. Beide Formen (nach der Terminologie von Professor V. F. Wagner) fanden sich im Deutschland der Kriegs- und Nachkriegsjahre vor. Die Wirkung auf die Preise ist dabei gleich, ob sich das Verhältnis zwischen den nominalen und den realen Grössen der Wirtschaft mehr geldseitig oder mehr warensseitig verändert.

Die Folgen dieser sehr ungerechten Form der Heranziehung des Volkseinkommens lassen sich nur ausgleichen durch eine entsprechende Preispolitik, Anleihepolitik und Steuerpolitik mit dem Ziel einer gleichmässigen Verringerung der Geldeinkommen zugunsten des Kriegsbedarfs.

Im ersten Weltkrieg versuchte man in Deutschland dem erkennbaren Steigen der Teilpreisniveaus zunächst nur durch Preislimitierungen zu begegnen, die aber, wie die Erfahrung lehrte, weitere Eingriffe nach sich zogen; so ersetzte besonders bei den Agrarprodukten eine staatliche Produktionslenkung und -verteilung die wirtschaftliche Funktion der Preise.

¹¹ Wagemann, Ernst, Wo kommt das viele Geld her? Geldschöpfung und Finanzlenkung im Kriege, Düsseldorf 1940, S. 24.

Die Grosshandelspreise erhöhten sich wie folgt:

Durchschnitt	1913	100	1916	179
	1914	105	1917	217
	1915	152	Nov. 1918	234

¹² Wagemann a. a. O. S. 32.

II. Staatliche Preis- und Rationierungsvorschriften für den Nahrungsmittelverbrauch

Mit dem leitenden Grundgedanken des »angemessenen Preises«, d. h. einem Warenpreis, der beiden Marktparteien zumutbar war, sollten die Ziele der Preispolitik erreicht werden. Es musste also bei der Preissetzung der infolge des Krieges schwierigen Lage der Produzenten und Händler Rechnung getragen werden und dem Verkäufer ein den Verhältnissen angemessener Nutzen bleiben. Auf der anderen Seite durften die Preise aber nicht zu hoch festgelegt werden, um auch die Verbraucherinteressen zu wahren.

Die Erfassung der Preisgrundlagen bildete ein Problem sui generis. Die Idee des Marktpreises als Ausgangspunkt für die Preisfestsetzung landwirtschaftlicher Produkte hat sich lange Zeit erhalten. Dagegen konnten bei den Industrieerzeugnissen die Gestehungskosten in den einzelnen Betrieben eher ermittelt und als Grundlage für Preisfixierungen verwendet werden.¹³

Um nun zu verhüten, dass die weniger kaufkräftigen Volksschichten ihren Bedarf an Nahrungsmitteln wegen zu hoher Preise nicht decken konnten, während die zahlungsfähigeren Käufer sich über ihren Bedarf eingedeckt hätten, diente das populäre Hilfsmittel der gesetzlichen Begrenzung der Preise nach oben. Dieser in erster Linie soziale Grundsatz, der in Verbindung mit der politischen Überlegung ein möglichst niederes Preisniveau erstrebte — denn das Ausland erblickte im gestiegenen Preisniveau den Gradmesser der wirtschaftlichen Situation und die Wirksamkeit der Blockade —, musste im Laufe des Krieges zugunsten der Erfordernisse der Produktion mehrmals revidiert werden. Der Gedanke der Produktionsförderung und -regulierung erzwang nach kurzer Zeit eine Neuorientierung der staatlichen Preispolitik, der die Einordnung des Preises in das Gesamtziel der Ernährungswirtschaft bezweckte.

Die technisch-organisatorische Durchführung der Preisvorschriften lässt erkennen, dass kein planmässiges Handeln die Zwangswirtschaft, besonders die Höchstpreispolitik leitete, was an der unübersichtlichen Kette von Notmassnahmen ersichtlich ist, die in der umfangreichen Literatur über kriegswirtschaftliche Fragen ihre verdiente Kritik erfahren.

Der Höchstpreis war das wichtigste Mittel, und es ist besonders bedeutungsvoll, welche Prinzipien bei seiner Festsetzung massgebend waren. Damals kannte man nur den repressiven und daher isolierten Preiseingriff. Waren die Höchstpreise zunächst »Ordnungstaxen«, so wurden sie nach kurzer Zeit marktwidrig, und der an sein früheres Niveau gebundene Maximalpreis konnte seine Aufgabe als Selektionsmittel unter den neuen Marktverhältnissen nicht mehr ausüben. Der Staat musste ihn entweder dauernd erhöhen, was tatsächlich auch geschehen ist, oder zu der sozialeren und eine offene Inflation verhütenden Massnahme der gleichzeitigen, direkten Verbrauchsregelung übergehen, so dass der staatliche Preis gleichsam künstlich die Eigenschaften einer Art Gleichgewichtspreis erhielt.

Nach dem Reichsgesetz vom 4. August 1914 »können für die Dauer des gegenwärtigen Krieges für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere

¹³ Le Coutre, W., Die Grundgedanken der deutschen Preispolitik im Weltkrieg 1914/18. Berlin 1919, S. 74 u. ff.

für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise durch die Landesbehörden festgesetzt werden«, ¹⁴

In Baden erging deshalb ein Runderlass des Ministeriums des Innern an die grossherzoglichen Bezirksämter vom 10. August 1914. Es wird schon an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass die angeordneten Höchstpreise für Produzenten, den Gross- und den Kleinhandel sofort geändert werden können, wenn die bei ihrer Festsetzung massgebenden Voraussetzungen nicht mehr zutreffen sollten.

Die Wirkung erwies sich nach kurzer Zeit als praktisch sehr beschränkt. Nachdem an verschiedenen Orten unterschiedliche Höchstpreise für die gleichen Produkte zugelassen wurden, konnte eine durch Ausfuhrverbote lokale Absperrung einzelner Gebiete die Vertreibung der Waren in Bezirke ohne oder mit höheren Höchstpreisen verhindern. Einheitliche Grundsätze — wie sie durch die beiden Verordnungen vom 28. Oktober und vom 17. Dezember 1914 geschaffen wurden — sind unerlässlich geworden, damit die unter Höchstpreis stehenden Waren nicht vom Markt verschwanden. War nämlich eine Ware dieser Preisverordnung unterstellt, so ging ihr Angebot zurück, und die Nachfrage wandte sich um so mehr den noch nicht unter Preiskontrolle genommenen Gütern zu. Immer weitere Waren mussten angesichts der bis 1916 eingetretenen Verdoppelung des allgemeinen Preisniveaus in die Verordnung einbezogen werden. Eine Preisstabilisierung war durch eine sukzessive Fixierung allein nicht möglich, erfolgte doch die Einbeziehung der Produkte unter die Kontrolle bei Berücksichtigung des augenblicklich gültigen Marktpreises. Die zuerst verordneten mussten deshalb den später eingeführten Höchstpreisen gegenüber nachträglich erhöht werden, um nicht das Angebot auf diese Weise noch mehr einzuschränken oder die Produktion in eine unerwünschte Richtung zu drängen.

Der »Höchstpreis« war nicht das ausschliessliche Mittel der Preisbeeinflussung; daneben wandte man noch andere Preisformen an. Besonders aus seiner Starrheit ergaben sich Schwierigkeiten, die in den verschiedenen, interdependenten Sphären der Wirtschaft überwunden werden sollten, etwa mit »Richtpreisen«, die als »staatliche Meinungsäusserung« eine allgemeine Preisübersicht vermitteln konnten und für Erzeuger, Händler und Behörden als Richtschnur galten.

Die »Mindestpreise« bezweckten den Schutz des Produzenten, was aber in einer »Mangelwirtschaft« aus naheliegenden Gründen nur in seltensten Fällen erforderlich wurde.

Von »Übernahmepreisen« sprach man dann, wenn der Staat oder eine bestimmte Bewirtschaftungsstelle bei der Enteignung der Ware einseitig den Preis festsetzte, z. B. bei den bewirtschafteten Getreidemengen oder anderen Agrarprodukten.

¹⁴ Denkschrift 2. Band a. a. O., S. 85. Die obere Leitung der Bewirtschaftung blieb in Baden während des Krieges und in der Nachkriegszeit in den Händen des Ministeriums des Innern; nur für die Zeit vom November 1918 bis April 1919 war für das Ernährungs-wesen ein eigenes Ministerium eingesetzt worden. Vergl. dazu: Geschäftsbericht des Badischen Ministerium des Innern f. d. Jahre 1913—24, 2. Bd. Karlsruhe 1926 S. 158.

Der entsprechende »Abgabepreis« war ein öffentlicher Monopolpreis, der von der Bewirtschaftungsstelle für die enteignete oder eingeführte Ware gefordert wurde.

Zu den Mitteln der Verteilungspolitik gehörte ausserdem die Handelskonzessionierung und die Festsetzung einer Höchstzahl von Händlern. Dadurch sollte verhütet werden, den Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher durch Einschaltung unnötiger Handelsglieder zu verlängern.¹⁵ Auch der Ausschluss unzuverlässiger Personen vom Handel und die Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln zur Bekämpfung des »Kettenhandels« wirkten in der gleichen Richtung.

Für die ständige Preisüberwachung schuf man öffentliche Organe; mit zunehmender Warenverknappung genügten die Preis-Aushangvorschriften im Kleinhandel, der Aufdruck der Preise auf die konsumfertigen Waren und die Kontrolle durch die Konsumenten nicht mehr, und diese Aufgabe wurde den Preisprüfungsstellen und den Polizeiorganen übertragen.

Der Druck der immer schneller ansteigenden »Schleichhandelspreise« machte eine Anpassung der Vorschriften an die sehr veränderliche Marktlage notwendig. Um die Befolgung der Preisvorschriften zu garantieren, ergingen strafrechtliche Verordnungen, die in Preiswuchergesetzen unter Androhung hoher Geld- und Gefängnisstrafen und zwangsweiser Enteignung ihren Ausdruck fanden.

Es zeigte sich im Verlauf des Krieges bald, dass allein mit einer Preisregelung nicht durchzukommen war; eine Rationierung war nicht zu umgehen, welche die Mengen angibt, die der einzelne Verbraucher vom Markte beziehen darf. Die Ware musste also aus der Hand der Erzeuger oder Verbraucher genommen und dem Staat unmittelbar die Einwirkung auf das Angebot und die zu verbrauchende Menge gegeben werden. Die Methode der Bewirtschaftung wurde beim Getreide, als der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittelgrundlage, nicht nur zuerst, sondern auch am vollkommensten ausgebildet.¹⁶

Durch Verordnung vom 25. Januar 1915 wurde die Brotkarte eingeführt und die Reichsgetreidestelle errichtet. Der damaligen verfassungsrechtlichen Lage entsprechend ist die ganze Organisation nach dem Grundsatz der lokalen Selbstverwaltung aufgebaut worden. Organe für die Erfassung des Getreides waren die Kommunalverbände, welche die gesamte Ernte beschlagnahmten, Lagerung und Verteilung vornahmen und nur die Überschüsse nach Anweisung der Hauptstelle zur ausgleichenden Verwendung in die Bedarfsgebiete übergaben. Der Bedarfsverband leitete ebenfalls über Müller und Bäcker jedem Verbraucher den ihm auf seine Brotkarte zustehenden Teil zu. Die Mühlen wurden auf Lohnmüllerei beschränkt, und die Bäcker hatten die abgelieferten Brotabschnitte zum Mehleinkauf vorzuweisen. Auf diese Weise gelang es, die Brotversorgung den ganzen Krieg hindurch aufrechtzuerhalten, wenn auch die Tageskopfmenge von 225 g bald auf 200 g, später zeitweise auf 160 g herabgesetzt werden musste.

Von besonderer Bedeutung waren die einheitlichen Grundsätze für Baden ;

¹⁵ Hirsch, I. u. Falck, C., Der Kettenhandel als Kriegerscheinung, Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 3, Berlin 1916.

¹⁶ Vergl. Falkenhausen Frhr. von, Aus der deutschen Kriegsernährungswirtschaft, Vortr. u. Verhandlungen über die Weltagrarkrise, dt. Ausg., Leipzig 1934, S. 135 ff.

Geschäftsbericht des Bad. Min. a. a. O. S. 200 ff.

der Gesamtertrag an Weizen und Roggen reichte hier bei weitem nicht aus, um neben dem Bedarf für Saatgut und den rund 600 000 Selbstversorgern die annähernd 1 660 000 Versorgungsberechtigten mit Mehl und Brot zu versehen. Der Grundsatz der Bewirtschaftung durch Beschlagnahme der ganzen Ernte, mit Ausmahlungs- und Verteilungsvorschriften, blieb deshalb bis 1920/21 beibehalten. Die den Selbstversorgern zu belassende Menge für Ernährung und Tierfütterung sowie für Saatgut und die Tageskopfmenge an Mehl für die Versorgungsberechtigten änderte sich je nach Lage der Ernte und Vorräte.¹⁷

Die Bewirtschaftung der übrigen Nahrungsmittel ist der Getreidewirtschaft analog nachgebildet worden, obwohl auf die Eigenarten, z.B. der leicht verderblichen Waren, wie Obst und Gemüse, Rücksicht zu nehmen war. Durch Lieferungsverträge mit Marmeladen- und Konservenfabriken sollte die Versorgung wenigstens teilweise gesichert sein, denn frisches Obst und Gemüse war beinahe nur im Schleichhandel zu erwerben. So war für Baden sowohl für die Frühjahrs- als auch für die Herbstobsternte der Aufkauf und der Absatz ausschliesslich der Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung übertragen. Der unmittelbare Bezug des Verbrauchers vom Erzeuger war mit geringen Ausnahmen aufgehoben.

Da die Kartoffel zum Ersatz sonst fehlender Lebens- und Futtermittel erhalten musste, bot die Sicherung des Bedarfs besonders an Speisekartoffeln unerwartete Schwierigkeiten, was nach einer vorübergehenden »Kartoffelschwemme« im dritten Kriegsjahr zum »Kohlrübenwinter« führte. Eine völlige Zwangswirtschaft ist bei diesem Produkt erst gegen Ende 1915 eingetreten. In Baden standen z.B. im Erntejahr 1917/18 aus der Frühkartoffelernte den Erzeugern zum Verbrauch in der eigenen Wirtschaft 1½ Pfund für den Kopf und Tag der Angehörigen und zur Verwendung als Saatgut höchstens 40 Zentner für 1 ha der Anbaufläche zu. Für die übrigen Versorgungsberechtigten war der zulässige Verbrauch auf höchstens 7 Pfund für den Kopf und die Woche festgesetzt. Zur Deckung des Fehlbedarfs waren deshalb grosse Zuweisungen aus Norddeutschland, Bayern und dem Elsass zu den im Inland aufgebrauchten Mengen notwendig. Sämtliche Anlieferungen wurden den badischen Bedarfskommunalverbänden zugeführt. Für die Zwangsbewirtschaftung der Spätkartoffelernte 1918 galten dieselben Bestimmungen wie im Vorjahr. Die Rationen mussten aber nach der schlechten Ernte Anfang 1919 für die Selbstversorger auf 1 Pfund täglich und für die Versorgungsberechtigten auf 5 Pfund wöchentlich herabgesetzt werden.

Die schematische Erfassung war noch weniger beim Schlachtvieh möglich, da es sich hier nicht wie bei der Halmfrucht um die Verteilung einer regelmässig anfallenden Ernte handelte. Die Erfassung der Schlachtviehbestände, die zugleich Arbeit, Dünger, Milch und Nachwuchs liefern sollten, erfolgte unter Beteiligung der Erzeuger in den Viehhandelsverbänden. Trotzdem war die Fleischversorgung nicht befriedigend. Mit der Reichs fleischkarte im Herbst 1916 wurden in der Woche je Kopf 250 g gewährt. Die Ration sank schliesslich auf 50 g wöchentlich, und man versuchte, die Eingriffe in die Viehbestände mit der Einführung einer fleischlosen Woche zu schonen. Die gesamte Leitung der

¹⁷ Z. B. von 1915, 1917 bis 1920 von 225, 170 auf 200 g Mehl je Kopf und Tag. Vergl. Geschäftsbericht a. a. O. S. 206.

Vieh- und Fleischbewirtschaftung in Baden war in die Hände einer einzigen Stelle, der badischen Fleischversorgungsstelle, gelegt. Die Aufbringung und Lieferung des Schlachtviehs war nicht wie andernorts dem Viehhandel oder den landwirtschaftlichen Vereinigungen überlassen, sondern Aufgabe der Kommunalverbände, die das Schlachtvieh im Umlegungsverfahren zu beschaffen hatten. Erst Ende 1918 sind der Durchführung der behördlichen Anordnungen derartige Schwierigkeiten erwachsen, dass die Versorgung der Bevölkerung in Unordnung geriet. Genaue Bestimmungen über den Verkehr mit Schlacht-, Nutz- und Zuchtvieh auf den Inlandsmärkten, Viehbestandsverzeichnisse und regelmässige Überwachung des Verkehrs mit Fleisch hatten die Regelung des Fleischverbrauchs bis Kriegsende immerhin wirksam unterstützt.

In den Jahren 1916—18 belief sich die Fettration durchschnittlich auf nur 60—70 g pro Woche. In Baden war die Fettversorgung im wesentlichen abhängig von den Zuweisungen der Reichsfettstelle Berlin. Bei der Berechnung des Zuschusses ist man von dem geschätzten Milchertrag ausgegangen, wobei Jahreszeit, Futteraussichten und dergl. entsprechend berücksichtigt wurden. Da die Fettausbeute des Inlands von 32 g je Liter Vollmilch (in Fett umgerechnet) durch Fettzuweisungen der Landesfettstelle ergänzt wurde, konnte im Jahre 1917/18 auf den Kopf der Bevölkerung eine Wochenration von 62,5 g verteilt werden.

Für die landwirtschaftlichen Bezirke Badens wurden deshalb Milch-Umlegungspläne aufgestellt, wobei auf die betrieblichen Eigenarten Rücksicht genommen war. Als Masstab für die Aufbringung galt im Krieg das sogenannte 2-Liter-System. Eine Milcheinfuhr von etwa der Hälfte der eigenen Mengen war trotzdem notwendig, um den Milchbedarf des Landes zu decken. In den Städten kamen z. B. 0,25 Liter Vollmilch im Jahre 1917 pro Kopf der Bevölkerung zur Verteilung; in den letzten Monaten des Krieges wurde nur noch an besonders Bedürftige Milch verteilt.

Auch für Eier bestand während der Zwangswirtschaft ein Umlegungsplan; danach waren für Baden z. B. im Jahre 1917 20 164 000 Eier abzuliefern, und zwar: 67 Stück von ländlichen und 40 Stück Eier pro Huhn von städtischen Haushaltungen; von diesen sind tatsächlich etwa 83 % aufgebracht worden, die aber nicht reichten, um den Verbrauchern jährlich 32 Stück, wie vorgesehen, zuteilen zu können.

Der Hauptmangel des Rationierungssystems des ersten Weltkrieges lag darin, dass von Kriegsbeginn an keine einheitlichen Durchführungsbestimmungen geschaffen wurden, differenziert nach Alter, Beruf, Gesundheitszustand usw., wie wir das aus dem zweiten Weltkrieg kennen. Die Verbrauchsregelung musste deshalb ständig verschärft werden. Auch hatten bei der Steigerung der Einkommen die Verbraucher immer noch die Möglichkeit, grössere Einkommens-teile für den Erwerb »freier« Waren zu verwenden, was einer unsozialen, automatischen »Rationierung durch den Preis« gleichkam. Die Augenblicks-politik, die den Grundsatz der Interdependenz missachtete, hatte wohl im Zurückschrecken vor einer Abkehr von liberalen Wirtschaftsprinzipien den Preis als Ausgangspunkt gewählt, ohne genügend die Preisbildungsfaktoren zu berücksichtigen. Das notwendige Korrelat jeder Preispolitik musste eben auf die Dauer eine mengenmässige Lenkung des Verbrauchs sein.

III. Landwirtschaftliche Marktverhältnisse der Kriegswirtschaft im Vergleich zu den Bedingungen des freien Wettbewerbs.

1. Da in Kriegszeiten die Diskrepanz zwischen verfügbarer Warenmenge und dem Bedarf negativ ist, mussten die Märkte, da eine Einfuhr nicht mehr möglich sein konnte, dadurch ausgeglichen werden, dass neben verbrauchs-drosselnden Massnahmen die Inlandsproduktion vermehrt wurde. Es bedurfte daher einer sinnvollen Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Sozialprodukts wurden in allen Zweigen der Wirtschaft expansive, oder u. U. auch repressive Erzeugungsregelungen notwendig, die sich oft nicht mehr am privatwirtschaftlichen Rentabilitäts-gesichtspunkt orientierten.

Der Landwirtschaft bot man zur Erfüllung der erhöhten Anforderungen im Kriege Unterstützung durch Zuteilung von Arbeitern, Maschinen, Saatgut und Düngemitteln. In den bäuerlichen Wirtschaften, wie sie in Baden vorherrschen, mit ihrem starken Futterbau und ihrer Viehhaltung, hat sich das Fehlen von Futter- und Düngemitteln ausländischer Herkunft weniger fühlbar gemacht als in den landwirtschaftlichen Grossbetrieben. Der Rückgang der Erträge ist in der Kriegszeit deshalb auch in den Grossbetrieben entschieden stärker gewesen als in den bäuerlichen Familienbetrieben.

Das Ernährungsproblem sollte nach Kriegsbeginn zunächst durch eine Produktionsumstellung gelöst werden, die teils beabsichtigte, teils für die gesamte Volksernährung ungünstige Ergebnisse zeitigte. Die Ernährungsnöte sind wesentlich durch die Unkenntnis der Behörden auf dem Gebiet der betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge der Landwirtschaft vermehrt worden.

Fällt z. B. ein bestimmtes Produkt unter die Höchstpreisverordnung, während andere Güter noch nicht bewirtschaftet werden, so wird der Landwirt die Produktion des bewirtschafteten Gutes für den Markt einstellen, dagegen noch für sich produzieren oder u. U. das Erzeugnis im »Schleichhandel« zu höheren als den amtlichen Preisen abzusetzen versuchen. Verfüttert er etwa das unter Preiskontrolle stehende Brotgetreide an sein Jungvieh, weil Vieh vielleicht noch nicht der Zwangswirtschaft untersteht und das Getreide nach Verwertung durch den Viehmagen verhältnismässig günstigere Preise ergibt, so ist mit einer einzigen Preisvorschrift eine weitreichende Änderung der Produktion in die Wege geleitet.

Auf die Festsetzung der Preise für Brotgetreide im Oktober 1914, die damals mehr auf die Stimmung des Volkes gegen »Brotwucher« als auf eine zweckmässige Sicherung der Versorgung zugeschnitten war, musste natürlich vierzehn Tage später das Verbot gegen die Verwendung von Brotgetreide zur Fütterung erlassen werden, das jedoch nur Sinn hatte, wenn auch das übrige Getreide nicht mehr beliebig verwendet werden durfte. Ein Ausweichen des Anbaus auf das höher sich verwertende Futtergetreide hatte die Bewirtschaftung aller Getreidebestände zur Folge.

Eine andere Wirkung eines isolierten Verbotes in der Landwirtschaft kann an dem vielberufenen »Schweinemord« exemplifiziert werden. Gegen die Gefahr eines Defizits an Kartoffeln sollte eine zwangsweise Abschaffung der

Schweine Abhilfe bringen. Das Resultat war, nach vorübergehender Häufung des Fleisch- und Fettanfalls, nicht allein ein Mangel an Fett und, als typische Kriegerscheinung, eine Schweinehaltung in den Städten, sondern »die Futterpreise gingen derart in die Höhe, dass dadurch auf die illegitime Verfüterung von Getreidekörnern und Kartoffeln eine hohe Prämie gesetzt wurde«. ¹⁸

Damit sind die üblichen Preisbeziehungen, wie sie im Frieden zwischen den Produkten bestanden, allmählich vollkommen verschoben worden, ohne dass aber den veränderten Produktions- und Verbrauchsverhältnissen Rechnung getragen worden wäre. Die Preise wurden schematisch ohne Berücksichtigung der Preiszusammenhänge festgesetzt. Deshalb war es nicht verwunderlich, wenn die Viehpreise gegenüber den Milchpreisen und den Preisen anderer tierischer Produkte unverhältnismässig hoch ausfielen und sich das Verhältnis zwischen Brot- und Futtergetreide schliesslich umkehrte.

Einzelne »Anreizpreise« zur Förderung besonders knapper Erzeugnisse bildeten Ausnahmen, da eine Preiserhöhung nur dann produktionssteigernd wirken kann, wenn vorhandene Produktionsmittel nicht oder nicht vollständig ausgenutzt werden.

Das gegenseitige Preisverhältnis der Erzeugnisse und das Verhältnis der Preise von Erzeugnissen zu Produktionsmitteln stand der Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Optimismus im Wege. In erster Linie wurden die Preisrelationen nicht durch das Abschiessen vom Weltmarkt verschoben, als vielmehr durch die Fehler der Preispolitik. Auch nach dem sogenannten »Preisausgleich« war eine wesentliche Besserung der Versorgung nicht zu spüren ¹⁹.

Von den Landwirten wurde schliesslich eine immer restlosere Ablieferung verlangt. Es konnte trotzdem nicht verhindert werden, dass im letzten Kriegsjahr die erfassten Erntemengen in Deutschland um 1,37 Mill. to Brotgetreide und fast 3 Mill. to Futtergetreide, das sind 14,2 bzw. 36,4 % ²⁰, zurückgingen. Dieser Minderertrag war nicht durch eine schlechte Ernte zu erklären. Bei der Vertretbarkeit der Nahrungs- und Futtermittel untereinander, bei der Wechselwirkung der einzelnen Märkte, mussten die einander folgenden Verordnungen über Höchstpreise, Lieferzwang, Verwendungsgebote und -verbote nicht nur den Produktionswillen lähmen, sondern auch die Preistreiberei verschlimmern. Die Gewinnchancen sind für diejenigen Verkäufer, die ihre Waren lagern konnten, durch das ständige Steigen des Preisniveaus gewachsen. Die Lagerfähigkeit bei Lebensmitteln ist zwar beschränkt, doch ist »kein anderer Produktionszweig als die Landwirtschaft in der Lage, in grossem Umfang sämtliche Erzeugnisse so oft als Produktionsmittel im eigenen Betrieb zu verwenden, wie sie als Konsumgut dem Markt zuzuführen« ²¹. So kann z. B. Getreide in Form von Brot der menschlichen Ernährung zugute kommen oder an Schlacht-, Nutz- oder Zuchtvieh verfüttert und schliesslich auch als Saatgut verwendet

18 Aereboe, Friedrich, Der Einfluss des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Berlin 1927, S. 104 ff.

19 Vergl. Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 6, S. 44 ff. und Le Coutre a. a. O. S. 51. Anfang 1917 wurden im »Professorenprogramm« neue Leitsätze aufgestellt. Vergl. für Baden »Denkschrift« a. a. O. S. 12.

20 Falkenhausen, a. a. O. S. 135.

21 Beckmann, Fritz, Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft und ihre wirtschaftliche Lage (1919—1926) 2. Aufl., Berlin 1926, S. 119.

werden. Ein anderes Beispiel kann mit der Milch angeführt werden, die als Trinkmilch, Käse, Butter oder zur Verfütterung dient.

Fassen wir die verschiedenen Formen der Beeinflussung der landwirtschaftlichen Produktion und deren Auswirkungen zusammen, so ergibt sich:

Eine expansive Produktionsregulierung beabsichtigte, den Anbau von Agrarprodukten durch »anreizende« preispolitische Massnahmen zu lenken, deren Erfolg aber gering sein musste, da nicht alle Agrarmärkte gleichzeitig vom Preisbindungsprozess erfasst wurden. Eine repressive Produktionsregulierung ist sowohl in der industriellen Nahrungsmittelproduktion als auch in der Landwirtschaft durch Produktionsverbote versucht worden, und zwar sehr oft, um die nachträglichen Fehler der Preispolitik durch eine direkte Produktionslenkung wieder auszugleichen.

Es bewirkten also die isolierten Preiseingriffe gerade das Gegenteil dessen, was die Absicht bei ihrem Erlass war, und zwar die ausgesprochene Anwendung nicht-liberaler Wirtschaftsgrundsätze.

Direkte verbrauchspolitische Massnahmen für Agrarproduzenten waren ebenfalls recht zahlreich. So bestanden Verfütterungsbeschränkungen und -verbote oder Ausmahlungsvorschriften, welche die Futtermittelmenge bei dem hohen Ausmahlungsgrad schmälern mussten; Beimischungszwang, Beimischungsverbote und Produktionskontingentierung trafen auch das Nahrungsmittelgewerbe. Die Regelung des unmittelbaren Verbrauchs der bäuerlichen Bevölkerung unterstand den Selbstversorgervorschriften, die innerhalb des Rationierungssystems ebenfalls dauernd geändert, d. h. verkleinert werden mussten. Es unterlag das Verhältnis der Versorgungsberechtigten zu der Zahl der Selbstversorger je nach dem Ernteergebnis grossen Schwankungen und war für jedes Lebensmittel verschieden, da z. B. gerade in Baden mit seinem zersplitterten Kleinbesitz viele Selbstversorger aus guten Jahren bei schlechter Ernte auf die Zuteilungen angewiesen waren. So galt etwa bei Zucker ziemlich die ganze badische Bevölkerung für versorgungsberechtigt, bei Brot standen durchschnittlich 1 660 000 Versorgungsberechtigten 600 000 Selbstversorger gegenüber, bei Kartoffeln waren es 1 200 000 Versorgungsberechtigte und bei Eiern nur 700 000 ²².

Die Preispolitik gewann folglich in der Agrarwirtschaft eine grosse Bedeutung, wo eine direkte Erzeugungslenkung auf Schwierigkeiten stossen musste; konnten hier doch die durch Verschiebung der Preisrelationen ausgelösten Rentabilitätsveränderungen beispielsweise zwischen animalischen und vegetabilischen Produkten bewirken, dass die verschiedenen Produkte in den gewünschten Mengen erzeugt wurden. Das Umgekehrte, dass sich die Produktion nach einer unerwünschten Richtung hin entwickelte, war ebenfalls — wie wir gesehen haben — eine Folge der falschen Preissetzung.

Seitens der Verbraucher wurde zu dem »Spiel mit den Preisrelationen«, das den Landwirten ausserordentliche Einkommensaufbesserungen verschaffte, geltend gemacht, »es sei vaterländische Pflicht der Landwirte, deren allgemeine Lage z. Zt. eine günstige sei, bei der herrschenden Teuerung von weiteren Preissteigerungen hinsichtlich so wichtiger Nahrungsmittel abzusehen« ²³.

²² Geschäftsbericht a. a. O. S. 164.

²³ Denkschrift a. a. O. S. 137.

Die Lage der Landwirtschaft war im Kriege durch Verwandlung des »buyers market« in einen »sellers market« sehr vorteilhaft, denn mancher Anbieter erlangte eine Monopolposition und konnte die Preiswilligkeit der Nachfrager durch Heraufsetzen der Preise ausnützen oder das Angebot verknappen. Durch Substitution der Produkte war gegen Kriegsende eine Konkurrenz nicht mehr zu befürchten. Die Einfuhr ausländischer Produkte spielte längst keine Rolle mehr, und es entwickelte sich deshalb eine »Knappheitsrente«, da der natürliche Tauschwert der Agrarprodukte infolge der Versorgungsschwierigkeiten anstieg. Die erhöhten Nominaleinkommen der Verbraucher erlaubten es ausserdem, steigende Preise zu bezahlen, um auf diese Weise eine für die Gegenwart ausreichende Versorgung zu ermöglichen oder gar die verfügbaren Geldsummen in Gütervorräten anzulegen.

In jedem Krieg zeigt sich, dass die Agrarprodukte zu den primären Konsumgütern gehören. Deshalb wird sich auch bei einer gleichzeitig fortschreitenden Geldentwertung die landwirtschaftliche Produktion im Kriege kostenmässig behaupten, denn erstens ist die Tauschrelation zu den Kostengütern (Düngemitteln, Maschinen etc.) gestiegen, zweitens werden die über die Ablieferungsmengen hinaus verbleibenden »Reste« vielfach zu »schwarzen« Preisen oder überhaupt nur gegen Sachwerte verkauft.

Andererseits bleiben aber die festen Zahlungen (Steuern und sonstige Abgaben) grösstenteils konstant.

Die Abschaffung der Zwangsmassnahmen, wie sie 1914/18 öfters gefordert wurde, hätte folglich in erster Linie nicht die landwirtschaftlichen Erzeuger, wohl aber die allgemeinen Verbraucherinteressen empfindlich getroffen.

2. Die grundsätzlich schwächere »marktstrategische Position« der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb des Konkurrenzsystems wird durch die Ausführungen Professor Wagners »Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem«²⁴ besonders klar zum Ausdruck gebracht.

In diesem Aufsatz werden die Eigentümlichkeiten der landwirtschaftlichen Marktstellung innerhalb des in ständiger Umwandlung begriffenen kapitalistischen Wirtschaftssystems herausgearbeitet, dabei auch die Wirkungen des ausländischen Wettbewerbs berücksichtigt und verglichen mit der Marktposition der Industriebetriebe.

In den aufschlussreichen Schlussresultaten, auf die hier lediglich noch hingewiesen sei, werden Vorschläge unterbreitet, die den Nachkriegsbestrebungen in den zwanziger Jahren, eine »freie Verkehrswirtschaft« wiederherzustellen, teilweise entgegenlaufen und vor allem deshalb unsere Aufmerksamkeit beanspruchen.

Es wird in dem Referat, nach Prüfung sämtlicher Marktfaktoren, eine im Interesse der Landwirtschaft liegende interventionistische Volkswirtschaft vorgeschlagen, in der sich die tendenziellen Wirkungen des freien Wettbewerbs zwar durchsetzen können, jedoch durch den Agrarschutz Modifikationen er-

²⁴ Wagner, V. F., »Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem«, Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Jahrg. 82, Heft 6, S. 501—534. Referat, gehalten an der 8. Arbeitstagung der Studiengruppe für theoretische Nationalökonomie in Zürich am 1. Juni 1946.

In vorliegendem Druck der Diss. erübrigt sich die zusammengefasste Wiedergabe, da inzwischen jedem Interessenten das erwähnte Referat zugänglich ist.

fahren. Man vernimmt weiterhin, dass deshalb nicht eine Politik des blossen *laissez faire* zu befolgen ist. Die Landwirtschaft braucht Märkte mit einer stetigen oder expandierenden Nachfrage, die durch ein der Nachfrage angepasstes Angebot beliefert werden, was aber nur durch eine angemessene Agrarpolitik erreicht werden kann, deren Ansatzpunkte sich nicht im Bereich der Landwirtschaft selbst befinden müssen.

Im Zusammenhang mit einer aktiven Konjunkturpolitik, die auf Erhaltung des Kaufkraftvolumens und eines hohen Beschäftigungsgrades gerichtet ist, wird indirekt eine der wirksamsten agrarpolitischen Massnahmen gesehen, weil jeder Rückgang des Kaufkraftvolumens die Landwirtschaft stärker und nachhaltiger treffen muss als die übrigen Wirtschaftszweige. Eine erstrebenswerte Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens scheint auf die Dauer nur durch eine Reduktion der in der bäuerlichen Landwirtschaft berufstätigen Personen möglich, ohne damit ein gewisses Rentabilitäts- und Produktionsgefälle zwischen Industrie und Landwirtschaft beseitigen zu können.

Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Produktions- und Absatzverhältnisse landwirtschaftlicher Produkte während des Krieges und bei konkurrenzwirtschaftlicher Marktgestaltung, wie sie uns das erwähnte Referat erläutert, überzeugen uns einesteils von den Mängeln, aber auch von der Notwendigkeit einer allgemeinen Regulierung im Krieg; andernteils müssen wir die geringen Vorzüge einer freien Verkehrswirtschaft zugeben, angesichts der schwachen Marktstellung der bäuerlichen Familienbetriebe.

Aus solchen ökonomischen und zugleich politischen Überlegungen heraus wurden in den Nachkriegsjahren die Forderungen nach einem wirksamen Agrarschutz immer dringlicher, zumal das in Deutschland in und nach den Kriegsjahren erstrebte Ziel der »Nahrungsfreiheit« eine starke landwirtschaftliche Produktionsgrundlage erforderte.

II. KAPITEL

Übergang zur Friedenswirtschaft

I. Allgemeine Versorgungsschwierigkeiten

Welche Änderungen der für die Kriegsernährungswirtschaft massgebenden Faktoren sind nun mit dem Abschluss der Kriegshandlungen eingetreten?

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln beruhte weitgehend auf der deutschen Landwirtschaft, die in der Zeit von 1914/18 von der Zufuhr neuer Erzeugungskräfte und vom Ersatz der abgewirtschafteten Produktionsmittel absehen musste. Zusammen mit den durch den Friedensvertrag von Versailles entstandenen erheblichen Verlusten landwirtschaftlicher Nutzflächen, besonders der landwirtschaftlichen Überschussgebiete im Osten, ergab sich eine starke Abnahme der Bodenerträge, wie sich aus dem folgenden Vergleich der Nachkriegsjahre mit dem letzten Vorkriegsjahr zeigen lässt:

Es betrug der durchschnittliche Ertrag (in dz je ha) bei folgenden Fruchtarten in den Jahren:

Fruchtarten	1913	1920	1921	1922
Weizen	24,1	16,3	20,4	14,2
Roggen	19,3	11,5	15,9	12,6
Sommergerste	22,0	15,0	17,1	14,0
Hafer	22,0	15,0	15,8	12,5
Kartoffeln	157,1	115,1	98,8	149,4

Tabelle aus: Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges, herausgeg. v. Stat. Reichsamt, Berlin 1922, Seite 17.

Der achte Teil des deutschen Vorkriegsgebietes, der mit einem Zehntel der deutschen Bevölkerung den Siegerstaaten und ihren Hilfsvölkern zufiel, umfasste rund ein Sechstel des deutschen Ackerlandes, der Roggen- und Weizenflächen und der Kartoffelerzeugergebiete²⁵. Während vor dem Krieg Deutschland 85 % der gesamten von seiner Bevölkerung verbrauchten Nahrungsmittelmenge herstellte, ist die Ergiebigkeit des Bodens jetzt um 40 % und die Nutzfähigkeit des Viehs um 55 % gesunken²⁶.

Nicht nur die Bodenbewirtschaftung, auch die Viehwirtschaft hatte an Intensität und Leistungsfähigkeit verloren. Die Abgabe grosser Viehbestände, der Rückgang der Futtermittelerträge des deutschen Bodens und die eingeschränkte Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel reduzierten die vor dem Krieg erzielte starke Fleisch-, Milch- und Fettproduktion beträchtlich.

Diese Tatsache zeigt sich für Baden an folgenden Zahlen:

Der Pferdebestand wurde nach Kriegsende infolge der Abgabe von Heerespferden an die Zivilbevölkerung wieder ergänzt, so dass 1920 gegenüber 1904/13 (zehnjähriger Durchschnitt) eine Abnahme von noch (—) 15,7 % zu verzeichnen war. Dem Rindviehbestand sind in der Zwangswirtschaft jährlich 25 % des

²⁵ Salin, Edgar, Die deutschen Tribute, Zwölf Reden, Berlin 1930, Seite 32.

²⁶ Keynes, J. M., Die weltwirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags, München und Leipzig 1920, übersetzt von M. J. Bonn und C. Brinkmann, Seite 190.

Bestandes entnommen worden; durch starke Nachzucht ist es aber gelungen, die Lücken bis auf (—) 5,1 % wieder aufzufüllen. Ein erheblicher Teil (bis — 18,7 %) des in den Jahren 1917/18 erlittenen Rückgangs ist beim Schweinebestand bis 1920 ebenfalls ausgeglichen worden. Der Ziegenbestand nahm dagegen im Krieg fortgesetzt zu (+ 45 %), ebenso verzeichnete der Schafbestand, bedingt durch eine Steigerung der Wollpreise, eine Vergrößerung (+ 62,6 %), und der Geflügelbestand konnte sich nach 1919 auch wieder (bis — 19,0 %) erholen²⁷.

Vor allem der Druck der jährlichen Tributzahlungen verursachte das Elend der Nachkriegsjahre. Mit dem Waffenstillstand wurden auch die Lieferungen aus den neutralen Ländern fast vollständig eingestellt, die trotz der Blockade hauptsächlich über die Ostsee zu einem kleinen Teil noch möglich gewesen sind. Durch eine verbilligte Abgabe verhältnismässig geringer Lebensmittelmengen (Speck, Fett, Weissmehl), die auf Grund der Abkommen von Spaa, Trier und Brüssel ab April 1919 für Baden zur Einfuhr kamen, war die erschwerte Lebensmittellage nicht zu bessern.

Die im gesamten schmalere Ernährungsbasis hätte für Deutschland eine vermehrte, zusätzliche Nahrungsmitelefuhre notwendig gemacht.

Drei verschiedene Hindernisse gab es in der Nachkriegszeit aber, die das Wiederaufleben des erforderlichen Einfuhrhandels verhinderten: »Die Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen, der Mangel an ausländischem Privatkredit für den Ankauf von Rohstoffen, die zur Beschaffung des Betriebskapitals und zum Wiederbeginn des Wirtschaftskreislaufs nötig sind, und ein zerrüttetes Währungssystem, das — abgesehen von den gewöhnlichen Handelsrisiken — Kreditoperationen zu einem Wagnis oder zu einer Unmöglichkeit macht.«²⁸

Obwohl die deutsche Einfuhr ganz oder überwiegend aus unentbehrlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln bestand, ist sie dem Gewichte nach in den Jahren 1913 bis 1920 und 1921 auf ein Viertel und ein Drittel zurückgegangen (von 73 auf 18 und 25 Mill. to), die Ausfuhr (ohne Kohle) auf weniger als ein Viertel (von 59,9 auf 15 und 12 Mill. to)²⁹.

II. Allmähliche Auflösung der Zwangswirtschaft in Baden

A. Bewirtschaftung vegetabilischer Produkte

Der vollständigen Beseitigung der Zwangswirtschaft standen nur noch Erwägungen entgegen, die den Zeitpunkt betrafen, in dem die deutschen Inlandspreise den Weltmarktpreisen angepasst werden konnten, ohne eine untragbare Preissteigerung im Innern und dadurch erhöhte Lohnforderungen aufkommen zu lassen.

Die Abneigung der Landwirte gegen die Bewirtschaftung und auch der allgemeine Widerstand gegenüber den Ernährungsvorschriften trugen dazu bei,

²⁷ Geschäftsbericht, a. a. O. S. 237.

²⁸ Keynes, J. M., a. a. O. S. 198 und 199.

²⁹ Sering, Max, Die Krisis der Weltwirtschaft und die auswärtige Wirtschaftspolitik, Kieler Vorträge, Heft 6, Jena 1922, S. 16,

dass in den Jahren 1920/21 die meisten Lebens- und Futtermittel dem freien Verkehr übergeben wurden.

1. Auf eine restlose Beseitigung der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte verzichtete man jedoch mit Rücksicht auf soziale Momente und bewirtschaftete das Getreide weiterhin in der sogenannten Umlagewirtschaft, nach der ein gewisses Quantum inländischen Getreides der öffentlichen Bewirtschaftung für den Bedarf der Bevölkerung in den Städten unterstellt war. Der an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligte Bevölkerungsteil galt als Selbstversorger. Hatte der Landwirt ein bestimmtes Liefersoll erfüllt, das von den Kommunalverbänden je nach dem statistisch erfassten Ernteertrag festgelegt wurde, so konnte er über den Rest ungehindert verfügen. Die Preise für das Umlagegetreide und der Brotpreis wurden von der Reichsregierung bestimmt, die auch die Kosten für den wesentlichen Preisunterschied des im Ausland zu höherem Preis gekauften Getreides übernahm. Mit einigen abändernden Einschränkungen hatte diese Form der Übergangswirtschaft bis 1923, der wieder freien Brotversorgung, erfolgreiche Bedeutung gehabt, obwohl die Sonderbehandlung der Landwirte manche Härten mit sich brachte.

Baden hatte beispielsweise im Wirtschaftsjahr 1921/22 eine Umlage von 11 255 to Brotgetreide (d. s. 1,90 % der Gesamtrate des Reiches) und dazu einen Aufschlag von 10 % für etwaige Ausfälle aufzubringen. Damit wurde den badischen Verhältnissen (Kleinbesitz mit wenig Getreidebau, natürliche Anbauhindernisse) immerhin in angemessener Weise Rechnung getragen. Die Durchschnittsbelastung auf ein ha Getreideanbaufläche betrug hier nur $\frac{1}{2}$ Zentner. Im nächsten Wirtschaftsjahr aber wurde die Umlage trotz energischer Proteste, auch von seiten des Badischen Ministeriums des Innern, um 95,5 % erhöht. Die Verdoppelung des Liefersolls erfreute natürlich am wenigsten die längst unwillig gewordenen Landwirte, und nur unter den grössten Schwierigkeiten gelang es, das Umlageverfahren bei der 1922/23 nur halb so grossen Ernte durchzuführen. Einer vollständigen Ablieferung standen auch die viel zu tief gesetzten Festpreise entgegen. Erst für das Wirtschaftsjahr 1923/24 hatte der Reichstag dann einen Entschluss angenommen, dass die Sicherung des Bedarfs durch eine gebundene Wirtschaft nicht mehr möglich sei. Dagegen blieb die Marken-Brotversorgung noch bis Ende 1923 in Kraft. Von da an wurde »Baden mit Auslandsmehl überschwemmt, die Preise lagen weit unter den Inlandspreisen«³⁰.

2. Zur Versorgung mit Nahrungsmitteln hatte in den Wirtschaftsjahren 1917/21 das Reich den einzelnen Ländern nach einem bestimmten Plan die monatlichen Zuteilungen überwiesen. Der Monatsanteil Badens betrug nach diesem Reichsschlüssel 1 229 to. Der Tagesverpflegungssatz war im allgemeinen auf 35 g für den Kopf und für Kranke auf 50 g pro Kopf festgelegt.

Kochfertige Suppen, Hafernahrungsmittel, Graupen und andere Gerstenerzeugnisse, Kartoffeltrocknerei-, Suppen- und Maiserzeugnisse sind im Laufe der Jahre 1919/20 freigegeben worden. Dann wurden nur noch die Zuteilungen für Kinder, Kranke und Greise abgegeben, und die Reichsverteilungsstelle für

³⁰ Geschäftsbericht Seite 193 u. ff.

Nährmittel konnte am 1. November 1920 aufgelöst werden. Bis Mitte 1921 bestanden für sämtliche Nährmittel noch Gross- und Kleinhandelshöchstpreise, später blieben die Industrien an vertragliche Richtpreise und der Handel an bestimmte Zuschläge gebunden. Bei besonderen Notständen mussten manchmal Zuweisungen aus den Rücklagen der badischen Nährmittelversorgung aushelfen.

3. Die Kartoffel-Bewirtschaftung konnte ebenfalls nur langsam aufgegeben werden. Der Bedarf Badens für 1 203 815 Versorgungsberechtigte, Militärpersonen und Gefangene für die Zeit vom 16. September 1918 bis 14. August 1919 betrug ca. 4 Mill. z. Den 976 010 Erzeugern konnten zur Ernährung 3,85 Mill. z, zur Saat 2,5 Mill. z, zur Brotstreckung nicht ganz 400 000 z, als Ausgleichsreserve für Schwund und Verfütterung etwa 1,2 Mill. z und zur Verarbeitung in Brennereien 17 000 z, im ganzen ca. 8 Mill. z überlassen werden. Die ungedeckte Menge betrug rechnermässig etwa 2,5 Mill. z; davon sollten in Baden 2 Mill. aufgebracht werden; tatsächlich abgeliefert wurden aber nur 1,5 Mill. z. Auch die Zuschüsse ausserbadischer Stellen zur Deckung des Fehlbedarfs blieben weit hinter den geforderten Mengen zurück.

Im Erntejahr 1919/20 wurde die Frühkartoffelversorgung in der gleichen Weise wie im Vorjahr geregelt. Nach dem Verteilungsplan der Reichskartoffelstelle betrug die gesamte abgabepflichtige Erntemenge 267 202 z, und der Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit einem Wochenkopfsatz von 6 Pfund kam auf 668 649 z. Über die ungedeckte Menge und die Preise ergingen ebenfalls Anweisungen der Hauptstelle. Obwohl bereits für das Jahr 1919/20 eine gemilderte Form der Bewirtschaftung vorgeschlagen wurde, hielt die Reichsregierung an der lückenlosen Zwangsbewirtschaftung der gesamten Kartoffelernte fest. In Baden überliess man, im Gegensatz zum Reich, die Aufbringung dem Grosshandel, und mit »der Herbstkartoffelernte 1920 trat die von der Landwirtschaft lang umkämpfte und von weiten Kreisen der Verbraucherschaft mit grossen Hoffnungen erwartete grundsätzliche Umstellung zur freien Wirtschaft ein«³¹.

Die Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte bei der sprunghaft fortschreitenden Geldentwertung veranlasste die badische Regierung nochmals zum Eingreifen, indem bestimmte Liefergemeinden verpflichtet wurden, den Bedarfsgemeinden die vorgeschriebenen Mengen zu Tagespreisen zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Jahre 1920/21 sah man auch von der Festsetzung der Erzeugerhöchstpreise ab, da nach den Ergebnissen des Vorjahres die Preispolitik als verfehlt erachtet wurde; deshalb sind nur noch Richtpreise bekanntgegeben worden. Mit dem 24. August 1920 war somit die lückenlose Zwangswirtschaft aufgehoben. Die Landeszentralbehörden hatten lediglich ihre Vermittlungsstellen zur Auskunftspflicht gegenüber der Reichskartoffelstelle beizubehalten, die am 9. März 1921 schliesslich ebenso aufgelöst wurde.

4. Für das Wirtschaftsjahr 1918/19 blieben die Vorschriften des Zucker-
rüben-Anbaus in Baden erhalten und wurden mehrmals ergänzt durch die

³¹ Geschäftsbericht a. a. O. S. 215.

vielumstrittenen Erhöhungen der Rohzucker- und Verbrauchszuckerpreise, der monatlichen Zuschläge und der Grosshandelsspanne. Der Rückgang des Anbaus war grossenteils auf den Mangel an Arbeitskräften und künstlichen Düngemitteln während der Kriegszeit zurückzuführen, da gute Pflege und vorbereitete Böden eine Vorbedingung der Leistungsfähigkeit waren. Es konnte in diesem Jahr nur mit einer Rohzuckererzeugung von 9,5 Mill. dz gerechnet werden, während sie 1914/15 rund 25 Mill. dz betragen hatte. Aber die Fabriken waren wegen Kohlenmangels nicht einmal imstande, sämtliche Rüben zu verarbeiten, und Auslandszucker konnte der hohen Preise wegen nicht eingeführt werden. Obwohl der Badische Landtag bereits am 29. Juli 1921 der Freigabe des Zuckers zugestimmt hatte, hielten die zuständigen Reichsorgane an der Bewirtschaftung fest; nur für die Landwirte wurde die Bewirtschaftung von Zuckerrüben, Melasse und das Verfütterungsverbot aufgehoben. Das Verarbeiten in Brennereien bedurfte auch weiterhin der Genehmigung des zuständigen Finanzamtes. Nach der besseren Zuckerrübenernte 1920 wurden im Wirtschaftsjahr 1920/21 »neben der regelmässigen Mundration« noch 4—5 Pfund Inlandszucker als Sonderausgabe auf den Kopf der Bevölkerung verteilt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft folgte nach der neuen Ernte ab 15. September 1921, aber Baden hatte immer noch über eine zu geringe Belieferung mit Zucker zu klagen. Im Jahre 1922 wurde deshalb wieder rationiert, und es sind pro Kopf der Bevölkerung zunächst monatlich 2 Pfund Zucker festgelegt worden. Statt der früheren Zuckerkarte hatte man jetzt Kundenlisten eingeführt. Die Gross- und Kleinhandelspreise setzten die örtlichen Vereinigungen des Handels in Verbindung mit den Verbraucher-Organisationen fest. Der katastrophalen Geldentwertung und der Erhöhung der Produktionskosten zufolge mussten schliesslich zweimal in der Woche, entsprechend dem steigenden Grundpreis, die Gross- und Kleinhandelspreise bestimmt werden³². Noch im Jahre 1923 wurde die Zwangswirtschaft des Zuckers aufgehoben.

5. Beim Obst und Gemüse hat der Widerstand der Erzeuger gegen die Durchführung der Bewirtschaftung in einzelnen Gegenden, so im Kaiserstuhlgebiet während der Kirschenernte, bedenkliche Formen angenommen. Mit Wirkung vom 1. August 1919 ist der Absatz und der Versand von Frühhobst gänzlich freigegeben worden, die Erzeugerhöchstpreise und die Richtpreise für den Kleinhandel fielen, ebenso die besondere Genehmigung für den Grosshandel; lediglich die Ausfuhr war noch beschränkt. Nachdem bei der Herbstobsternte die Preise erneut in die Höhe getrieben wurden und so viel Obst zum Brennen ins Fass wanderte, ist auch hier die Bewirtschaftung in gemässiger Form wieder eingeführt worden. Kontrolliert wurde deshalb noch der Einkauf für den Grossverkehr, und zwar durch die Badische Obstverwertungsgesellschaft. Erst vom 15. Februar 1920 fielen sämtliche Beschränkungen auf dem Gebiet der Obstversorgung.

Beim Gemüse hatte sich das System der Anbau- und Lieferungsverträge im grossen und ganzen bewährt, und man hielt für das Jahr 1919 deshalb an der Bewirtschaftung fest. Doch noch im gleichen Jahre erklärte die Reichsstelle

³² Im Dezember 1922 kostete in Karlsruhe 1 Pfund Kristallzucker 230 Mark, im September 1923 aber 498 000 000 Mark. Geschäftsbericht a. a. O. S. 233.

jegliche Bewirtschaftungs- und Versandkontrolle ausser Kraft, und auch in Baden war der Inlands- und Auslandsverkehr ab 1. Juli 1919 wieder dem freien Handel überlassen. Das Recht, Erzeugerhöchstpreise festzusetzen, hörte im April 1920 auf, doch konnte das Landespreisamt weiterhin Richtpreise anordnen und die Preise überwachen.

B. Bewirtschaftung animalischer Produkte

1. Den im Krieg verordneten Bestimmungen entsprechend, sind die Regelungen des Fleisch-Verbrauchs noch bis zum Jahre 1919 beibehalten worden, ebenfalls die Höchstpreisvorschriften für Schlachtvieh. Während im Reich die Zwangswirtschaft erst im September 1920 aufgehoben wurde, hat sich der Badische Landtag für die Beseitigung schon im Juli eingesetzt und die Bezirksämter entsprechend unterrichtet. Schlachtverbote, Beschränkung bei der Verarbeitung, Handelskonzessionierung und Bestimmungen gegen übermässige Preissteigerungen blieben noch einige Zeit in Kraft.

Beim Fett konnte der Handel mit Margarine, Kunstspeisefett, Speisetalg, Speiseöl am 1. August 1920 und der Handel mit Schmalz am 1. Dezember 1920 freigegeben werden.

2. Im Jahre 1919 sank die nach Kriegsende gesteigerte Milch-Ablieferung rasch unter den bisher tiefsten Stand. »Wie auf allen Gebieten der Bewirtschaftung machte sich auch bei der Milchablieferung namentlich nach dem 9. November 1918 ein wachsender Widerstand der Landwirte geltend.«³³ Die Milch wurde im Schleichhandel mit höherem Gewinn abgesetzt, und das Verbuttern nahm einen grossen Umfang an. Schliessung der Handelszentrifugen, Gründung von Molkereien und Preiserhöhung hatten aber trotz aller Bemühungen keine grossen Erfolge, so dass die Milchversorgung der Kinder und Kranken ernstlich gefährdet war, zumal auch infolge der Geldentwertung der Bezug von Schweizer-Milch immer mehr zurückging.

Nach dem Lieferstreik der Kuhhalter im Dezember 1919 wegen ungenügender Preise ist das Prämiensystem geändert, die Milchpreise der vier badischen Bezirke in einem Einheitspreis für das ganze Land erhöht worden; doch erwachsen gegen die Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse immer grössere Schwierigkeiten, bis im Jahre 1920 die Zwangswirtschaft in die freiere Form von Lieferungsverträgen übergeführt wurde. War ein Liefervertrag abgeschlossen, so gab es von Mitte 1921 keine Umlegung mehr, und die regelmässigen Stallkontrollen hörten auf. Der Kuhhalter blieb unbeschränkt in seinem Eigenverbrauch; der Preis war in Verträgen zu vereinbaren, die Verwendung von Milch für gewerbliche Zwecke blieb noch untersagt.

In Baden mussten allerdings bei der langgestreckten Gestalt des Landes und der Lage der grossen Städte die bisherigen Zuteilungen der Lieferbezirke an die Bedarfsbezirke beibehalten werden; die Organisation von Molkereiverbänden war bei dem bekannten Kleinbesitz ebenfalls nicht möglich, so dass die Ablieferungspflicht für die Kuhhalter noch bestehen blieb.

³³ Geschäftsbericht, a. a. O., S. 220.

Eine Anfang des Jahres 1921 erlassene Verordnung nahm ausländische Dauermilch und -sahne von der Bewirtschaftung aus, und mit Beendigung der Bewirtschaftung von Speisefetten war auch die Zwangsbewirtschaftung von Butter und Käse mit Wirkung vom 1. Juni 1921 aufgehoben; die Versorgung mit diesen Produkten blieb von nun an dem freien Markt überlassen. Auch für Ziegen- und Schafmilch bestanden keine Versorgungsbeschränkungen mehr.

Die allgemeine Teuerungswelle im Winter 1921/22 brachte wieder Schwierigkeiten für die Milchversorgung. Im Landtag gab es Debatten über die Ernährungslage, besonders über die Milch- und die Butterpreise. Es kam bei Nichterfüllung der Vorschriften sehr oft zu Zwangsumlegungen, und der Handel mit Butter und Käse wurde möglichst eingeschränkt.

Verbilligungsaktionen bis Juli 1924 für notleidende Bevölkerungsteile und die nach der Währungsstabilisierung wieder steigende Anlieferung konnten mit der Milchzufuhr aus der Schweiz, die sich bis auf 100 000 Liter im Tage belief, die Versorgung sicherstellen.

Ab 6. Juni 1924 wurde die Landwirtschaft von jeder zwangsweisen Regelung und Beeinflussung der Erzeugung und Verwertung der Milch befreit. Massnahmen zu einer geregelten Verteilung waren nicht mehr nötig; es blieben aber auch hier noch die Konzessionsmöglichkeiten für den Handel bestehen.

3. Die Bewirtschaftung der Eier ist bis zum 1. Juni 1920 beibehalten worden. Aus dem letzten Umlegungsverfahren ergaben sich aber bloss 19 Eier pro Versorgungsberechtigten. Schliesslich war im Bewirtschaftungsverfahren nur noch für den Bedarf von Kindern, Kranken, Krankenanstalten und Lazaretten aufzukommen. Im Jahre 1919/20 sind 921 600 Stück Eier eingeführt worden; für das nächste Wirtschaftsjahr waren jedoch keine Zufuhren mehr zu erwarten, und die Geschäftsstelle für Auslandseier (Südwestdeutsche Eierimporteure, Mannheim) konnte aufgelöst werden.

Zum Lebensmittelbezug wurde mit Kriegsende immer noch die vorschriftsmässige An- und Abmeldung vom Wohnort, Aufenthaltsort oder für eine Reise verlangt, wenn nicht, wie etwa für Brot, besondere Reisemarken zugelassen waren. Die Bewilligung der Zulagen ist in Baden auch nur allmählich abgebaut worden. Die Gewährung besonderer Zuschläge in den staatlichen Heil- und Pflegeanstalten, sowie zur Versorgung der Massenspeiseeinrichtungen, blieb nach einigen Umänderungen so lange bestehen, bis allein noch für Kinder und Kranke Nährmittel zur Abgabe kamen.

C. Einfluss der Geldentwertung auf die Nahrungsmittelversorgung

Nach der Freigabe wichtiger Lebensmittel sahen sich einzelne Länder veranlasst, ihre Ausfuhr zu sperren. Aus der Störung des freien Handels ergab sich für ein Bedarfsland wie Baden durch die Abschliessung angrenzender Überschussgebiete eine empfindliche Versorgungslücke. Es ergingen auf der Konferenz der Ernährungsminister in München deshalb (am 23. Februar 1921) neue Verordnungen, die ein Eingreifen gegen Notstände in der Versorgung der Bevölkerung rechtfertigten; denn mit dem Währungszerfall und mit Rücksicht auf politische Vorgänge (Besetzung des Ruhrgebiets; in Baden die Einbrüche

in der Offenburger, Karlsruher und Mannheimer Gegend) verlangten Preistreiberei, Wucher, Kettenhandel und verbotene Ausfuhr die weitere Tätigkeit der Preisprüfungsstellen. In Baden war dazu das Statistische Landesamt als Landespreisamt bestimmt, das seine Tätigkeit wieder ausdehnte. Das gesamte, eher noch verschärfte Preistreibereirecht und die damit zusammenhängenden Einrichtungen mussten erneut aufrechterhalten werden.

Die Markentwertung lenkte die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Preisaushänge und -verzeichnisse, deren Anbringung zum Schutz gegen Übervorteilung neu geregelt wurde. Der Kleinhandel war vielfach gezwungen, seine Waren nicht zu den Preisen abzugeben, die ihm die Wiederausstattung seiner Lager erlaubte, sondern zu den Gestehungskosten aus der Vorkriegszeit, was natürlich eine Verminderung seiner Substanz bedeutete. Einerseits galt der Grundsatz: Mark gleich Mark, d. h. Goldmark gleich Papiermark, so dass also jede Schuld nur nach dem Nominalwert getilgt werden musste, ganz unabhängig vom Entwertungsprozess. Andererseits ging man zur Goldrechnung über. Nach einer erfolglosen Markstützung im Sommer 1923 suchte sich der Warenhandel auf jedem nur möglichen Weg gegen die fortschreitende Geldentwertung durch Selbsthilfe zu wehren. Der gleitende Preis, der bald mit Zuschlägen auf Grund der Devisenkurse (der Dollarkurs wurde zum wichtigsten Gradmesser der wirtschaftlichen und politischen Situation), bald durch einen Multiplikator auf Grund von Indexziffern die Wertbeständigkeit sichern wollte, bürgerte sich auch schon in der Lohn- und Gehaltsskala ein. Einige Industriebetriebe verlangten sogar die Zahlung in effektiver Auslandsvaluta. Ausser ausländischen Valuten kam auch verschiedenes »Notgeld« in den Zahlungsverkehr. Als man die Steuern ebenfalls auf »Gold« umstellen wollte, wurde das Übel noch verschlimmert. Nun übertrug sich das Abgleiten des Valutakurses auf das Preis- und Lohnniveau des Binnenmarktes.

In Baden ließ das Ministerium wegen der ausserordentlichen Wertschwankungen der Papiermark im Jahre 1923 ebenfalls zu, dass sich die Preisauszeichnung auf eine vom Weltmarkt beeinflusste Grundzahl, multipliziert mit der von der Geldseite im Inland herkommenden Veränderung der Schlüsselzahl stützen konnte. Aber der Multiplikator und die auf Goldmark basierenden Grundpreise wuchsen ins Riesenhafte.

Eine typische Inflationserscheinung war die »Flucht in die Sachwerte«. Der Versuch, Waren, Aktien, ausländische Zahlungsmittel oder andere wertbeständige Waren zu erwerben, verursachte eine zusätzliche Preissteigerung. Die verschiedenen Einflüsse, die sich bis dahin teilweise ausgeglichen hatten, begannen schliesslich alle nach einer Richtung hinzuwirken, nämlich zum Nachteil des Marktwertes. Mit der Währungskatastrophe erwuchs ein Versorgungsproblem, als die Detailgeschäfte anfangen, an einzelnen Wochentagen zu schliessen, die Annahme der Mark verweigerten und sich auch die Bauern dagegen sperrten, ihre Produkte für wertlose Papierscheine zu verkaufen³⁴.

Erst die Währungsstabilisierung ab 20. November 1923 vermochte eine Beruhigung zu bringen.

³⁴ Vergl. Keynes, J. M., Revision des Friedensvertrages, München und Leipzig 1922, S. 103 ff.

III. Agrarverhältnisse in der Inflationszeit

Die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen standen wie die Lebensmittelversorgung in engem Zusammenhang mit dem Währungsverfall.³⁵ Die grosse Geldflüssigkeit war zuerst für die Landwirtschaft günstig, weil die Preise der landwirtschaftlichen Produkte infolge des Nahrungsmittelmangels viel schneller stiegen als die der käuflichen Produktionsmittel. So kosteten die landwirtschaftlichen Maschinen z. B., in Gold gerechnet, nur 20 % des Friedenspreises. Einen Zentner schwefelsaures Ammoniak konnte man zeitweise für 40 Pfund Roggen kaufen, d. i. etwa der dritte Teil von dem, was er im Frieden gekostet hat. Besonders billig waren auch die Bodenmeliorationen, weil die Geldlöhne in Gold ausgedrückt ungeheuer gesunken waren.³⁶ Da 9 % der Bevölkerung, aber 13 %³⁷ der Fläche nach dem Krieg für Deutschland verloren waren, stiegen die Preise für die Bedürfnisse erster Ordnung, wie Brotgetreide, Kartoffeln, Zucker, Fett, seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft weit mehr als z. B. Kohle, Eisen, Stahl u. a. Die Vergrösserung der Preis-Kosten-Relation begünstigte auf jeden Fall die Empfänger mit flexiblen Einkommen, während alle Preise, die langfristig gebunden sind, wie Löhne, Gehälter, Mieten, Zinsen etc., viel später reagieren. Die Inflation führte jedoch nicht nur zur Bildung inflatorischer Preisscheren und damit zu einer Neuverteilung des Volkseinkommens; sie veranlasste auch eine neue Vermögensverteilung, insofern nämlich der Realwert der Schulden sank und z. B. der verschuldete Landwirt weniger Produkte verkaufen musste, um seine nominal gleichbleibende Schuld zu tilgen. Dagegen war umgekehrt die Gläubigerstellung verschlechtert, weil dessen Forderung nun einer geringeren Gütermenge entsprach.

Die Preisrelation, besonders der Getreidepreise zu den Erzeugungsmitteln, machte also eine Betriebsverbesserung zwar durchaus möglich und vorteilhaft, doch wurde das flüssige Geld zum Teil zur Vergrösserung der Industrieanlagen verwendet, oder es floss bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Geldschrank. Von den grösstenteils nicht kaufmännisch denkenden Landwirten wurde die Gelegenheit der Inflationszeit, statt zu sparen, evtl. Schulden zu machen, nicht genügend benutzt, um ihren Betrieb mit dem nötigen Betriebskapital zu versehen. Es hatte eben bisher genügt, den Preis als gegebene Grösse zu betrachten und nur die Kosten für die Vergrösserung der Gewinnspanne zu verringern. In der Inflation wurde aber, um einen Überschuss zu erzielen, die Marktbeobachtung, vor allem die Bewegung der Preisspanne eine notwendige Ergänzung der gewöhnlich nur produktionstechnisch eingestellten landwirtschaftlichen Betriebsführung. Wären diese grossen Geldmittel der Nachkriegszeit rechtzeitig der Landwirtschaft zugeführt worden, so wären sie nicht mit der Marktentwertung nutzlos zerronnen oder jedenfalls nicht für die Landwirtschaft verlorengegangen, und die Nöte nach der Stabilisierung hätten sich gemildert.

³⁵ Bresciani-Turroni, C., *The economics of inflation; a study of currency depreciation in post-war Germany*, London 1931.

³⁶ Aereboe, Friedr., *Allgem. Überblick über die heutig. Lage der dt. Landwirtsch., Strukturwandlungen der dt. Volkswirtsch.*, I. Bd. Berlin 1929, S. 117.

³⁷ Sering Max, *Agrarkrisen und Agrarzölle*, Berlin und Leipzig 1925, S. 119.

Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas, der Zusammenbruch des Verkehrswesens und der Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der Waren, traf noch vor der deutschen Landwirtschaft die überseeischen Agrarländer. Diese Gebiete, deren landwirtschaftliche Erzeugung lange Zeit brachgelegen hatte, verstärkten, infolge der wieder möglichen Rückverlagerung der landwirtschaftlichen Produktion, mit ihren Massenangeboten die Reibungen und Gleichgewichtsstörungen ganz erheblich.

Die abwärts gerichtete Entwicklung der Agrarpreise konnte auch nach dem ersten Zusammenbruch nicht mehr aufgehalten werden. Nicht nur der Kaufkraftausfall und die extensive Steigerung in den Überseeländern und die Wiederaufbauarbeit, die in der Landwirtschaft Europas geleistet wurde, können eindeutig eine ausreichende Erklärung für die grossen Preisveränderungen in den Zwanzigerjahren geben (Preissteigerung von 1914—1920, Zusammenbruch von 1920—1923, Steigen der Preise von 1924—1929 und erneutes Sinken bis unter Vorkriegsniveau von 1929—1932). Nachweisen lässt sich immerhin die Wirkung von Ernteschwankungen auf die Preisbewegungen: So folgte etwa die Schärfe des Preisrückschlags vom Jahre 1924 der guten Ernte 1923; nach den schlechten Ernteergebnissen von 1924 stiegen die Preise wieder schnell an, und nach der Rekordernte von 1928 folgte ein neuer Preissturz.³⁸ In Deutschland begann die eigentliche Krise »dank« der Valutasperre erst mit dem Ende der Inflation, die nach der »Scheinblüte« die zusammengeschrumpfte Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes deutlich werden liess. Die Besserstellung der Landwirte im Krieg und in der Inflationszeit schwand rasch mit dem Ausbleiben der effektiven Nachfrage der Stadtbevölkerung, und die von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen setzten sich u. a. für die Landwirtschaft in hohe Steuern um. Bald stieg infolge Kapitalmangels der Zinsfuss derart (17—24 %) ³⁹, dass die Schuldentlastung der Inflation durch Steuern und Zinsen mehr als ausgeglichen wurde. Deshalb wies die Krise der deutschen Landwirtschaft im Unterschied zur internationalen Krise in ihren einzelnen Phasen zusätzliche Erscheinungen auf.

Mit fortdauerndem Kapitalmangel konnte die Agrarproduktion nicht mehr auf Vorkriegsniveau gebracht werden, um der neuen Ernährungsweise nachzukommen, die sich in den Industriestaaten von der Masse zur Qualität, von kohlehydrate- zu eiweisshaltigen Nahrungsmitteln und von der Mischware zur Standardware verschob. Es wäre eine erfolgreiche Umstellung, rasche Mehrproduktion im Innern und eine sinnvolle Marktanpassung nur möglich gewesen, wenn die Landwirtschaft über genügend Kapital verfügt hätte. Die Agrarerzeugung ist aber ein Produktionszweig, der grundsätzlich nur mit Eigenkapital funktionieren soll. Kredit gilt nur als Zusatz, ganz unabhängig von der Höhe des Zinses.⁴⁰ Der Kapitalbedarf der Landwirtschaft steigt allerdings mit der Grösse der Marktverbundenheit, doch wird die Produktionsleistung

³⁸ Ciriacy-Wantrup, S., *Agrarkrisen und Stockungsspannen* Berlin 1936, S. 232.

³⁹ von Dietze, C., *Die dt. Landw. u. die neue Handelspol.*, Neue Grundlg. d. Handelspol., I. T., München u. Leipzig, 1925, S. 199.

⁴⁰ Beckmann, F., in: *Das Reparationsproblem*, Berlin 1929, Bd. 1, herausgegeben von E. Salin, S. 107.

und Kapazität nicht von einer grösseren Kapitalinvestition allein abhängen. Die Agrarfrage wird nicht nur gelöst durch Bereitstellung von Kapital. »Wichtiger als ihr [der Landwirtschaft] Geld zu geben, ist es, zu sagen, wann und wieviel sie davon nehmen darf, ohne dass sie damit ihren Betrieb gefährdet.«⁴¹

Gegen die ausländische Konkurrenz, und d. h. vor allem zur Durchführung der Standardisierung und Qualitätsverbesserung der inländischen Agrarprodukte, wirkt auch die Feldbereinigung. Doch wurde in Baden in jener Zeit über die hohen Kosten dieser Arbeiten und über den Mangel an Staatszuschuss von landwirtschaftlicher Seite sehr geklagt. Es konnten deshalb jährlich nur etwa 400 ha arrondiert werden, obwohl 550 000 ha bereinigungsbedürftig (und erst 100 000 ha bereits bearbeitet) waren. Staatszuschüsse sind in Baden bis zum Jahre 1929 nicht gewährt worden.⁴²

Insbesondere wäre eine vernünftige und planmässige Kredit-, Steuer- und Preispolitik ein wesentliches Erfordernis für die Durchführung der notwendigen Rationalisierung und der gewünschten Erzeugungssteigerung im Inland gewesen.

III. KAPITEL

Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft

I. Staatliche Massnahmen zum Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung

Nach der endgültigen Lösung der Währungsfrage durch die Schaffung einer neuen Reichsmarkwährung, in Form der Goldkernwährung, begann Ende 1925 der Reichsbank wieder ausländisches Kapital zuzufliessen, und man glaubte zunächst, zu den Vorkriegsmethoden der Währungs-, Kredit- und der allgemeinen Wirtschaftspolitik zurückkehren zu dürfen.

Nach dem »kleinen Weltkrieg« aber standen mit der Änderung der politischen Weltordnung die Tauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften unter dem fragwürdigen Zeichen der »Weltwirtschaft des Als-Ob.«⁴³ Die realen Gegebenheiten der hochkapitalistischen Weltwirtschaft, die mit dem Aufstieg des englischen Imperiums verwirklicht schienen, waren mit dessen Niedergang zu Ende; die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen, besonders die Freizügigkeit der Menschen, der Waren und der Kapitalien, ist verschwunden.

Die Erfahrungen der Not, die Unordnung Europas begünstigten die nationalen Bestrebungen, die Wirtschaft nun stärker der staatlichen Regelung anzuvertrauen. Zwar muss eine Wirtschaftspolitik, die der eigenen Nation in erster Linie dienstbar sein will, die internationale Arbeitsteilung nicht grundsätzlich ablehnen, wenn nur nicht der lebensnotwendige Bedarf von der internationalen Verflechtung und der Einfuhr wichtiger Güter aus fremden Wirt-

41 Finckenstein, a. a. O. S. 64.

42 Vergl. Münzinger, A., in: Sering, M. Die dt. Landwirtsch. unter volks- u. weltwirtschaftl. Gesichtspunkten, Berlin 1932, a. a. O. S. 301.

43 Vergl. Salin, Edgar, Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit. Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, an der Universität Kiel und Jena 1932, 25. Band; Sonderabdruck S. 16 ff.

schaftsgebieten abhängig wird. Das »Gesetz der komparativen Kosten«, von der klassischen Nationalökonomie als der rationale Entstehungsgrund des gegenseitigen Güteraustausches nach rein wirtschaftlichen und der damaligen Zeit entsprechenden, berechtigten Annahmen formuliert, konnte aber keine dauernde Gültigkeit für einen Staat haben, der die ökonomischen Vorteile gegen die auftretenden politischen Gefahren abzuschätzen hatte. Grösste Rücksicht auf die Besonderheiten der eigenen wirtschaftlichen und politischen Lage und die Überzeugung oder Skepsis gegenüber der internationalen Vertrauenswürdigkeit war bei der Entscheidung: Freihandel oder merkantilistische Handelspolitik unerlässlich. Sichtbares Anzeichen einer Wandlung zum Schutzsystem war der Übergang von der Meistbegünstigung zum Präferenzzollsystem, das den Weltverkehr eher hemmte als förderte, bis schliesslich sogar die letzten Spuren einer internationalen Verkehrsfreiheit verwischt wurden. Da keine Gewähr mehr vorhanden war für einen reibungslosen internationalen Austausch, musste eine neue Richtung staatlicher Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden: »Dann ist nicht mehr Förderung der Industrie, sondern Hebung der Landwirtschaft die dringlichste Aufgabe, dann ist nicht der Weltmarkt, sondern der Binnenmarkt der vornehmlichste Behälter und Spender wirtschaftlicher Kraft.«⁴⁴

A. Wiederherstellung des Schutzzollsystems

Seit 1914 waren alle wichtigen Agrarzölle in Deutschland aufgehoben und jeder Agrarschutz bis Anfang 1925 ausgeschlossen. Der Versuch zur Wiedereingliederung Deutschlands in den Weltverkehr brachte der deutschen Landwirtschaft, zu der durch die Währungsstabilisierung geschaffenen Lage hin, die Konkurrenz der Qualitätserzeugnisse produzierenden Agrarüberschussländer. Das flüssige Betriebskapital der Landwirte war, wie schon erwähnt, durch Steuerzahlungen rasch aufgebraucht und keine Möglichkeit geboten, die angehäuften Sachwerte zu lohnenden Preisen abzusetzen.

Bis zur ersten Hälfte von 1924 lagen die Inlandspreise für Agrarprodukte um 20—30 % unter den Weltmarktpreisen und die Getreidepreise um 15—20 % unter dem Preis ausländischen Getreides in Deutschland. Die Vorbelastung des deutschen Getreides durch hohe Steuern und Frachten, die zusammen 15 %⁴⁵ vorweg abführten, waren für die massiven Preisunterschiede mitverantwortlich. Die erfolgte Herabsetzung der Frachtsätze liess Ende 1924 die ausländischen Produkte nur noch mehr hereinströmen. Der wichtigste Grund aber für das Zurückbleiben der deutschen Preise war die Ausfuhrsperrung, die den Absatz des Roggens aus dem Osten verhinderte, während auf Grund der guten Ernte 1923 Getreidemengen aus dem Ausland hereinkamen, z. B. aus Russland Roggen und aus überseeischen Ländern Weizen.

Nicht nur eine Folge der Notlage der deutschen Landwirtschaft war dagegen die Einfuhr von überseeischem Rindfleisch. Die Gefrierfleischherstellung, die ihre Produktion infolge technischen Fortschritts ausdehnen und weiter ver-

⁴⁴ Salin, Edgar, Von den Wandlungen . . . a. a. O. S. 32.

⁴⁵ v. Dietze, Constantin, Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik, a. a. O., S. 160.

billigen konnte, verdrängte die deutsche Rindvieh- und Fleischproduktion vom Markt.

Die Entwicklung der Einfuhrüberschüsse ist im besonderen geeignet, die beachtlichen Unterschiede der ausländischen Lebensmittelzufuhren des Jahres 1924 im Vergleich zur Vorkriegszeit wiederzugeben. Von den Einfuhrüberschüssen landwirtschaftlicher Erzeugnisse entfielen dem Werte nach (ausgedrückt in %), inklusive Roh- und Hilfsstoffe:

	1913	1924
Roh- und Hilfsstoffe	59 %	51 %
Brotgetreide u. dergl.	4 %	13 %
Kartoffeln und Gemüse	1 %	1 %
Obst und Südfrüchte	5 %	6 %
Pflanzliche Nahrungsmittel	10 %	20 %
Fleisch und Fische	7 %	6 %
Eier und Speisefette	7 %	14 %
Tierische Nahrungsmittel	14 %	20 %
Sonstige Nahrungs- und Genussmittel .	3 %	5 %
Futtergetreide und andere Futtermittel .	13 %	3 %
Nichtöhlhaltige Sämereien	1 %	1 %
	100 %	100 %

(aus: v. Dietze, C., Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik a. a. O. S. 168)

Im Jahre 1913 dienten danach fast drei Fünftel der Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen. Fleisch, Fett zusammen mit den Futtermitteln beanspruchten etwas mehr als ein Viertel, und pflanzliche Nahrungsmittel kamen nur in geringen Mengen zur Einfuhr. Importiertes Brotgetreide diente meist nur der Verfeinerung und machte inländische Mengen zur Verfütterung frei. Es wurden in dieser Zeit Ausfuhrüberschüsse an Roggen und Mehl erzielt. Der Mehrbedarf an Lebensmitteln entfiel somit hauptsächlich auf die Einfuhr tierischer Produkte und Futtermittel zu deren Erzeugung.

Die Nachkriegsjahre brachten erneut bedeutende Einfuhrüberschüsse, aber bei veränderter Zusammensetzung. Neben weniger eingeführten Roh- und Hilfsstoffen, bedingt durch die Weiterverarbeitung im Ausland, entstand ein wertmässig doppelt so grosser Einfuhrüberschuss an pflanzlichen Nahrungsmitteln, und der Ausfuhrüberschuss an Mehl ist verschwunden. Futtermittel wurden jetzt weniger zugekauft; statt dessen ist die Einfuhr tierischer Lebensmittel, besonders Eier und Speisefette, erhöht worden. Die Einfuhr von Milchbutter und Butterschmalz erreichte die Einfuhrziffern von 1913; die Käse-einfuhr betrug fast 70 % mehr als in der Vorkriegszeit; die Eierzufuhr hatte sich von 1923/24 ver Hundertfach.

Mit Ablauf der einseitigen Meistbegünstigung kehrte das Deutsche Reich zu den Grundsätzen der Vorkriegszeit zurück. Mässige Schutzzölle, Tarif- und Meistbegünstigungsverträge begleiteten das scheinbare Wiederaufleben des internationalen Handels, der nur auf kurzfristige Bindungen einging. Wollte

man das individualistische Wirtschaftsprinzip erhalten, so mussten Monopolverwaltungen und das in neuerer Zeit gehandhabte Mittel der Kontingentierung abgelehnt werden. Auch Einfuhrscheine wurden in ihrer Wiederverwendung zunächst verworfen.⁴⁶ Was die Landwirtschaft und die Agrarwissenschaft damals forderten, waren Erziehungszölle, deren Beibehaltung allerdings nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus weiter verlangt wird. Unter der Annahme, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage nicht verschlechtern würde, wollte man auf die Wiederverwendung der Getreidezölle verzichten, indem auf die unerwünschten Wirkungen der höheren Getreidepreise, des Brotpreises und der Bodenpreise verwiesen wurde. Nach dieser Ansicht machten die Weltgetreidepreise für den deutschen Getreidebau keinen Zollschutz notwendig, um so mehr aber zur Erhaltung der inländischen Tierzucht, für die Produktion von Fleisch und sonstiger tierischer Produkte. Deshalb sollten vorübergehende Zölle für animalische Erzeugnisse den heimischen Produktionszweig fördern und vergrösserte Viehbestände erzielen. Den Gartenbau-Erzeugnissen des Auslands sollten ebenfalls Zollbelastungen zugemutet werden mit der Begründung, dass nur die kaufkräftigsten Schichten dadurch betroffen würden. Die heimische Molkereiindustrie wünschte auf ihre Weise durch Zollschutz Hilfe zu erfahren.⁴⁷

Eine »neomerkantilistische Handelspolitik« sah im Hochschrauben der Zölle das Mittel zur Stärkung der Agrarunterlagen des Inlands. Damit ist aber eine Neuverschuldung der Landwirte nicht verhütet, die Verteilung des Grossgrundbesitzes nicht erleichtert und die Siedlung nicht gefördert worden.

Abschliessend ist zur ersten Periode der Zollgesetzgebung zu sagen, dass im wesentlichen das Schutz Zollsystem der Vorkriegsjahre unter stärkerer Bevorzugung der Veredlungswirtschaft wiederhergestellt und die freihändlerische Strömung verdrängt wurde, die in den ersten Gesetzen von 1925 noch nicht ganz ausgeschaltet war.⁴⁸

B. Bewegliche Notstandszölle und andere Hilfsmassnahmen

Verfolgt man die weitere Entwicklung der Einfuhrwerte nach Deutschland in den Jahren 1925—1930, so ergibt sich folgendes Bild.⁴⁹

46 Die Einfuhrscheine, deren Wiedereinführung und Abänderung das Gesetz vom 17. August 1925 der Regierung überlassen wurde, ist durch VO. vom 3. September 1925 ab 1. Oktober wiedereingeführt worden. Vergl. Sering, Max, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten a. a. O. S. 832. Die E. wurden in Deutschl. durch das Gesetz vom 14. April 1894 als eine indirekte Ausfuhrprämie für Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchte, Gerste etc. geschaffen. Wer derartige Produkte ausfuhrte, erhielt eine Anweisung auf den Zollbetrag, der für die Einfuhr der betr. Produkte hätte gezahlt werden müssen. Die E. berechtigten die Inhaber, in einer best. Frist die gleiche Warenmenge zollfrei einzuführen oder deren Wert bei der Einfuhr best. anderer Waren anzurechnen.

47 Vergl. Aereboe, F., Zur Frage der Agrarzölle, Berlin 1925 S. 8; Sering, M., Agrarkrise und Agrarzölle a. a. O. S. 83; v. Dietze, C., Die deutsche Landw. u. die neue Handelspolitik, a. a. O. S. 226.

48 Vergl. Angaben über Zolländerungen, Sering, M. Die dt. Landw. unter volks- und weltwirtschaftl. Gesichtspunkten, a. a. O. S. 829 ff. Für Weizen und Roggen gilt gleichmässiger Zollsatz; Braugerste- und Futtergetreidezoll erhöht, für Mais gesenkt, Käsezoll stark differenziert. Viehzölle stark erhöht, noch mehr der vertragliche Eierzoll. Ermässigt der Speck- und Schmalzzoll. Einfuhrerlaubnis für Gefrierfleisch, d. h. Zollfreiheit im Rahmen der bisherigen Einfuhr.

49 Vergl. die Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln nach dem Deutschen Reich in den Jahren 1925—1930 bei: Landmann, Julius, Agrarpolitik und internationale Exportfähigkeit, Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 612.

Ein deutlicher Rückgang der Einfuhrwerte pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel in das deutsche Zollgebiet beruhte zwar bis zum Jahre 1929 grösstenteils auf dem Sinken der Preise, das sich auf sämtliche Werte landwirtschaftlicher Produkte bezog. Von 1929/30 an sind aber die Getreideimporte schneller zurückgegangen als die sonstigen Lebensmitteleinfuhren. Es ist immer rentabler geworden, das auf dem Weltmarkt angebotene Getreide mit Hilfe der Viehbestände schon im Ausland zu Butter, Eiern, Käse, Fleisch, Schmalz etc. zu verarbeiten und diese Veredlungsprodukte dann nach Deutschland einzuführen.

Nicht in den Zollerhöhungen des Gesetzes vom 22. Dezember 1929 liegt seine grosse Bedeutung, sondern in der prinzipiellen Neuerung, dass für einige Positionen bewegliche Zölle eingeführt wurden. Die bewegliche Anpassung des Zollschatzes zur Stützung der Agrarpreise hatte anfänglich zweifellos den Charakter einer Angleichung an die in der Industrie praktizierten Methoden. Es war dies ein Versuch, den organischen Zusammenhang der Preise wiederherzustellen, der bei dem Nebeneinanderbestehen von freien und gebundenen Wirtschaftselementen verlorengegangen war. Aber die durch das fortwährende Ändern der Zollsätze bedingte Ungewissheit wirkte als besonders kostensteigerndes Element, auf die der Handel mit Risikoprämien und überraschenden Spekulationen antwortete.

Seit 1929/30 wurden also die Schutzmassnahmen für die landwirtschaftliche Produktion noch stärker auf die Probleme des deutschen Binnenmarktes konzentriert. Die steigende Not der Landwirtschaft drängte zu klaren Entschlüssen, um nach der verschwenderischen Finanzpolitik der Jahre 1925/1928 in der neuen Depression den eigenen Wirtschaftsraum zu sichern. Eine Stärkung der Landwirtschaft, die in Siedlungsprogrammen, Steuervereinfachungen, Zollschutz, Frachterleichterungen, Preisstützung und planmässiger Absatzgestaltung ihren Ausdruck fand, ist zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Die Krise verschärfte sich, als im Jahre 1930 allgemeine Preisrückgänge einsetzten.

Zahlreiche Theorien sind aufgestellt worden, welche die Ursachen der grossen Krise von der »Übererzeugung« oder von der »Unterkonsumtion« ableiten, die deutschen Tributzahlungen oder einen übermässig technischen Fortschritt dafür verantwortlich machen wollen oder im monetären Bereich den Grund des Konjunkturabschwungs sehen. Auch im Gegensatz von kapitalistischen und sozialistischen Elementen fand man eine weitere Erklärung. Letzten Endes hat das Versagen der Wirtschaftspolitik »die brüchig gewordene Grundlage der Weltwirtschaft«⁵⁰ eher gefördert und nun in erster Linie den Schutz des Binnenmarktes notwendig gemacht.

Eine erfolgreiche Stützung der Getreidepreise des Inlands war in Anbetracht des ziemlich unelastischen Verbrauchs relativ leicht zu erreichen. Im Gegensatz zum Brot- und Getreideverzehr ist der Konsum an tierischen Produkten sehr viel preismempfindlicher. Ein Versuch, die anfallenden Inlandsprodukte abzusetzen, musste daher dauernd infolge der sinkenden Kaufkraft der Verbraucher scheitern. Den Landwirten blieb deshalb nichts anderes übrig, als so lange radikale Preisabschläge zu bewilligen, bis ihre Erzeugnisse wieder abgenommen

50 Salin, Edgar. Von den Wandlungen . . . a. a. O. S. 14/15.

wurden. Rationalisierung und Steigerung der Erzeugung machten es noch am ehesten möglich, bei voller Produktion die Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können.

Eine unmittelbare Regelung zur Erleichterung der Agrarproduktion begnügte sich anfänglich in der Hauptsache damit, dem Landwirt genaue Beobachtung und besseres Verständnis der Anforderungen des Marktes, richtige Kalkulation und zweckmässige Anpassung an Preisveränderungen zu empfehlen. Erst die im Jahre 1930 erlassenen Vorschriften »zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse« bildeten die Grundlagen für eine Marktordnung, auf die sich die in Deutschland 1932 obligatorisch gewordenen Handelsklassen für Eier, Getreide und Kartoffeln stützen konnte.⁵¹

Die meisten Bemühungen beschränkten sich letzten Endes auf eine Getreidepolitik, welche gegenüber dem Vorkriegssystem erhebliche Veränderungen brachte und nicht mehr eine einfache Umstellung einer im Kern freihändlerischen Politik war. Im Frühjahr 1931 bedeutete z. B. die Beschränkung der Weizen- und Roggenmenge, die zu einem bestimmten ermässigten Zollsatz eingeführt werden durften, eine zweifellos eindeutige Tendenz zur Einfuhrzentralisierung, obwohl man beim Weizen noch nicht so weit ging, den Import nur der Regierung vorzubehalten. Lediglich einzelnen Mühlen, die in einem bestimmten Zeitabschnitt schon Auslandsweizen verarbeitet hatten, ist das Recht zur Einfuhr erteilt worden. Die Zollsätze waren bei diesem Brotgetreide infolge des hohen Einfuhrbedarfs noch wirksam, so dass der erstrebte Preisschutz für den Inlandsmarkt durchgesetzt werden konnte, zumal Vermahlungs- und Beimischungszwang mithalfen. So musste jede Mühle 30 %, später sogar 60 bis 97 % der von ihr im Wirtschaftsjahr 1929 bis Juli 1930 vermahlenen Menge aus dem Inland beziehen.

Das Brotgesetz in der Neufassung vom 2. Dezember 1930 schrieb für Weizenbrot eine Beimischung von 30 % Roggenmehl vor und gestattete daneben nur Weizenvollbrot; auch 16 % Kartoffelmehl war dem Weizengebäck beizumischen erlaubt. Durchaus im Vordergrund standen aber die Roggenaktionen, die »zum Kernstück der deutschen Getreidepolitik« wurden. Für Roggen bestanden grosse Ausfuhrüberschüsse, deren Unterbringung mit Einfuhrscheinen beim Verfall der Weltmarktpreise sehr schwierig wurden. Deshalb ergingen 1925 bis 1931 Preisstützungen durch Aufkäufe und Magazinierung der öffentlichen Hand. Vor allem war der Fütterungszwang (Eosinroggen) sehr wirksam, da gleichzeitig in den drei Roggenstützungsaktionen Hafer und Gerste durch Zölle verteuert und ein Maismonopol errichtet wurden.

Bei der ersten Roggenstützung konnte die Stützungsstelle bis Mitte Januar 1930 etwa ebensoviel exportieren, wie sie ankauftete. Diese Käufe hielten den Preis von Mitte Januar bis Mitte März 1930 fast stabil. Nachdem die finanziellen Mittel aufgebraucht waren, stürzte der Roggenpreis (von 16 auf 14 RM je dz) im März ab.

Die zweite Roggenstützung wurde unter günstigeren Bedingungen eingeleitet, denn gleichzeitig ist der Futtergersteszoll verdoppelt und ein Maismonopol

⁵¹ v. Dietze, C., Bekämpfung der Agrarkrise in Deutschland. Vorträge und Verhandlungen über die Weltagrarkrise, Internationale Konferenz für Agrarwissenschaft, Leipzig 1934, Seite 57 u. ff.

zustande gebracht worden, dessen Einnahmen zur Marktstützung Verwendung fanden. Die Gründung der Deutschen Roggenausfuhr G. m. b. H., ein Einfuhrscheinfond und der Verkauf von Eosinroggen an Schweinemästereien in Westdeutschland waren Voraussetzungen für die Hebung des Preises.

Die dritte Roggenstützungsaktion ist gescheitert, da es nicht gelang, das starke Angebot unterzubringen, das durch die vorhergehenden Preisstützungen hervorgerufen war.

Eine andere Intervention des Reiches auf dem Roggenmarkt war die Roggenverständigung mit Polen, um ein polnisches Dumping zu verhindern.⁵²

Diese Manipulationen zur Stütze des Roggenmarktes entsprachen rein sachlich gesehen der Landwirtschaft und den Verbraucherinteressen. Der Roggenüberfluß wurde — solange die Stützungsmittel reichten — geräumt, der Getreidepreis unterlag nur geringen Schwankungen; eine Steigerung des Brotpreises wurde verhütet und eine Senkung der Spanne zwischen Getreidepreis und Brotpreis durchgesetzt. Alle diese interventionistischen Aktionen führten wohl zu einer gewissen Entlastung des Marktes, ohne aber einen endgültigen Erfolg zu bringen. Gleichzeitig ist bei steigender deutscher Agrarproduktion die Aussenhandelsbilanz im Jahre 1931 um 2,4 Milliarden Mark entlastet worden.

Die Erteilung von Einfuhrscheinen stellte man im Laufe des Jahres 1930 für Getreide und fast alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein; das Fleischbeschaugesetz wurde wiedereingeführt und das Gesetz über zollfreie Gefrierfleischzufuhr aufgehoben. So bestanden auch bei Vieh- und Fleischprodukten sehr hohe Zölle, doch sanken die Preise für Schlachtvieh von 1929 bis 1932 trotzdem von 127 % auf 66 % des Friedensstandes vor 1914, da sich der inländische Konsum auch nicht zu stark gesenkten Preisen halten ließ.

Zollerhöhungen und Kontingentierungen haben bei der Butter immerhin ein Absinken auf den Weltmarktpreis verhütet; beim Zucker versuchte man die in Industriekartellen erzielten Erfolge auf die Landwirtschaft zu übertragen, indem man im internationalen Chadbourne-Abkommen die Erzeugung kontingentierte.

Ähnlich erhielten durch das Reichsmilchgesetz 1930 die Erzeuger- und Verarbeiterverbände das Recht, die Erzeugungsgebiete abzugrenzen und die Preise festzusetzen. Diese Regelung wurde, ausser in Württemberg, in Baden am weitesten durchgeführt, bei einer gleichzeitigen Verbesserung und Vereinheitlichung der Qualität.⁵³

Auf dem Gebiet der Agrarzollgesetzgebung wurde mit dem Gesetz vom 28. März 1931 über Zolländerungen der Kulminationspunkt der Agrarschutz-

⁵² Da die Kapitalkraft von Handel- und Genossensch. nicht ausreichten, die grosse Ernte v. 1925 aufzunehmen, die unter dem Druck hoher kurzfr. Schulden möglichst rasch an den Markt gebracht wurde, ist zu diesem Zweck die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft gegründet worden, die mit der Getreide-Industrie und Commission A.G. (GIC.) eng zusammen arbeitete und die drei Roggenstützungsaktionen durchführte. — Vergl. Sering, M., Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten a. a. O. S. 843. — Eine ausgezeichnete Orientierung über die wichtigsten Gesetze und Verordnungen der Zwischenkriegszeit für den Agrar- und Ernährungssektor gibt: Weber, Wilhelm, Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914—1932, Deutsche Agrarpolitik Teil II, S. 93 ff.

⁵³ Die Auswirkungen auf Erzeugung und Verbrauch werden für Baden jeweils im 2. Teil dieser Arbeit vermerkt; dies gilt auch für die Ein- und Ausfuhr.

welle erreicht. Die Reichsregierung erhielt weitere vom Reichstag delegierte Rechte hinsichtlich der Zollgesetzgebung; der Schutz der Verbraucher gegen Preissteigerungen trat von nun an in den Vordergrund. Der Brotpreis durfte nicht über den Durchschnitt des Halbjahres 1930/31 steigen, und das Missverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indices sollte beseitigt werden zu Gunsten der landwirtschaftlichen Produktionserfordernisse. So waren Preisstützung, Zollerhöhungen, Vermahlungs- und Beimischungszwang, Kontingentierungen und Einfuhrmonopole die Mittel der staatlichen Interventionspolitik, die bis zum Jahre 1933 maßgebend war.

Aus dieser Entwicklung wird deutlich, wie das Preisproblem für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber den Schwankungen und den politischen Kräften auf dem Weltmarkt nur durch eine bewusste Distanzierung gelöst wurde. Ein in diesen Jahren öfters angestellter Vergleich mit Friedrich Lists einst postulierter Anwendung neuer handelspolitischer Grundsätze beim Übergang Deutschlands zum Industriestaat lag einem neuen »Wendepunkt« sehr nahe, gab doch die wirtschaftliche und politische Entwicklung dieser Jahre gerade Lists realem Denken neue Aktualität und forderte nun die Rückkehr zum »Ackerbau-Gewerbe-Handelsstaat«. Immer mehr verschob sich dabei die wirtschaftliche Initiative zwischen staatlichem und privatem Handeln auf die Seite des Staates. Der Erfolg im Ernährungssektor war einerseits der gewaltige Rückgang der Getreideeinfuhren, was gleichbedeutend war mit der Annäherung an die Grenze vollständiger Selbstversorgung, und andererseits war die Steigerung der Inlandsproduktion animalischer Produkte schon deshalb wichtig, weil die Lebensmittelfinanzierung ausländischer Veredelungsprodukte mit dem Rückgang des Auslandskapitals und der ins Wanken geratenen kapitalarmen Industrieproduktion Schwierigkeiten machen musste. Die Frage der Autarkie, wenn auch nur als Teil-Autarkie, ist damit zu einem vieldiskutierten Problem geworden. Bei den Bemühungen um die »Nahrungsfreiheit« mussten die Mittel der Handelspolitik der neuen Situation angepasst werden; denn mit geringeren Import- und Exportmengen konnten Zölle den Binnenmarkt immer weniger beeinflussen. »Lückenloser Hochschutz und Selbstversorgung schliessen sich aus.«⁵⁴ Die einzig wirksame Hilfe konnte nun die Kaufkraft der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung bilden, da Subventionen, der schlechten Finanzlage wegen, nicht gewährt werden konnten. Der Staat, der zur Bereinigung der Lage angerufen wurde, hatte jetzt die Gestaltung des Marktes zu übernehmen. Mit dem Anwachsen des Staatshaushalts ist der Staat zum bedeutendsten Organ der gesamten Volkswirtschaft geworden; er wird, ganz abgesehen von den staatseigenen Betrieben, Arbeit- und Auftraggeber je nach den konjunkturellen Verhältnissen.

⁵⁴ Salin, E., Am Wendepunkt der deutschen Wirtschaftspolitik, Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 684 ff., bes. S. 70. Vergl. Eulenburg, Franz, Autarkie u. Agrarschutz. Theor. Möglichkeiten u. Grenzen ihrer Verwirklichung, Dt. Agrarpol., Teil 2 S. 655 ff. — Ritter, Kurt, Die Autarkiebestrebungen und ihr Einfluss auf die Angleichung von Erzeugung und Bedarf, Dt. Agrarpol., Teil 2, S. 641 ff.

II. Preise und Preisverhältnisse der Agrarprodukte in den Jahren 1924—1938

A. Wirtschaftspolitische Aufgaben und Wirkungen der Agrarpreispolitik

In der nachfolgenden Untersuchung werden die Bedingungen der Lebensmittelversorgung am Verlauf der Preise und Preisrelationen für landwirtschaftliche Produkte dargestellt, z. T. in vergleichender Betrachtung zur Preisbewegung industrieller Erzeugnisse und Rohstoffe und unter kurzen Hinweisen auf die Verhältnisse des Weltmarktes.

Bei einer Änderung der aktiven Geldmenge im Verhältnis zum Warenvolumen verändern sich, wie u. U. auch bei direkten preispolitischen Interventionen, nicht nur der allgemeine Preisstand, sondern auch die Verhältnisse der einzelnen Preisgruppen und Preise zueinander. So äussert sich dieser Prozess mehr oder weniger in einer Hebung oder Senkung des allgemeinen Preisniveaus und in Verschiebungen der Preisrelationen von Produkten der gleichen Marktstufe, wie z. B. jeweils innerhalb der Produzentenpreise, der Gross- und der Kleinhandelspreise. Ebenso kommt es auch zwischen den Preisen der Endprodukte und der Kostengüter zu Verlagerungen. Jene »horizontalen« und diese »vertikalen«⁵⁵ Preisrelationen können u. U. die Produktionsrichtung verändern, die letzten Endes immer von der Rentabilität der einzelnen Verwendungsarten abhängig ist. Es wird deshalb die Bedeutung bestimmter Preisverhältnisse um so grösser sein, je mehr eine Volkswirtschaft ein vorgesetztes wirtschaftspolitisches Ziel anstrebt. So ist es zur Erreichung der Selbstversorgung Aufgabe einer zweckmässigen Preispolitik, solche Preisbeziehungen zu schaffen, die sowohl den natürlichen Verhältnissen der Produktion, als auch jenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen entsprechen. Damit wird die Wahl eines bestimmten Preisaufbaus zu einer Zweckmässigkeitsfrage, welche über die Preise die Mengenrelation beeinflusst, d. h. das Verhältnis der einzelnen Produktionsmengen untereinander.

Solange die Erzeugung zwangsläufig erfolgt, d. h. bei bedarfswirtschaftlicher Einstellung der Betriebe, wird die Reaktionsfähigkeit der Landwirtschaft auf Preisänderungen verhältnismässig gering sein. Aber bei der Produktion für den Markt kann z. B. der Anbau von Feldfrüchten auf Preisverschiebungen sowohl mit Veränderungen der Anbauflächen als auch mit veränderter Anbauintensität reagieren.

Da alle wichtigen Kulturen in ihrem Anbau wenig elastisch sind (denn Preisänderungen sind bloss ein Bestimmungsgrund der Produktion neben den natürlichen Bedingungen, den regionalen Gegebenheiten, der Betriebsstruktur und der Betriebsgrösse), lassen sich nur bei gewissen Nebenerzeugnissen, wie etwa bei Flachs, Hanf und Raps, wesentlich veränderte Anbauflächen beispielsweise in den Jahren 1929—1934 konstatieren.⁵⁶

Dagegen haben die Erträge pro Hektar sehr stark zugenommen, wobei eine wichtige Voraussetzung der Anbauintensität der Verbrauch von Düngemitteln war.⁵⁷

⁵⁵ Die Unterscheidung in »horizontale und vertikale« Preisrelationen ist der Arbeit von Senglet, J. J. a. a. O. entnommen.

⁵⁶ Vergl. Vierteljahreshefte z. Konjunkturforschung, Heft 3, 9. Jg. Teil A, 1934, S. 123.

⁵⁷ Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1937/38, Neue Folge, Heft 1, 12. Jg., S. 32.

Die Reaktionsfähigkeit der Agrarproduktion auf Preisveränderungen kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass die Landwirtschaft vorwiegend nicht-spezifische Güter herstellt, die vielseitig verwendbar sind, und dass je nach Rentabilitätsveränderung die Dispositionen der Agrarproduzenten bestimmt werden können.

Am 3—4jährigen Schweinezyklus können, abgesehen von Saisonbewegungen und langfristigen Schwankungen, die engen Beziehungen zwischen den Preisen und der Produktionsentwicklung nachgewiesen werden. Das Preismotiv wirkte bei dieser Erzeugung je nach der Relation zwischen den Schweinefleisch- und den Mastfutterpreisen durchschlagend und liess mit grösster Regelmässigkeit erhebliche Differenzen zwischen dem Angebot und der Nachfrage entstehen. Die durch das wechselnde Preisverhältnis angeregte Ausdehnung oder Kontraktion des Produktionsanfalls musste sich bei der unelastischen Anpassung des Angebots mit ganzer Stärke deshalb auswirken, da dem Schweinezüchter eine Unterbrechung oder Vorratsbildung des »reifen« Produktes nicht möglich war, höchstens durch eventuelle Gewichtsänderungen eine Abschwächung erreicht werden konnte. Aus dieser Erscheinung des unelastischen Angebots erklärt sich der den Preisen entgegengesetzte Verlauf der anfallenden oder ausbleibenden, über die zur Übereinstimmung von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage erforderlichen Menge hinaus.

In Baden ist zwar die Wirkung des Schweinezyklus' immer erheblich geringer gewesen als in den ausgesprochenen Schweinemastgebieten; denn in den badischen Bauernhöfen hing die Fütterung nicht vollständig von der Ernte bzw. den Preisen der Futtermittel ab; man verwendete hier zu einem grossen Teil die laufenden Abfälle, und die Produktion wurde kontinuierlicher den bäuerlichen Betriebsverhältnissen angepasst.

Mit den rigorosen Bemühungen zur Selbstversorgung nach 1933, wodurch die Fleisch- und Fettversorgung erheblich zu steigern war, ist die Futtergrundlage des Inlands, bei gleichzeitig staatlichem Eingriff in die Preisbildung, für den Umfang animalischer Produkte bestimmend gewesen, um der kaufkräftig gewordenen Nachfrage überhaupt nachzukommen.⁵⁸

Viel komplizierter liegt die Wirkung der Preisrelationen beim bekannten Rinderzyklus. Kurzfristige Preisschwankungen können wegen der Betriebsstruktur, der Abhängigkeit von Kulturartenverhältnis (Wiesen und Weiden), der Rauhfutterlage und wegen des natürlichen Düngerbedarfs auf den Bestand bei hochentwickelten, vielseitigen landwirtschaftlichen Betrieben nicht wirksam werden. Veränderungen ergeben sich allerdings in der Zusammensetzung der Zahl je nach dem Preisverhältnis zwischen Schlachtrindern und der Rentabilität

⁵⁸ Der Grad der Selbstversorgung hat sich erhöht bei stärkerem Verbrauch an Veredelungsprodukten.

Anteil der Inlanderzeugung des gesamten Nahrungsmittelverbrauchs (mit Berücksichtigung der eingeführten Futtermittel):

1924	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36
75	74	66	64	70	72	77	77	75	81	80	84	82 %

Vergl. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N. F. 12. Jahrgang 1937/38, Heft 1, S. 31.

Die theoretische Erklärung des Schweinezyklus entspricht dem »cobweb-theorem«. Siehe: Stackelberg, Heinrich von, Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. Herausgegeben v. V. F. Wagner, Bern 1948, S. 170 ff.

der Milchviehhaltung. Es konnten sich z. B. zwischen den Jahren 1928 und 1932 die rückgängigen Milch- und Butterpreise mit den sinkenden Kraftfutterpreisen ausgleichen. Jedenfalls hat der allmähliche Preisverfall die Rinderbestände in den Krisenjahren nicht merklich dezimieren können. So schwankte in Baden die Rinderzahl zwischen 620 000 und 660 000 in der Zwischenkriegszeit bis zum Jahre 1936, während die Schweinebestände in der gleichen Periode von 420 000 bis auf 620 000 unter stärkeren zwischenzeitlichen Veränderungen gestiegen sind.

Unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Reaktionen auf Preisveränderungen können »richtig« gesetzte Preisrelationen, d. h. Preisverhältnisse, die in den Dienst einer bestimmten Wirtschaftspolitik gestellt werden, infolge der beschränkten Wirkung der direkten Wirtschaftslenkung und der Schwierigkeiten bei ihrer Durchführung, eine besondere Bedeutung zur Lenkung der Agrarproduktion gewinnen. Diese Tatsache wurde aus den Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegsjahre manifest und bestätigte sich erneut auf Grund der Ergebnisse der nationalsozialistischen Preispolitik bis zum Jahre 1936.

B. Entwicklung des Gesamtpreisniveaus

Bei einem Blick auf die Bewegung des Gesamtpreisniveaus ergibt sich für den Anfang der Betrachtungsperiode, dass die stark abwärtsgerichtete Grundrichtung der Agrarpreise von 1920/23 als Sondererscheinung, als Korrektur der wieder auf Friedenswirtschaft eingestellten Volkswirtschaften anzusehen ist.

Der Preisstand des Weltmarktes für Rohstoffe und Nahrungsmittel ist gegenüber 1913 auf die Hälfte gesunken. Während sich im Weltkrieg enorme Preisdisparitäten herausbildeten, vollzog sich in diesen Jahren eine Rückbildung. Dabei ist zu bemerken: Je höher die einzelnen Indices in den Kriegsjahren gestiegen sind, desto stärker fiel der Preissturz aus; doch sind die Preise nicht mehr auf den Vorkriegsstand zurückgegangen. Mit der Wiedereinschaltung Deutschlands in den Weltkreditmarkt, mit dem Kapitalexport der Vereinigten Staaten von Amerika und deren wirtschaftlichem Aufschwung setzte eine gewisse Konsolidierung des Warenpreisniveaus ein, das von 1926/29 nur verhältnismässig geringen Schwankungen unterworfen war. Aber eine Stabilisierung war nicht zu erreichen. Mit der grosszügigen Kreditgewährung der USA. dehnte sich die Produktionskapazität fast aller rohstoff erzeugenden Länder aus. Der wachsenden Produktion stand ein steigender Verbrauch in den wichtigsten Abnehmerländern gegenüber, weshalb sich die Preise auf dem Weltmarkt für eine kurze Zeit auch behaupten konnten. Die ersten Anzeichen eines allgemeinen Preisrückgangs machten sich in Amerika Anfang 1928 bemerkbar, wobei als Symptom zur Auslösung der grossen Weltwirtschaftskrise der New Yorker Börsenkrach gilt. Die Spannungen wurden am deutlichsten sichtbar, als die Aktienkurse stark zurückgingen und bei bereits sinkendem Rohstoffbedarf die Kredite aufhörten, mit denen die Rohstoffproduktion finanziert war. Mit der »Kreditklemme« (nach Spiethoff) wurde die Unsicherheit der Märkte von einem erst langsamen Preisabbau in einen scharfen Preissturz übergeleitet.

Die Preisdisparität, die schon im Jahre 1928 zu Ungunsten der Agrarprodukte auffiel, blieb während der ganzen Dauer des Niedergangs erhalten. Man war

nicht bemüht, die Preise landwirtschaftlicher Produkte gegenüber denjenigen anderer Güter zu begünstigen. Die Agrarschere im eigentlichen Sinne bestand bereits während der Aufschwungperiode, und da die Preise für industrielle Fabrikate von 1928/33 weniger sanken (29 %) als die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse (35,5 %), vergrößerte sich in dieser Zeit noch die Preisdisparität erheblich (vergl. graph. Darstellung, S. 52). Man gewinnt daher den Eindruck, dass bis 1924 die Wiederherstellung einer geordneten Nahrungsmittelversorgung im Vordergrund stand. Bis zum Jahre 1928 galt die Hauptaufgabe dem Ausbau des Produktionsapparates, dem Preiszusammenbrüche mit ihren weiteren Auswirkungen folgten. Von da an hat Deutschland — wie auch andere Länder — auf eine vom Weltmarkt⁵⁹ unabhängige Preisentwicklung tendiert.

Der Preiszusammenhang mit dem Weltmarkt war natürlich bei den auslandbestimmten Rohstoffen und Halbwaren weiterhin sehr eng, dagegen waren die inlandsbestimmten Waren weniger mit dem Weltmarkt verbunden. Ganz unabhängig vom ausländischen Preisniveau entwickelten sich die Preise für Agrarstoffe, die eher eine gegenläufige Tendenz aufwiesen. In den Jahren nach 1933 erfuhr das Inlandspreisniveau für Agrarprodukte eine entschieden weniger starke Bewegung wie die Weltmarktpreise, die zunächst langsam, dann rasch in die Höhe gingen und von 1937 an für kurze Zeit in umgekehrter Richtung verliefen.

In der Zeit von 1933/35 schloss sich in Deutschland die Agrarschere zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten wieder etwas; es gelang aber nicht, den Niveauunterschied zu beseitigen.

Der Beginn des zweiten Vierjahresplanes (am 18. Oktober 1936) hat eine umfassende Lenkung des Arbeitseinsatzes und der Preisbildung gebracht. Mit der Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung und dem sofort verordneten Preisstopp begann die »totale Lenkung der Preisbildung«, von der grundsätzlich kein Preisvorgang in der Volkswirtschaft ausgenommen war. In den folgenden Jahren haben Preissteigerungen bei den industriellen Fertigwaren die festgestellte Disparität wieder vergrößert.

Das oberste Ziel der Preispolitik blieb, wie schon seit dem Jahre 1934, die Stabilhaltung des deutschen Preisstandes, wobei insbesondere das Verhältnis von Löhnen und Preisen gleichbleiben sollte. Es wird in den ersten Jahren der Politik des Festhaltens immer wieder hervorgehoben, dass dabei die ständige Umbildung der Preisrelationen zum Zwecke der Erzeugungssteigerung und Verbrauchslenkung eine wesentliche Aufgabe der Preispolitik bedeutet. Mit Erreichung der Vollbeschäftigung und bei der relativen Knappheit an Verbrauchsgütern und Rohstoffen, bestand aber ein ständiger Preisdruck nach oben, doch ist die Preisdecke mit allen Mitteln ziemlich stabil gehalten worden.

Zusammenfassend ist für die allgemeine Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland vorerst zu sagen:

Auf den Inlandsmärkten sind die vom Weltmarkt bestimmten Preise bei den sich verschärfenden Krisen- und Depressionserscheinungen mehr und mehr durch feste »Tarife« ersetzt worden, die den Angleichungsprozess der Preis-

⁵⁹ Vergl.: Indexziffern der Weltmarktpreise 1925—1937. Stat. Jahrb. für d. Dt. Reich, 1938, 57. Jahrg., S. 179, Int. Übersichten.

spannungen nach Art, Dauer und Intensität beeinflussen und die noch freischwingenden Wirtschaftselemente um so heftigeren Schwankungen aussetzen mussten. Durch Zollschränken, Produktionskontingentierungen, Preisbindungen und schliesslich durch eine einheitliche Marktregelung der Agrarwirtschaft war man deshalb bestrebt, die heftigen Preisbewegungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu mildern oder gar zu verhüten.

C. Preisvergleich der verschiedenen Marktstufen

Während sich in Deutschland der Preisverfall auf den Agrarmärkten erst nach der Währungsstabilisierung von den Jahren 1923/24 an bemerkbar machte — denn die Masseneinkommen sind nicht derartig gesunken, dass damit die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen beeinträchtigt worden wäre —, führte das erneute, weit massivere Sinken nach 1928/29 zu ausgesprochen interventionistischen Massnahmen zu Gunsten der notleidenden Landwirtschaft, um nicht deren Existenz und damit die Versorgung mit inländischen Agrarprodukten zu gefährden.

Die Produzentenpreise (d. h. die Preise der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse), und damit auch die Erlöse der Landwirte, bewegten sich bei unterschiedlichen Preisdiskrepanzen mit denjenigen der Industrie durchaus im Gleichtakt. Beide erreichten 1929 ihren Höhepunkt, beide sind 1932 am Tiefpunkt angelangt.

Im einzelnen sind die Preise für Getreide und Futtermittel zunächst stärker gesunken als die für tierische Erzeugnisse, ein Prozess, der durch eine staatliche (Getreide-)Zollpolitik aufgehalten wurde. Die agrarpolitischen Eingriffe vermochten den Preisverlauf auf den inländischen Getreidemärkten zu korrigieren, die Preise der viehwirtschaftlichen Veredelungsprodukte sind nicht in gleicher Weise berücksichtigt worden. Der erhebliche Rückgang der Futtermittelpreise ab 1929/30 war für die Produzenten von Fleisch, Milch und Eiern zunächst recht günstig. Der daraus resultierende Angebotsdruck dieser Erzeugnisse brachte aber deren Preise ebenfalls bald zum Sinken. Diese Preiseinbussen zusammen mit der folgenden Verschlechterung der Futterpreisrelationen waren für die Landwirte besonders spürbar, da hierdurch die wichtigsten laufenden Einnahmen betroffen waren.⁶⁰

So hat eine unorganische Entwicklung innerhalb der landwirtschaftlichen Preisverhältnisse die langjährige Relation landwirtschaftlicher Produkte untereinander gestört. Während man z. B. in der Vor- und Nachkriegszeit bis 1929/30 für 1 dz Schweinefleisch (Lebendgewicht) etwa 5—6 dz Weizen kaufen konnte, entsprach im Jahre 1932 die gleiche Menge Schweinefleisch nur noch dem Werte von 3 dz Weizen. Die gleiche Erscheinung war bei der Butter zu beobachten, wo das Tauschverhältnis 13—14 dz und jetzt 8—9 dz Weizen für 1 dz Butter betrug.⁶¹

Der Tiefstand der Preise animalischer Produkte traf vor allen Dingen die Mittel- und Kleinbetriebe — wie sie auch in Baden vorherrschen —, und innerhalb der gleichen Grössenklassen litt wiederum der viehwirtschaftlich orien-

60 Vergl.: Vierteljahreshefte f. Konjunkturforschung, 6. Jahrg. 1932, Teil B, 4. Heft, S. 7.

61 Vierteljh. z. Konj.forschg. 8. Jg., Heft 2, Teil A, 1933, S. 110.

tierte Betrieb stärker unter der Ungunst der Preisrelationen als der gemischte Betrieb, der immer widerstandsfähiger ist als eine spezialisierte Produktion.

Die Entwicklung dieser innerlandwirtschaftlichen Preisschere zwischen pflanzlichen und tierischen Produkten kann auf Grund der Berechnung eines »Relativpreises«⁶² verfolgt werden.

Jahre	Weizen Butter	Schlachtvieh Kartoffeln	Rinder Schweine	Weizen Roggen	Pflanzl. Prod. Tier. Prod.
1913/14	$\frac{93}{97} = 0,96$	$\frac{102}{77} = 1,33$	$\frac{106}{98} = 1,08$	$\frac{93}{95} = 0,98$	$\frac{90}{110} = 0,88$
1925/26	$\frac{121}{147} = 0,82$	$\frac{136}{99} = 1,37$	$\frac{110}{153} = 0,70$	$\frac{121}{104} = 1,16$	$\frac{110}{140} = 0,71$
1928/29	$\frac{108}{144} = 0,70$	$\frac{128}{135} = 0,96$	$\frac{105}{141} = 0,74$	$\frac{108}{132} = 0,80$	$\frac{126}{134} = 0,90$
1932/33	$\frac{99}{84} = 1,17$	$\frac{67}{65} = 1,03$	$\frac{56}{73} = 0,77$	$\frac{99}{97} = 1,02$	$\frac{107}{78} = 1,46$
1935/36	$\frac{100}{104} = 0,96$	$\frac{96}{119} = 0,80$	$\frac{95}{95} = 1,00$	$\frac{100}{102} = 0,98$	$\frac{105}{100} = 1,05$
1937/38					$\frac{111}{99} = 1,12$

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie zwar der Nominalpreis beispielsweise des Weizens im Jahre 1925/26 gestiegen ist, trotzdem seine Stellung innerhalb des Preisgefüges sich aber verschlechtert hat. Das war der Fall, weil die animalischen Erzeugnisse (Butter) zu jener Zeit stärker gestiegen sind als der Weizenpreis.⁶³ Erst nach dem Höhepunkt auf Grund der erfolgreichen Getreidepolitik der Krisenjahre ist die Parität von 1913/14 wieder erreicht.

Auch zwischen Schlachtvieh/Kartoffeln hat sich der Realpreis für Schlachtvieh 1928/29 gesenkt, obwohl der Nominalpreis höher lag als im Basisjahr. Im Jahre 1935/36 sieht man die Preisbegünstigung der Kartoffeln, was in der steigenden absoluten Indexziffer und in dem sinkenden Relativpreis ausgedrückt wird.

Das Preisverhältnis zwischen den zwei animalischen Produkten (Rinder und Schweine) veränderte sich 1925/26 zu Gunsten der Schweinepreise; in den Krisenjahren fielen die Rinderpreise nicht so stark, und 1935/36 ist die Disparität aufgehoben.

⁶² Senglet, J. J., a. a. O., stellt solche Relativpreise für die Schweiz während der Kriegsjahre der beiden Weltkriege auf u. definiert diesen Preis eines best. Agrarprodukts im Verhältn. zu einem Vergleichsprod.: »Steigt der Quotient, so bedeutet dies, dass sich die Stelig. des Erzeugnisses, dessen Preis als Dividend dient i. Vergl. zum Agrarprodukt, dessen Preis als Divisor figuriert, verbessert hat. Sinkt der Relativpreis, so liegt die umgekehrte Situation vor.«

⁶³ Senglet bezeichnet eine solche Veränderung des realen Austauschverhältnisses als »Realpreisänderung«, im Gegensatz zur »Nominalpreisänderung«.

Der Relativpreis Weizen/Roggen ist in den Nachkriegsjahren weit über Vorkriegsparität zu Gunsten des Weizens in die Höhe gegangen. Durch die bekannten Roggenaktionen konnte der Roggenpreis kurze Zeit gestützt werden, weshalb der Realpreis des Weizens wieder stark sank. In den letzten Ziffern ist der Vorkriegsstand wiederhergestellt.

Schließlich gibt der Relativpreis zwischen den pflanzlichen und den tierischen Produkten insgesamt einen Hinweis auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Zwischenkriegsjahre. Auf den Ausgangspunkt bezogen, hat sich laut nächster Zahlenangabe (1925/26) das Austauschverhältnis der pflanzlichen zu den tierischen Erzeugnissen hin verschoben, infolge der Getreidepolitik aber bald wieder umgekehrt (1932/33). Nach der Preisbevorzugung der Veredelungsprodukte in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ist aber 1937/38 festzustellen, wie die Preispolitiker bemüht waren, den Pflanzenprodukten einen Preisvorsprung zu gewähren und durch die pflanzlichere Gestaltung der Kost die »Kalorienproduktivität« zu steigern und den landeseigenen Nahrungsspielraum zu erweitern. Daher wurden auch diejenigen Produkte, die einen grossen Kaloriengehalt je Flächeneinheit liefern (Zuckerrüben, Kartoffeln) im Preise verhältnismässig begünstigt.

Die Bedeutung einer wirksamen Preispolitik ist aber nach 1936 — wie schon mehrfach betont wurde, geringer geworden, als bei den wichtigsten Agrarprodukten Stoppreise eingeführt wurden und nun eine »mengenpolitische« Lenkung den Nachfragedruck auffangen musste.

Wie wir weiterhin sehen können⁶⁴, sind die Preisfluktuationen bei den Produzentenpreisen ganz besonders auffallend gewesen, während sie sich bei den Gross- und Kleinhandelspreisen weit weniger stark auswirkten. Obwohl sich diese Preise miteinander nicht unmittelbar vergleichen lassen, ist doch die Tendenz festzustellen, dass mit zunehmender Marktreife eine Abschwächung der heftigen Preisausschläge verbunden war; so ist in den Jahren 1928/1932 der Index der Kleinhandelspreise »nur« um 37 %, der der Grosshandelspreise bereits um 43 % gesunken (Produzentenpreise um 55 %). In den folgenden Jahren, vom Tiefpunkt 1932/33 bis 1935/36 fand eine Korrektur der in der Depression zu Ungunsten der Agrarprodukte verschobenen Preisrelationen zwischen Gross- und Kleinhandelspreisen statt; jetzt stieg der Grosshandelspreisindex für Nahrungsmittel um 19 %, der für Kleinhandelspreise nur um 9 % (Produzentenpreise um 17 %). Zur Zeit der Stabilisierungsphase von 1936—1939 dauerte die allgemeine weitere Verbesserung der Preisrelationen zu Gunsten der Landwirtschaft noch an. Das Niveau der Kleinhandelspreise blieb bis 1938 nahezu stabil⁶⁵; der Index der Grosshandelspreise stieg noch um 1 % (Produzentenpreise um 3 %).

Es ist aber auch zu bemerken, dass der Niveauunterschied vergleichsweise zwischen Gross- und Kleinhandelspreisen im Jahre 1928 18 Punkte betrug, sich bis 1935 auf 26 Punkte erweiterte und im Jahre 1939 erst auf 13 Punkte herabgedrückt werden konnte. (Der Niveauunterschied zwischen Produzentenpreisen und Grosshandelspreisen wurde von 1933/39 von 3 auf 2 % und zwi-

⁶⁴ Vergl. Stat. Jahrb. für das Dt. Reich 1938, S. 331.

⁶⁵ Vergl. Kleinhandelspreise für Lörrach in Baden, Statistisches Jahrbuch für das Land Baden, 1938, S. 229.

schen Produzenten und Kleinhandelspreisen gleichzeitig von 46 auf 15 % gesenkt.)

Daraus wird ein gewisser Erfolg der Bemühungen um die Verkürzung der Handelsspanne auf den Märkten landwirtschaftlicher Produkte bestätigt; es ist ausserdem festzustellen, dass die Produzentenpreise zu früh stabilisiert wurden, d. h. bevor die in den Krienjahren entstandenen Missverhältnisse zwischen den untersuchten Preiskurven beseitigt waren.

Schliesslich ist noch zu den Lebenshaltungskosten zu sagen, dass der Gesamtindex sich ähnlich verhielt wie der Preisindex der industriellen Fertigwaren (vergl. graph. Darstellung S. 52). Der Verlauf der Ernährungskosten allein ist mit den Kleinhandelspreisen der Agrarprodukte identisch.

Zwischen dem Index der Lebenshaltungskosten und dem Index der Agrarproduktpreise vergrösserte sich die Preisparität im Vergleich zur Vorkriegszeit: sie stieg von 10 Punkten im Jahre 1925 auf 20 im Jahre 1928 und sogar auf 34 Punkte im Jahre 1933. Die in der Depression eingeleitete Verschlechterung zu Ungunsten der Landwirtschaft ist in der Erholungsphase wieder korrigiert worden, und im Jahre 1936 ist die Relation des Jahres 1928 beinahe wiedererlangt (24 Punkte).

D. Preis-Kostenrelation in der Agrarwirtschaft

Vergleicht man die Indices der landwirtschaftlichen Betriebsmittel mit den Preisindexziffern landwirtschaftlicher Produkte, so ist in der Depressionsphase eine verhältnismässig geringe Flexibilität der Preise der Kostengüter zu beobachten. Während die industriell erzeugten Produktionsmittel von 1924/1929 um 11 % stiegen, die landwirtschaftlichen Produktenpreise bereits um 2 % fielen, sanken in den folgenden Jahren von 1929/1932 die Indexziffern der Betriebsmittel von 141 auf 116, also um 25 Punkte; die Preiseinbusse landwirtschaftlicher Produkte im gleichen Zeitraum betrug dagegen 53 Punkte. In den nächsten Jahren blieb der Index der Betriebsmittel nahezu konstant, während nun die Agrarpreise mächtig aufholten. Die Preisspanne war aber mit 9 Punkten im Jahre 1936 noch nicht der geringen Disparität des Jahres 1928 mit 7 Punkten gleichgekommen. Eine Verbesserung lag bei der nationalsozialistischen Agrarpreispolitik zum grössten Teil in einer Senkung der Düngemittelpreise, die z. B. 1937/38 um 45 % unter dem Vorkriegsniveau standen.

Eine gewisse Entlastung des Geldaufwandes beruhte zweifellos auch in der Senkung der Ausgaben für Schuldzinsen und Steuern.

Es ist also festzustellen, dass zwar gegenüber den variablen Produktionsmitteln und den festen Lasten die Preis-Kostenrelation sich verbesserte; ein anderes Bild ergibt sich gegenüber den dauerhaften Produktionsmitteln (für Re- und Neuinvestition).⁶⁶

Diese Ausgabensteigerungen sind im Vergleich zu den ebenfalls zunehmenden

⁶⁶ Die Preise für Neubauten stiegen in den Jahren 1932—1937 um 65 %, Gebäude-reparaturen um 25 %, Anschaffung von Maschinen und Ackergeräten um 240 % und deren Unterhalt um 80 %. Der Geldrohertrag nahm um 53 % zu. Vergl. Steiner, M., a. a. O., S. 142. Vergl. auch Kap. 4, Abschn. I.

Geldroherträgen, die nur bis 1936 auf steigenden Produktpreisen beruhten, überproportional gestiegen.

Die Kostenkurve hat sich besonders in den Jahren nach dem Preisstopp aufwärts gerichtet, weil die effektiven Löhne gestiegen sind. »Wohl das grösste Hemmnis auf dem Wege zur fortgesetzten und beschleunigten Leistungssteigerung war und blieb die K n a p p h e i t an Arbeitskräften.«⁶⁷ Dieser Faktor machte sich zwar in Baden bei den mehr bäuerlichen Familienbetrieben weniger geltend als in anderen Teilen Deutschlands, jedoch war auch hier das Ausbleiben billiger Arbeitskräfte bei der Ernte von Spezialkulturen, bei der Kirschen- und Zwetschgenernte oder bei der Weinlese fühlbar. (Ein Ausgleich wurde durch Heranziehung ausländischer Arbeiter, durch den Einsatz des Arbeitsdienstes oder durch die Einrichtungen des »Landjahres«, des »Landdienstes«, des »Pflichtjahres«, bis zum Ferieneinsatz der Schüler versucht.) Wie noch an anderer Stelle bemerkt wird, war das Lohngefälle zwischen den (Rüstungsindustrie-)Löhnen und der Entlohnung in der Landwirtschaft die Hauptursache der Abwanderung der Arbeitskräfte, die auf dem Lande auch nur durch eine, zwar längst nicht proportionale Lohnerhöhung gehalten wurden und damit vor allem die Rentabilität der lohnabhängigen Grossbetriebe beeinträchtigen musste.

Zum Abschluss des Kapitels über Preise und Preisverhältnisse landwirtschaftlicher Produkte ist noch auf die Bedingungen des Preisverlaufs hinzuweisen, wie er sich aus der Angebots- und Nachfrageentwicklung ergab.

Auf der Angebotsseite ist seit 1925 eine stetige Ausdehnung der Produktion bis zur zweiten Hälfte der Depressionsphase festzustellen, wo das Angebot wieder auf den Stand von 1928/29 zurückfiel. In den folgenden Jahren geht die enorme Zunahme aus den Zahlen der nationalsozialistischen »Erzeugungsschlacht« hervor. (Vergl. 4. Kapitel, Abschn. I u. II.)

Da die Nachfrage mit den Einkommensveränderungen der Konsumenten steigt und sinkt, ist zu sehen, wie in den Krisenjahren 1929/32 bei der 40%igen Einkommenschrumpfung (aus Lohn und Gehalt) die Nachfrage nach Agrarprodukten nicht bloss um 32 % fiel (bei einem Elastizitätskoeffizienten der Nachfrage nach Agrarprodukten von 0,8)⁶⁸, sondern bei der gleichzeitigen Zunahme des Angebots sogar um 42 %. Die Einkommensgestaltung nahm auch in den Jahren nach der Machtübernahme entscheidenden Einfluss auf die Agrarpreise und damit auf die Lage der Landwirtschaft, stiegen doch die Lohneinkommen im ersten Abschnitt der nationalsozialistischen Experimentierungsphase um 25,5 %. Während gleichzeitig die Agrarpreise eine Steigerung um 33 % mitmachten, kehrte sich diese offensichtliche Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber den anderen Einkommensbeziehern nach 1936 ins Gegenteil um, da die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nun nicht mehr der effektiven Nachfrage auf den Konsumgütermärkten entsprachen.

Zur Angebots- und Nachfrageentwicklung ist noch zu bemerken, dass in den Erholungsjahren, die der grossen Krise vorangingen, den Einkommens-

⁶⁷ Neuling, Willy, Neue Deutsche Agrarpolitik. Tübingen 1949, S. 129.

⁶⁸ Vergl. Steiner, a. a. O. S. 104, zit. nach Wagemann.

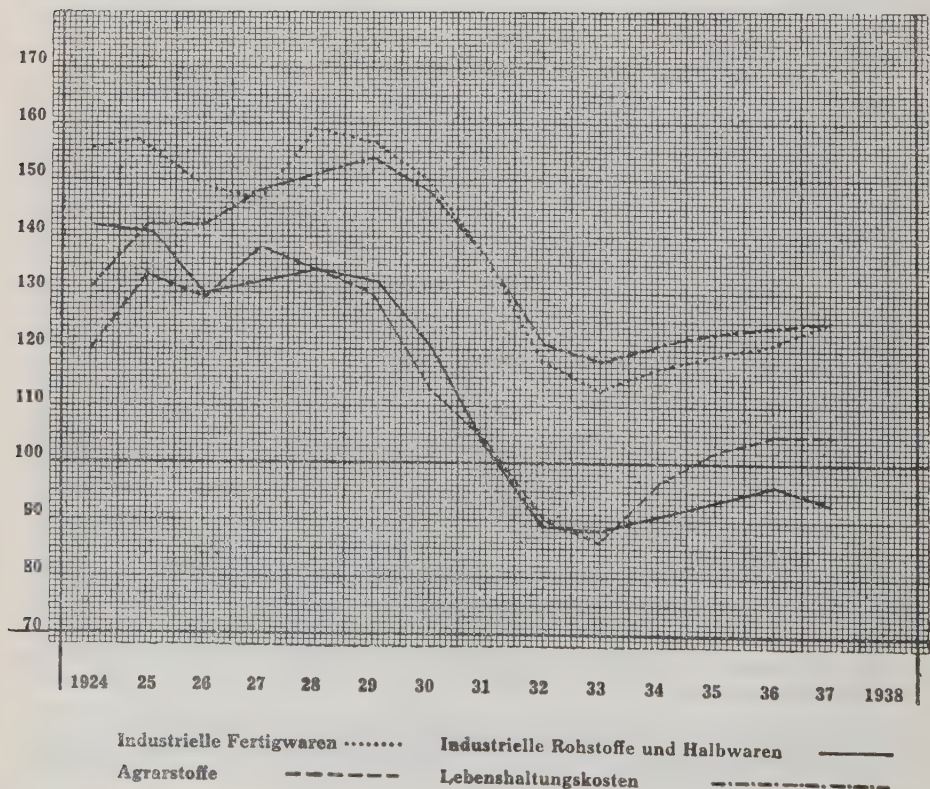
Vergl. theoretische Erklärung: Stackelberg, Freiherr von, Heinrich, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948, S. 153 und S. 142 ff.

steigerungen grosse Importe an Nahrungsmitteln entsprachen, im Gegensatz zur nationalsozialistischen hermetischen Abschliessung der Märkte. Um dem Druck der Nachfrage nachzugeben, der in zunehmenden Preisspannungen sichtbar wurde, musste allerdings nach 1936/37 die Importdrosselung wieder gelockert werden. (Vergl. dazu 4. Kapitel, Abschn. III, c.)

Wie wir gesehen haben, ist aus der Entwicklung der Preise der Aufbau und die Gestaltung der Märkte zu erfahren.

Durch dieses wirtschaftliche Element kann vor allem die Wirtschaftsforschung unter Verwendung von Preisreihen und anderen ebenso wichtigen Daten wesentliche Zusammenhänge nachweisen und unter Umständen sogar wirtschaftliche Prognosen stellen.

Für die bereits gegebene und noch weitere Untersuchung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des deutschen Agrarmarktes und der Versorgungslage konnte mit der dargestellten Entwicklung der Preise auch die Ursache und zugleich die Wirkung der deutschen Agrarpreispolitik bis zum Jahre 1938 verfolgt werden.



IV. KAPITEL

Nationalsozialistische Ernährungspolitik

I. Ziele der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik

Bevor wir im zweiten Abschnitt dieses Kapitels auf Einzelheiten und die praktische Durchführung der nationalsozialistischen Organisation der Ernährungswirtschaft eingehen, seien zunächst die Ziele und Wirkungen der agrarpolitischen Massnahmen im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik betrachtet.

Wie bereits dargestellt, gingen die Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren des klassisch-liberalen Preismechanismus, die im grossen und ganzen bis 1914 gegeben waren, in der Zwangswirtschaft des ersten Weltkrieges verloren. Nach einem verhältnismässig raschen Abbau der Kriegswirtschaftsmassnahmen versuchte man zur liberalen Wirtschaftsauffassung zurückzukehren, wobei die Marktordnung fast gänzlich den privaten Wirtschaftsverbänden überlassen wurde. Die erwähnten Eingriffe des Staates galten im wesentlichen als Notverordnungen und zählten deshalb zu den Seltenheiten.

Nach 1933 wirkte der Staat im Rahmen seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik immer mehr auf die einzelnen Wirtschaftszweige ein, um sie zuletzt fast überall zu beherrschen.

Gleichsam die ersten Antriebe zum Eingreifen in den Agrarsektor empfing der nationalsozialistische Staat aus der Weltwirtschaftskrise. Wie schon bemerkt, war der Tiefstand der Krise bei der Machtübernahme bereits überschritten, und es ist wohl einer der grössten Zufälle oder eine Ironie des Schicksals, dass die einsetzende Aufwärtsentwicklung ganz dem Konto Hitlers gutgeschrieben werden musste. Kurz entschlossen wurde die Not der deutschen Landwirtschaft als Resultat einer kapitalistisch-liberalen Wirtschaftsordnung bezeichnet, und einer nicht gerade schüchternen Propaganda fiel es leicht, liberale Freiheit der Ordnungslosigkeit, verbunden mit sozialer Not der breiten Massen, gleichzusetzen.

Rückblickend auf die nationalsozialistische Agrarpolitik lassen sich ungefähr drei Epochen erkennen, deren Grenzen allerdings flüssig sind.

Die mit Beginn der Machtübernahme erlassenen Vorschriften hatten alle den Schutz der notleidenden deutschen Landwirtschaft zum Ziele. Von den in diese Zeit des Erzeuger-Schutzes fallenden Gesetzen und Vorschriften seien hier nur erwähnt das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933⁶⁹, das Gesetz zur Regelung landwirtschaftlicher Schuldverhältnisse vom 1. Juli 1933 und die Mindestpreisvorschriften für Getreide, die wie Festpreise wirkten; ein Beweis dafür, wie reichlich das Angebot auf dem deutschen Getreidemarkt damals bemessen war. Ausser Preisvorschriften, die durch das Bestreben ge-

⁶⁹ Siehe alle näheren Angaben der nationalsozialistischen Gesetze und Verordnungen bei: Meyer, Konrad, *Gefüge und Ordnung der dt. Landw.*, Berlin 1939. Merkel, Hans, *Die Marktordnung und ihr Recht*, Berlin 1942. Effenberg, Herwig, *Wandlungen von grundsätzlicher Bedeutung i. d. dt. Agrarpolitik von 1930—38*. Bern, Diss. 1939.

kennzeichnet waren, einheitliche Marktformen für landwirtschaftliche Produkte zu schaffen, sind direkte Eingriffe in die Erzeugung des Einzelhofes noch selten. Immerhin wurde damals, im Anschluss an die Erfahrungen der Krisenjahre, nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes hingewiesen. Wie weit diese Autarkiebestrebungen zum Schutz der deutschen Landwirtschaft oder für eventuelle kriegerische Auseinandersetzungen schon in jener Zeit gedacht waren, sei dahingestellt. Mit allen Mitteln wurde eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskräfte versucht.

Wollte der Staat ursprünglich die Agrarprodukte erst erfassen, wenn sie auf den Markt gekommen waren, so griff er etwa ab 1935 immer mehr in die Urerzeugung ein und bediente sich aller Mittel einer Erzeugungsordnung.

Die Massnahmen zur Beeinflussung des Angebots landwirtschaftlicher Erzeugnisse waren, wie auch die Vorschriften für die Verarbeitung und Verteilung, in der Reichsnährstandsordnung enthalten. So wurde für die Kontrolle und Lenkung des Warenstromes der Schlusscheinzwang eingeführt, d. h. für jeden Umsatzakt musste eine Bestätigung dem betreffenden Marktorgan abgegeben werden. Ausserdem hatte der Warenstrom über ganz bestimmte Märkte zu gehen; durch einen »Andienungszwang« bestand für den Produzenten die Verpflichtung, sein Erzeugnis an einen vorgeschriebenen Markttort abzuliefern. Den Verarbeitungsbetrieben (wie z. B. der Molkereiprodukte oder von Obst und Gemüse) waren die entsprechenden Einzugsgebiete zugewiesen. Die Handelsbewilligungspflicht sollte dazu dienen, die Handelsspanne zu verringern, um erstens den Produzenten höhere Preise zu gewähren und zweitens die Kaufkraft der Verbraucher durch Erhöhung der Nachfragepreise nicht zu schmälern.

Zur Erzeugungsordnung gehörten auch eine zeitliche und räumliche Differenzierung der Preise, welche die verschiedenen Marktbedingungen infolge jahreszeitlicher Schwankungen und des Transportkostengefalles durch Schaffung von »Preisgebieten« zu berücksichtigen hatte. Ergänzende Massnahmen zur Gestaltung des Angebots waren der Frachtausgleich, Zweckabgaben und Subventionen. Für diese Zuschüsse hatte meist der jeweilige Produktionszweig bzw. die Konsumenten der entsprechenden Erzeugnisse die Mittel aufzubringen.

Den Erzeugungs- und Lieferungsverträgen, zusammen mit einer Kontingentierung der Produktion im Verarbeitungsgewerbe, begegnete man vor allem bei den Produzenten und Verarbeitungsbetrieben für Zuckerrüben, Gemüse oder Schweinen. Interventionskäufe zur Beseitigung von Angebotsstauungen, Pflicht zur Lagerhaltung und später, bei ungenügender Angebotsmenge, der Ablieferungszwang, sorgten dafür, neben der Propaganda, die in einer feierlichen Blut- und Bodenromantik immer wieder die Landwirtschaft als »Blut- und Kraftquelle« der Nation pries, die »Erzeugungsschlacht« zu gewinnen. So wurden die verschiedensten Mittel einer Planwirtschaft auch unmittelbar auf den Bauernhof getragen. Durch die zwangsläufige Interdependenz von Anordnung zu Anordnung, die schon aus der Praxis der Kriegsernährungswirtschaft des ersten Weltkrieges genügend bekannt war, wurde das Netz der Vorschriften und Gesetze immer enger geknüpft, und zuletzt blieb dem pfiffigsten Bauer nichts anderes übrig, als die gegebenen Befehle einzuhalten. Bis zum Jahre 1935 stand im wesentlichen die Organisation des Reichsnährstandes. In einem durchgehend vertikalen Aufbau von der Agrarstufe bis zum Konsumenten, die

Verarbeitungsbetriebe eingeschlossen und organisiert nach den autoritären Grundsätzen des Führerprinzips, hatte dieser Riesenapparat die gesamte Agrarproduktion Deutschlands in die Hand bekommen.

Es muss zugegeben werden, dass dadurch der Landwirtschaft in den ersten Jahren wieder auf die Beine geholfen wurde; ferner konnte die Erzeugung tatsächlich ganz erheblich vergrößert werden. So steigerten sich beispielsweise die Ernteerträge bei Zuckerrüben in den Jahren 1933—1938 von 8,6 Mill. to auf 15,5 Mill. to und bei Kartoffeln in der gleichen Zeit von 41,5 Mill. to auf 50,9 Mill. to.⁷⁰

Auch die gesamte Buttererzeugung konnte eine Steigerung erfahren, und zwar von 419,5 Mill. kg auf 517 Mill. kg in den Jahren 1932—1937.⁷¹

Besonders auffallend ist die Zunahme der Erträge typischer Erzeugungsschlachtprodukte durch eine Erweiterung der Anbaufläche, was aus nachstehender Übersicht klar zu ersehen ist:

Jahre	Wintergerste	Mais	Süßlupinen	Zuckerrüben	Luzerne	Raps und Rüben	Flachs	Hanf
1000 ha								
1932	246	38	—	271	315	6	5	0,3
1933	271	41	1	304	315	5	5	0,2
1934	306	52	4	356	319	27	9	0,4
1935	388	72	12	373	366	47	22	3,6
1936	436	78	25	389	404	55	44	5,6
1937	439	106	48	455	418	50	57	7,5
1938	517	133	63	502	412	62	45	12,7

(Meyer, K., a. a. O. S. 525)

Der Schafbestand wuchs von 3,39 Millionen im Jahre 1932/33 auf 4,81 Millionen im Jahre 1938 (Meyer, K., S. 458), und der Grossviehbestand nahm ebenfalls von 1932 mit 24,2 Millionen auf 25,8 Mill. im Jahre 1937 zu (Meyer, K., S. 544).

Insgesamt wurde folgende Steigerung der Gelderlöse erreicht, die von 1935/36 an nicht mehr auf steigenden Preisen, sondern auf der mengenmässigen Zunahme der Agrarproduktion beruhte:

Leistungen der deutschen Landwirtschaft

Jahre	Gesamtertrag (Verkaufserlöse u. Eigenverbrauch)	pflanzlicher Herkunft		tierischer Herkunft	
	Mrd. RM	Mrd. RM	%	Mrd. RM	%
1932/33	8,7	3,6	42	5,1	58
1933/34	9,9	3,8	39	6,0	61
1934/35	11,2	4,4	39	6,7	61
1935/36	11,6	4,6	39	7,0	61
1936/37	11,9	4,7	39	7,3	61
1937/38	12,6	5,0	40	7,6	60

(geschätzt)

(Meyer, K., a. a. O. S. 461)

⁷⁰ Meyer, Konrad, Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft, a. a. O., S. 442.

⁷¹ Vopelius, O., Statistik der dt. Milch- u. Molkereiwirtschaft, 1936/37, Molkereizeitg. Nr. 1 v. 7. 1. 38, S. 8.

In negativer Korrelation hierzu stand die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die beispielsweise bei Schweine-Reinfett bis 1935/36 erheblich gesunken war:

	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Einfuhrüberschuss in 1000 to	119	81	51	39	43	49

(Meyer, K., a. a. O. S. 457)

Naturgemäss konnte trotz aller Bemühungen und Einschränkungen von heute auf morgen keine vollständige Unabhängigkeit vom Auslande erreicht werden, obwohl der Anteil der Inlandsnahrungsmittel am Gesamtverbrauch von 1932 mit 75 % auf 83 % im Jahre 1937 gestiegen war. Bei der Versorgung musste natürlich die Quantität zum Teil auf Kosten der Qualität gehen, und es war oft auf eine vollständige Bedarfsdeckung im Bereich der superioren Nahrungsmittel Verzicht zu leisten. Fehlende Nahrungsmittel wurden einfach ersetzt, indem der Reichsnährstand mächtig die Werbetrommel rührte, um eine »Markterziehung« der Verbraucher zu erreichen. Es wurde beispielsweise empfohlen: »Esst mehr Fische«, was dann auch ein Ansteigen des Fischverzehr nach sich zog ⁷²; oder eine mit Hilfe des »Patenwein«-Gedankens durchgeführte Werbeaktion »Trinkt deutschen Wein« hatte zur Folge, dass die langsame Weinerzeugung den darauf einsetzenden Bedarf nicht mehr decken konnte.

Besonders auf dem Gebiet der Eiweiss- und Fettversorgung klappte eine grosse Lücke. Verschärft wurden die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung durch die mit der Wiederaufrüstung zusammenhängende Stapelung und Konservierung von Lebensmitteln aller Art, wofür leider keine Zahlen zu finden sind.

Automatisch zog die Begrenzung des Nahrungsmittelpotentials eine Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Produkte nach sich, während der Arbeiterpartei gerade an der Stabilhaltung der Lebensmittelpreise gelegen sein musste. (Vergl. Kapitel 3, II. Abschn.) War zu Beginn der Machtübernahme im Agrarsektor vor allem die Notlage der Landwirtschaft zu meistern, so trat sekundär im zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft der Verbraucher-Schutz hinzu. Wiederum war es vor allen Dingen das Mittel der staatlichen Preispolitik, das in Gestalt der Festpreise, Grundpreise und Richtpreise zur Anwendung gelangte.

Festpreise (Mindest- und Höchstpreise) lassen sich auf der Erzeuger- wie auf der Verbraucherseite anordnen, wenn es sich um typische Massenerzeugnisse gleicher Qualität handelt und unter Umständen auch Qualitätszuschläge gewährt werden können, so beim Brotgetreide entsprechend dem Hektoliter-Gewicht, bei Mehl entsprechend dem Aschegehalt und bei der Milch entsprechend ihrem Fettgehalt.

Grundpreise trifft man (wie im 2. Teil, Kap. 2, I beschrieben wird) beim Schlachtvieh, wo jahreszeitliche Zu- und Abschläge unter Berücksichtigung der oberen oder unteren Preisgrenzen eingeführt wurden.

⁷² Der Fischverbrauch stieg von 8,9 kg im Jahre 1932 auf 12,0 kg im Jahre 1938 pro Kopf der Bevölkerung. Meyer, K., a. a. O. S. 467. Vergl. zur Verbrauchlenkung: Goeggel, Erich, Untersuchungen zur Verbrauchlenkung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft in Deutschland, Diss, Techn. Hochschule, München 1938.

Schliesslich geben Richtpreise nur allgemein verbindliche Richtlinien — einen »Preisplafond« —, welche Abweichungen je nach den Erzeugungs-, Qualitäts- und Absatzbedingungen gestatten. Für die Garten- und Weinbauwirtschaft war dieses System charakteristisch. So werden ab 1934 für fast alle landwirtschaftlichen Produkte bestimmte Preise genannt. Die bis 1936 hauptsächlich vom Agrarsektor ausgehende Steigerung des deutschen Preisniveaus wurde dann im Jahre 1936 durch die Preisstoppvorschriften aufgefangen.

Es ist ganz aufschlussreich zu beobachten, wie nach der Durchorganisation der Landwirtschaft der Staat versuchte, auch die anderen Wirtschaftszweige ebenso straff zu organisieren; denn nicht weniger wichtig als die Landwirtschaft war bei der Wiederaufrüstung die »Mobilmachung« der Industrie. Nachdem die deutschen Landwirte einer Art Planwirtschaft unterworfen waren, versuchte, oder besser gesagt, musste man, in Konsequenz der einmal eingeschlagenen Wirtschaftspolitik und des Zusammenhangs sämtlicher Preise, auch die industrielle Produktion lenken. Beabsichtigte man wohl ursprünglich, die gesamte Industrie einer ähnlichen, vom Grundstoff bis zum Fertigfabrikat erfassenden und regelnden Organisation zu unterwerfen, so zeigte sich jedoch bald, dass Bedingungen und Voraussetzungen für die einzelnen Industriezweige so verschieden waren, dass sich kein einheitliches Schema durchsetzen liess. In der Landwirtschaft konnte man von einem Urprodukt ausgehen. Rohstoff und Enderzeugnis sind gar nicht oder meist nur durch einen kürzeren Verarbeitungsprozess voneinander getrennt. In der Industrie dagegen baut sich gewöhnlich auf einen Rohstoff ein vielstufiger Prozess auf, den die Ware durch die verschiedenen Fertigungsgrade bis zum Enderzeugnis durchläuft.

So zeigte die fertige nationalsozialistische Industrieorganisation etwa folgendes Bild:

Neben Ansätzen für einen vertikalen Aufbau herrschte mehr eine horizontale Zusammenfassung produktionsähnlicher oder rohstoffverwandter Industriezweige. Nebeneinander bestanden öffentlich-rechtliche und privatrechtliche marktordnende Verbände. Nichtsdestoweniger regelten diese Verbände alles, angefangen von der Zulassung eines Betriebes zum Markt bis zu den Produktionsauflagen, die sowohl Gegenstand der Erzeugung befahlen, Quantität, Qualität wie auch die Monatsleistung, an wen geliefert werden musste und zu welchem Preise.

Der letzte Abschnitt nationalsozialistischer Agrarpolitik stand bereits völlig im Zeichen der Kriegsvorbereitungen, und so nimmt es nicht wunder, dass bereits lange vor Kriegsbeginn das System der Erzeugung, Erfassung und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte bis ins Letzte ausgebaut war und relativ gut funktionierte. Bei Kriegsausbruch kam dann formell die Ausgabe von Nahrungsmitteln auf Karten hinzu, aber schon einige Jahre vorher, konnte der Konsument, infolge der sattsam bekannten »Kanonen statt Butter«-Politik, beileibe nicht qualitativ seinen Bedarf an Nahrungsmitteln decken.

So hat die Landwirtschaft (besonders die Produzenten viehwirtschaftlicher Erzeugnisse) einen indirekten Beitrag zur deutschen Aufrüstung geleistet: durch Tiefhaltung der Nahrungsmittelpreise war der Staat in der Lage, die auf den Konsumgüter-Märkten überschüssige Kaufkraft der Konsumenten zur Finanzierung der Rüstungsausgaben zu verwenden. Der Schutzgedanke traf nur für

die erste Hälfte der nationalsozialistischen Agrarpolitik, d. h. bis 1936, zu, dann rückten andere wirtschaftspolitische Ziele in den Vordergrund.

Die deutsche Nahrungsmittelwirtschaft zeigte also schon vor dem Krieg das typische Bild einer Mangelwirtschaft, und die Landwirtschaft hätte sicher bei Bestehen eines freien Marktes, wenigstens von 1936/37 an, ihre »marktstrategische Position« mehr verbessert, als dies durch die Reichsnährstandsordnung geschehen war.

Wenn der Zweck die Mittel heiligt — und nach nationalsozialistischer Ideologie war dies selbstverständlich —, so muß man wohl oder übel feststellen, daß die Agrarpolitik die ihr aufgetragenen Aufgaben verwirklichte. Immerhin funktionierte das System auch die Kriegsjahre hindurch und sicherte eine, wenn auch immer knapper werdende Nahrungsmittelversorgung Deutschlands.

II. Aufbau des Reichsnährstandes, dargestellt an der Ordnung der Getreidewirtschaft

Am 13. September 1933 wurde ein Reichsgesetz erlassen, das »den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Massnahmen zur Markt- und Preisregelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse« zum Inhalt hatte. Zug um Zug wurde an Stelle der verschiedenartigsten bestehenden Organisationen und Vereinigungen eine einheitliche landwirtschaftliche Organisation aufgebaut. Die Richtung und der Rahmen basierten auf den Ideen von Gustav Ruhlands Werk über das »System der politischen Ökonomie«. ⁷³ Für die einzelnen Agrarprodukte wurden die sogenannten »Hauptvereinigungen« geschaffen, in denen zwangsläufig alle Betriebe und Personen zusammengefasst waren, die etwas mit der Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung des betreffenden Produktes zu tun hatten. Während vor 1933 in der Getreidewirtschaft beispielsweise die Erzeuger der Landwirtschaftskammer, der Handel seiner Handelskammer, die Mühlen der Industriekammer und die Bäcker endlich ihrer Handwerkskammer angehörten, wurden jetzt alle diese Gruppen in einem Marktverband, nämlich der »Hauptvereinigung für die deutsche Getreidewirtschaft« mit ihren Unterabteilungen, zusammengefasst. Demnach wurden auch z. B. die Milchkonservenfabriken und die sonstigen Nahrungsmittelindustrien durch die Marktordnung des Reichsnährstandes betroffen. Zwischen Genossenschaften und privaten Betrieben wurde dabei kein Unterschied gemacht.

Erstmals schritt man in der Milchwirtschaft zur praktischen Verwirklichung dieser Organisationsform.

In Baden und Württemberg bestanden, wie bereits angeführt, derartige Regelungen, die ohne Änderung übernommen und der neugeschaffenen Organisation für das Reichsgebiet eingegliedert werden konnten. ⁷⁴ Auf Grund des Reichsmilchgesetzes vom 31. Juli 1930 hatte die badische Landesbehörde zur Regelung der Milchproduktion und -verwertung die Erzeuger- und Verarbeitungsbetriebe in einem Verband zusammengeschlossen, der u. a. auch ermäch-

⁷³ Ruhland, Gustav, System der polit. Ökonomie, Berlin u. Leipzig 1933. — Effenberg, Herwig, Gesetze u. Verordnungen von grundsätzlicher agrarpolitischer Bedeutung aus den Jahren 1930/38. Diss. Bern 1938, S. 38.

⁷⁴ Vergl. Mehrens, Günter, Die Marktordnung des Reichsnährstandes, Berlin 1939, S. 19.

tigt war, angemessene Milchpreise festzusetzen. Das Organisationswerk umfasste zu Beginn des Jahres 1933 fünf milchwirtschaftliche Zusammenschlüsse mit über 1500 Gemeinden.

So wurden denn für sämtliche landwirtschaftlichen Produkte Verbände gebildet, die beinahe mit unbeschränkter Vollmacht Ablieferung, Verarbeitung, Preisfestsetzung, Kontingentierung usw. regelten und überwachten.

Zur fertig ausgebauten Organisation des Reichsnährstandes zählten:

Die Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft

»	»	»	»	Viehwirtschaft
»	»	»	»	Eierwirtschaft
»	»	»	»	Getreide- und Futtermittelwirtschaft
»	»	»	»	Kartoffelwirtschaft
»	»	»	»	Zuckerwirtschaft
»	»	»	»	Gartenbauwirtschaft
»	»	»	»	Weinbauwirtschaft
»	»	»	»	Brauwirtschaft
»	»	»	»	Fischwirtschaft

Dazu kam noch die Vereinigung der deutschen Süsswarenwirtschaft.⁷⁵

Der Aufbau der einzelnen Märkte, die Technik der Erzeugungs- und Marktordnung war im wesentlichen eine Fortbildung der Kartelltechnik.

Organisatorisch-rechtliche Fragen im einzelnen interessieren hier weniger, vielmehr soll einmal der Weg eines Produkts, nämlich des Brotgetreides, etwa im Jahre 1937 vom Erzeuger bis zum Konsumenten verfolgt werden, wobei wir das praktische Arbeiten des Reichsnährstandes kennenlernen.

Sämtliche Einwirkungen auf das Produkt bis zur Konsumreife, wie Anbaugesetze und Verfütterungsverbote usw., lassen sich unter dem Begriff der Erzeugungsordnung zusammenfassen. Naturgemäss hatten alle diese Anordnungen grosse innerbetriebliche Auswirkungen zur Folge und stiessen anfänglich bei der bekannten konservativen Haltung der Landwirte auf erheblichen Widerstand, obwohl die Vorteile einer festen Preisgrundlage, die den landwirtschaftlichen Produktionsgegebenheiten wenigstens bis zu Beginn der Rüstungskonjunktur entsprachen, nicht übersehen worden sind.

Gemäss seiner Ablieferungspflicht brachte der Erzeuger sein Getreide auf den Markt. Über den Verkauf wurde ein Schlusschein ausgestellt, der zur zuständigen Behörde wanderte und zugleich in die Hofkarte eingetragen wurde, eine Art Visitenkarte des Betriebes, aus der so ziemlich alle Einzelheiten zu ersehen waren. Hier setzte nun die Getreide-Markordnung ein. Das gesamte Erzeugungsgebiet (Reichsgebiet) war in verschiedene Preisgebiete eingeteilt (z. B. für Roggen 9, für Weizen 11), für die kurz vor der Ernte durch die Reichsgetreidestelle die Preise festgesetzt wurden.⁷⁶ Diese Preise galten für gesunde, trockene Ware von durchschnittlicher Qualität. Qualitätszuschläge sowie Minderung bei Geruch, Brand usw. waren möglich. Der Produzent hatte die Transportkosten bis zur Verladestation selbst zu tragen.

75 Merkel, Hans, Die Marktordnung und ihr Recht, a. a. O., Seite 20.

76 Die Reichsgetreidestelle ist aus der Reichsmaisstelle hervorgegangen und hat die Geschäfte der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft übernommen. Vergl. Gesetz vom 30. 5. 1933.

Eine zeitliche Staffelung der Preise von Monat zu Monat zunehmend regte den Erzeuger an, seine Produkte möglichst lange zurückzubehalten. So belief sich z. B. der Preisunterschied im Getreidewirtschaftsjahr 1938/39 für Roggen zwischen dem ersten und letzten Monat auf 20 RM pro to. Es traten hier also Gesichtspunkte der Vorratshaltung in der Preisregelung und damit in der Marktregelung hervor, die in der Landwirtschaft mit ihrem stossweise auftretenden Ernteanfall besonders von Bedeutung sind. Genau so wie bei den Getreidepreisen würden wir diese Staffelung etwa auch bei den Eier- und Schweinepreisen finden.

Daneben trat eine regionale Staffelung der Preise. Um einen Marktausgleich von Industrie(Zuschuß-)gebiet und landwirtschaftlichem (Überschuss-)Gebiet zu gewährleisten, musste ein Transportkostengefälle eingeführt werden. Marktnahe Betriebe mit geringen Transportkosten hatten einen höheren Erzeugerpreis als fernliegende Betriebe mit hohen Transportkosten.

So gehörte B a d e n nach der Einstufung zur Ordnung der Getreidewirtschaft (vom 14. 7. 1934 in der Fassung vom 10. 7. 1935, RGBl. I, Seite 1066 ff.) fast durchweg zu den Gebieten mit den höchsten Getreidepreisen. Die niedrigsten Preise innerhalb Badens hatten das Bauland, die Seegegend und die Amtsbezirke Messkirch und Pfullendorf.⁷⁷ Für das Reichsgebiet betrachtet, entstand so ein im allgemeinen für alle landwirtschaftlichen Produkte geltendes, von Ost nach West ansteigendes Preisniveau.

Die räumliche Abgrenzung der einzelnen Preisbezirke war infolge der Verschiedenartigkeit hinsichtlich der Höhenlage, Bodenbeschaffenheit usw. schwierig und führte vielfach zur Unzufriedenheit der Landwirte. Der Bauer lieferte, so nehmen wir an, sein Getreide an eine Mühle. Falls der Handel nicht eingeschaltet wurde, war die Mühle zur Zahlung eines Ausgleichsbetrags zum Ausgleich der günstigeren Gestehungskosten verpflichtet. Grosse Mühlen mit über 10 to Tagesverbrauch durften nur über den Handel beziehen. Die Verarbeitungsbetriebe unterlagen ihrerseits Getreidekontingentierungen, wodurch die kleineren Mühlen unterstützt werden sollten, denn es kam häufig zu Preisunterbietungen infolge der Überkapazität der Grossmühlen.

Für die Mühlen und den Mehlgrosshandel gab es wieder eine Fülle von Vorschriften, die unter der Mehl-Marktordnung zusammengefasst wurden. Es seien hier nur erwähnt die Verkaufs- und Zahlungsbedingungen, die Ausmahlungsvorschriften, der Plombenzwang, die Verpflichtung zur Einlagerung von Brotgetreide und die besondere Ausgleichsabgabe bei der Verarbeitung von Weizen. Für eine Mehlsorte wurde ein Grundpreis festgesetzt, und nach diesem Richtpreis richteten sich die anderen Typen durch Zu- und Abschläge.

Die Reichsnährstandpolitik ging auch darauf aus, den teilweise übersetzten Handel zurückzudrängen, um eine Senkung der toten Marktkosten zu erreichen. Dem Handel stand eine genau festgesetzte Höchstspanne zu, die sich beim Getreide aus dem Festpreis des betreffenden Erzeugergebietes plus den Transportkosten errechnete.

Das Mehl wandert nun in die Backstube, und der Bäcker war seinerseits an die Brot-Marktordnung gebunden, die ihm genau vorschrieb, was er

⁷⁷ Brinkmann, C., a. a. O., S. 17,

backen durfte usw. Da die Bäckereien sehr verschuldet waren, gab es eine Bäckereiausgleichskasse, die gespeist wurde durch die Abgabe der Mühlen; denn die Bindung der Brotpreise liess vielfach eine ausreichende Backlohnspanne nicht zu.

Es tauchte nun dort ein grosses Problem auf, wo die Getreidepreispolitik mit dem Brotmarkt in Übereinstimmung zu bringen war, auf dem ein Steigen der Brotpreise verhindert werden sollte. Wenn sich die oben erwähnten monatlichen Lagerzuschüsse nicht auf die Brotpreise auswirken sollten, so mussten Stützungshilfen in Form von Rückvergütungen und Beiträgen eingreifen. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich übrigens bei fast allen Nahrungsmitteln.

Zur Speisung dieser Hilfskassen wurden z. B. die Brauereien und Zuckerrübenfabriken herangezogen.

Den fernabliegenden Gemeinden wurden in gleicher Weise solche Beihilfen gewährt zur Überbrückung der naturgegebenen höheren Erzeugungskosten.

Dieses eine Beispiel zeigt, welch ein Gestrüpp von Vorschriften allein auf dem Gebiet des Brotgetreidemarktes zu beachten war. Dabei wurde nicht erwähnt der Futtermittelmart, der Industriegetreidemarkt, die Teigwarenherstellung und der Braugerstemarkt.

Als Mittel zur Marktordnung sind wir hier hauptsächlich der Preisregelung begegnet, der auch als Steuerungsmittel der Agrarerzeugung, von direkten Zwangsmassnahmen abgesehen, grösste Bedeutung zukommt. Undurchsichtiger waren die Auswirkungen einer Preisfixierung, die das Verhältnis zwischen mehreren Erzeugnissen zu beeinflussen hatte. So wirkte sich die Höhe der Roggenpreise auch auf dem Schweinemarkt aus, da Roggen sowohl als Brotgetreide wie auch als Futtermittel verwertet werden konnte; dem wurde dann durch die erwähnten Verfütterungsverbote entgegengetreten.

Es bleibt noch zu bemerken, dass der Reichsnährstand durch seine sog. »Reichsstellen« für alle Nahrungsmittel ein absolutes Einfuhrmonopol bei gleichzeitigem Ausfuhrverbot besass; nur eventuelle Überschüsse konnten über die betreffenden Stellen abgesetzt werden. Zölle haben deshalb mehr und mehr an Bedeutung und Wirkung verloren, obwohl z. B. im März 1933 die Zollsätze für Eier, Fett und Speck beträchtlich erhöht wurden. Die Zölle waren jetzt nicht mehr preispolitischer, sondern nur noch fiskalischer Natur. Kompensationsverträge, d. h. eine verkoppelte Import- und Exportregelung ersetzte das Prinzip der Meistbegünstigung durch bilaterale Handelsverträge. So wirkten beispielsweise die Importe an Nahrungsmitteln aus den osteuropäischen Staaten gegen deutsche Industrieprodukte stabilisierend auf die Lebenshaltungskosten; sie halfen mit, die gesteigerte Nachfrage nach Konsumgütern zu decken.

Ausserdem hat die Altstoffwirtschaft in Deutschland dazu beigetragen, die Auslandsabhängigkeit zu verringern und das Importdefizit etwas zu schliessen. So verhalf z. B. die Verwertung der Knochen dazu, die technische Fettlücke zu reduzieren und den Dünge- und Futtermittelmangel zu mildern.

Es liegt auf der Hand, dass in der Anfangszeit das geschilderte System durchaus nicht reibungslos funktionierte. Im Gegenteil, es kam zu schweren Erschütterungen einzelner Märkte, woran zweifellos die zunächst recht grob gehandhabte Festpreispolitik die Hauptschuld trug.

Es wäre müssig, hier das Problem des »gerechten Preises« aufrollen zu

wollen, immerhin seien hierzu in Verbindung mit der nationalsozialistischen Preispolitik einige Bemerkungen gestattet.

Als im Jahre 1933 durch die Verordnung vom 29. September erstmals Preisfestsetzungen für Brotgetreide angeordnet wurden, war der Getreideabsatz aus der neuen Ernte bereits in vollem Gang, und die festgesetzten Mindestpreise entsprachen im wesentlichen den natürlichen Preisen, die sich bereits gebildet hatten. Deshalb führten diese Eingriffe zu keinerlei Störung des Marktgeschehens. Ganz anders sah es im Jahre 1935 aus; nun wurden nämlich Festpreise bereits vor Beginn der Getreideernte festgesetzt, unter Berücksichtigung eines zu erwartenden ungünstigen Ernteausfalls. Durch Erhöhung der Preise gegenüber dem Vorjahr wollte man die Ablieferung beschleunigen. Der Erfolg war für die nationalsozialistischen Agrarpolitiker nicht gerade erfreulich. In kurzem zeigte sich, dass diese »gerechten Preise«, welche die Belange der Erzeuger und Verbraucher harmonisch abstimmen und sowohl der Arbeitsleistung der Produzenten als auch der Kaufkraft der Konsumenten Rechnung tragen sollten, nun zum Zerrbild der sich natürlich bildenden Preise geworden waren. Vom Monat Oktober 1934 an war die Marktversorgung mit Brotgetreide ernstlich gefährdet, und den Mühlen war es nur möglich, das dringend benötigte Getreide vom Erzeuger zu beschaffen, wenn sie sich zur Gegenlieferung von Kleie oder anderer rar gewordener Futtermittel bereit erklärten. Überall wurden die Festpreise durchbrochen, und es ist wenig mehr von einer vorschriftsmässigen Marktordnung zu spüren gewesen. In den an und für sich verbotenen Verkopplungsgeschäften von der Mühle zum Erzeuger bildeten sich nach und nach »natürliche Preise« heraus, indem sich die Tauschrelationen den gegebenen Bedürfnissen anpassten.

Die durch und durch syndizierte Landwirtschaft des Dritten Reiches glied sich einem Riesenkartell, dessen Bestimmungen alle Mitglieder unterworfen waren. Die Märkte spielten sich allmählich ein mit Hilfe einer Unmenge von Verordnungen bis zu scheinbar belanglosen Dingen.

In den Kriegsjahren 1939/45 und besonders in den beiden ersten Nachkriegsjahren zeigten sich um so mehr die unheilvollen Konsequenzen einer übertriebenen Politik der starren Preise. Das Festhalten der Preise gab den Anlass zu schweren Verfälschungen und Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur; denn die Vorkriegspreise mussten, da jetzt natürlich ganz andere Voraussetzungen bestanden, zu einer schweren Lähmung des Leistungswillens führen. Gerade aus diesem Experiment ist zu erkennen, dass der Schaden einer »versteckten« Inflation noch schlimmer sein kann als die bekannten Nachteile der »offenen« Inflation.

III. Strukturelle Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft und deren Einfluss auf die Nahrungsmittelversorgung in der Zwischenkriegszeit

Rückblickend auf die Jahre zwischen den beiden Kriegen sollen die bedeutendsten Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft, soweit sie auf die Ernährungsweise Einfluss haben, noch hervorgehoben und schliesslich die ver-

änderte Art der Lebensmittelversorgung selbst gegenüber den Vorkriegsjahren festgehalten werden.

Dass es sich bei der Industrie- und Agrarkrise, die sich gegenseitig aufgelöst oder verschärft haben, nicht um einen Konjunkturwechsel, als einer periodischen Erscheinung der kapitalistischen Verkehrswirtschaft allein handelte, musste angesichts der parallel vor sich gehenden Änderungen der substantiellen Grundlagen und Organisationsformen, die den Bau der Wirtschaft ausmachen, für die Jahre nach 1925 angenommen werden.⁷⁸

Wenn hier zunächst an die äussere Struktur des Wirtschaftslebens gedacht wird, so sind die unter dem Gesichtspunkt der Lebensmittelversorgung wesentlichen Faktoren anzuführen, die auf der Seite des Angebots und auf der Nachfrageseite der Agrarprodukte erhebliche Veränderungen im Verhältnis zur Vorkriegszeit aufzuweisen haben.

A. Veränderte landwirtschaftliche Produktionsbedingungen

Eine erste Ursache, die veränderte Bedingungen für die Lebensmittelversorgung schuf, lag sicherlich in der allgemeinen Steigerungstendenz der Agrarproduktion infolge technischen Fortschritts begründet, dessen Nutzenwendung sich allerdings recht ungleich in den verschiedenen Ländern verteilte. Dabei ist nicht allein an die Maschinisierung und Motorisierung zu denken; Pflanzenzüchtung und Kunstdüngerverwendung erweiterten den Nahrungsspielraum mindestens ebenso. Auch die kostensparenden und ertragssteigernden Fortschritte in der Viehwirtschaft — planmässig ausgebaut durch das Genossenschaftswesen — und die Vervollkommnung des Absatzapparates haben die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Krieg in den überseeischen und europäischen Ländern beherrscht.

Zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verhalten, wenn auch in bescheidenem Umfang, die Siedlungstätigkeit und die Änderung der Betriebsgrössenklassen.

Bis zur Machtübernahme ist von einem nennenswerten Erfolg der deutschen Siedlungspolitik allerdings kaum zu sprechen. Die Schaffung von Siedlungsstellen in den Jahren 1933/37 ist für Baden recht unbedeutend.⁷⁹

Aus den Zahlenangaben für das Deutsche Reich ist bei der starken Förderung der Ostsiedlung eine erfolgreiche Siedlungspolitik, auf Grund der Aufteilung von Staatsdomänen, Reichsbesitz und grösserer Güter, der Gründung von Neubauernstellen und Anliegersiedlungen, mindestens in den Jahren von 1934 bis 1936, zu bemerken.⁸⁰

⁷⁸ Vergl. Baade, F., Das System der agrarpolitischen Mittel, a. a. O. Seite 233 ff. — Harms, B., Das neue Deutschland im neuen Europa, Strukturwandlungen d. dt. VW. Bln. 1929, I. Bd., Seite 16 ff.

Vergl. von allem: Salin, Edgar, Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit, a. a. O. Seite 3 ff, wo die Frage gestellt wird: »Kapitalistische Krise oder Krise des Kapitalismus?«

⁷⁹ Vergl. Stat. Jahrbuch für Baden, 1938, S. 79.

⁸⁰ Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1938, S. 90.

Um zu definitiven Ergebnissen zu kommen, müssten eingehendere Untersuchungen angestellt werden. Hier interessieren natürlich in erster Linie die Auswirkungen der Strukturwandlungen auf die Ernährungsweise.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenverhältnisse in Baden lässt sich bis 1933 eine stärkere Besetzung der mittleren Größenklassen (15 bis 20 ha) auf Kosten der Klein- und Kleinstbetriebe feststellen. Nach der Umgestaltung des Bauern- und Bodenrechts, der Neuordnung und Landesplanung liegt für Baden nur eine Betriebszählung der in die Erbhöferolle eingetragenen Erbhöfe vor. Im gesamten Land waren am 1. Oktober 1937 8 953 Erbhöfe vorhanden mit einer Fläche von 205 490 ha. Die geringste Besetzung wiesen die Betriebe bis unter 5 ha auf mit nur 9 Erbhöfen und 41 ha Land; dagegen nahmen zahlenmässig die Betriebsgrößen von 10 bis unter 15 ha mit 2 431 Betrieben (20 995 ha) und die 25 bis unter 50 ha grossen Bauernhöfe (1 935 Betriebe und 67 505 ha Fläche) die ersten Stellen ein. Daraus ist die Fortführung der oben festgestellten Tendenz zur Vermehrung der mittleren und oberen Betriebsgrößen zu erkennen, die für eine rationelle Betriebsführung und Erzeugung zur Marktbeflieferung erwünscht waren.

Auch eine geringe Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist in Baden in den Jahren 1927 und 1935 feststellbar. Der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist aber mit ungefähr 55 % an der Gesamtfläche des Landes gegenüber der forstwirtschaftlich benutzten Fläche, dem Wohn- und dem Unland gleichgeblieben. Eine auffallende Verminderung ist nach 1933 beim Ackerland zu beobachten mit einer gleichzeitig entsprechenden Zunahme der Wiesen und Weiden, was eine Folge der Bemühungen zur Steigerung der tierischen Eiweiss- und Fetterzeugung war.⁸¹

Für das gesamte Reich bemerkt man in den Zwischenkriegsjahren kaum eine Veränderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, auch waren auf Grund der Wirkung veränderter Preisrelationen bis zum Jahre 1933 nur bei gewissen Nebenerzeugnissen relative Änderungen innerhalb der bebauten Flächen anzutreffen. Veränderungen der Produktionsrichtung waren damals verhältnismässig minimal. Erst infolge der nationalsozialistischen Erzeugungsschlacht ergaben sich bei weiter zunehmenden Hektarerträgen einige Verschiebungen zwischen den einzelnen Anbauflächen. Diese Tatsache wurde für das Reich bei der Vergrößerung der Anbaufläche von typischen Erzeugungsschlacht-Produkten bereits angemerkt.

B. Wandlungen in der Berufs- und Bevölkerungsstruktur

Verschiebungen im Anteil der Erwerbspersonen und Berufszugehörigen einzelner Wirtschaftsabteilungen mussten natürlich auch Rückwirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung ausüben. Als Folge der im 19. Jahrhundert begonnenen Entwicklungslinie ist die Tatsache des relativen Rückgangs der Landwirtschaft im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsabteilungen⁸² ganz auffallend.

Betrachtet man den Anteil der Berufszugehörigen der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907 und vergleicht diese Ziffern mit 1925

⁸¹ Für das Jahr 1927 vergl. Baden in Wort und Zahl, a. a. O. S. 26.

Für das Jahr 1934 und 1935 vergl. Brinkmann, a. a. O. Tabelle V.

⁸² Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, S. 20. Für 1939 vergl. Wirtschaft und Statistik, Sonderbeilage zu Heft 19, 1941.

und 1933, so wird der relative Rückgang der Landwirtschaft evident. Wenn bei der absoluten Zahl der Erwerbstätigen tatsächlich auch ein Zugang stattfand bis zum Jahre 1925, dann ist diese Zunahme mit der stärkeren Heranziehung der Familienarbeitskräfte in den Krisenjahren zu erklären. Es ist aber trotzdem eine Abnahme von 34,0 auf 30,5 und 28,9 % festzustellen bei einer im Jahre 1925 gleichzeitigen Zunahme des Anteils von »Handel und Verkehr« und »Industrie und Handwerk«. Im Jahre 1933 bemerkt man sogar, sowohl bei den Erwerbspersonen wie bei den Berufszugehörigen der letzteren Gruppe einen leichten Rückgang zugunsten des Handels und Verkehrs (oder der hier nicht berücksichtigten öffentlichen Dienste und privaten Dienstleistungen, der häuslichen Dienste und der berufslosen Selbständigen).

Von 1933/39 ist bei den Erwerbspersonen und Berufszugehörigen der Landwirtschaft, absolut genommen, ein weiterer Rückgang zu beobachten; bei den relativen Zahlen betrug die Abnahme 2,8 % bzw. bei den Berufszugehörigen 3 %. Der Umfang des industriellen »Aufstiegs« ist an den Zahlen der »tatsächlich im Arbeitsprozess Erwerbstätigen« zu sehen, wo die Zunahme gegenüber 1933 62,8 % betrug⁸³, oder im Vergleich zu den Relativzahlen der »Erwerbspersonen« 2,3 % und bei den Berufszugehörigen 2,2 %. Dagegen hat sich in Handel und Verkehr die Zahl der Berufszugehörigen um ein Weniges verringert; bei den Erwerbspersonen ist in den absoluten Zahlen eine Zunahme in den Prozentzahlen die gleiche Abnahme wie bei den Berufszugehörigen festzustellen.

Es ist besonders im Zeitraum von 1933/39 verwunderlich, dass vor allem nach 1936/37 eine derart starke Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung einsetzte, wie sie während der vorangegangenen 50 Jahre nicht einmal stattgefunden hatte. Es wurde die Zahl der Erwerbspersonen vor allem reduziert durch die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte, wogegen sich die Ziffern der weiblichen Arbeitskräfte eher vermehrten. Es ist weiter zu bemerken, dass die Zahl der männlichen Berufstätigen in der Landwirtschaft bei allen Kategorien (Selbständige, Familienangehörige, Familienfremde) abgenommen hat, besonders bei den fremden Arbeitskräften; beim weiblichen Geschlecht verminderten sich außer den mitarbeitenden Familienangehörigen die anderen Kategorien ebenfalls. Von der Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte wurden alle Grössenklassen betroffen. Die spezifischen Ursachen dieser Entwicklung dürften in den nach 1936 stärker wirksamen Einkommensdisparitäten zwischen Industrie und Landwirtschaft liegen; zudem verursachte die forcierte Produktionssteigerung eine Überbeanspruchung und deshalb die Abwanderung der Arbeitskräfte. Man hat natürlich bei dem einsetzenden »Rüstungsrummel« in der Industrie eine bessere Entlohnung gefunden; schliesslich fielen alle die psychologisch erklärbaren Gründe der Landflucht (Komfort, Zerstreuung in den Städten, geregelte Arbeitszeit etc.) auch weiterhin ins Gewicht.⁸⁴

Für Baden sind diese Berufsverschiebungen ebenfalls zu bemerken, wie bereits in der Einleitung geschrieben wurde. Während vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1907 noch 42,06 % der hauptberuflich Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten, verminderte sich der Anteil dieser Gruppe

⁸³ Vergl. »Wirtschaft und Statistik«, 1. 41, S. 349.

⁸⁴ Vergl. Steiner, Max, a. a. O. S. 200 u. ff., wo auch Literaturangaben über die deutsche Landflucht nachzuschlagen sind.

auf 39,5 % im Jahre 1933, bei einer gleichzeitigen Abnahme der in Industrie und Handwerk Beschäftigten (von 39 auf 33 %) und einem Ansteigen der im Handel und Verkehr (von 12 auf 16 %) sowie der in den übrigen Dienstleistungen Erwerbstätigen. Nach der Volkszählung von 1939 sind ⁸⁵ leider die Zahlen nach der gleichen Gliederung wie für die vorhergehenden Erhebungen für Baden nicht zu ermitteln.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, nicht nur den Gründen der relativen und absoluten Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen und Berufszugehörigen nachzugehen, oder den »Standortsverschiebungen« der Agrarwirtschaft, wozu die Gebietsveränderungen in der Nachkriegszeit und nach 1933 gehören; es sollen auch einige kennzeichnende Veränderungen für die Industrie und den Handel — soweit sie auf die Ernährungsweise wirkten — hervorgehoben werden.

Der Bevölkerungszuwachs ist in den Nachkriegsjahren nicht mehr den Handels- und Verkehrsstädten und ihren »verbrauchsgebundenen« Industrien zugewandert, sondern mehr den »arbeitsgebundenen« Industriestädten und ihren zugehörigen Handelsorganisationen.⁸⁶ Dabei ergab sich für die Grossstädte der relativ grösste Neuanteil, wenn man die Eingemeindungen dazu-rechnet. So ist in den westdeutschen Rohstoff- und Arbeitsplätzen die Massierung der Bevölkerung weiter fortgeschritten. Ausser der Steinkohle wurde für die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses Mitteldeutschland mit seinen Braunkohlenlagern von Wichtigkeit. Neue, nicht »rohstoffgebundene« Industrien haben grösstenteils am »traditionellen« Standort festgehalten mit Rücksicht auf Arbeitsbedingungen und soziale Fragen, so dass in diesem Falle eine Standortsverlegung nach »rationalen« Gesichtspunkten trotz der Produktionsverschiebung meist sehr gering war. Das kann eine Folge der Heimatgebundenheit des deutschen Menschen und der Wirtschaft sein oder das Ergebnis der beschränkten Freizügigkeit, der gewährten Subventionen und der Kredite von Staats wegen.

Ebenso wesentlich wie die weitergehenden Bevölkerungszusammenballungen in den Industriebezirken war in bezug auf die Änderung des Konsums die relative Verdichtung des Handels, der sich seinerseits an einigen wenigen Plätzen konzentrierte und damit die soziale Struktur verschiedener Städte zu wandeln imstande war. Zum Beginn eines Aufgliederungsprozesses gab nicht nur eine interventionistische Staats- und Gemeindepolitik die Veranlassung, sondern innerhalb der Wirtschaft auch das Anwachsen der Grundrente, die auf ganze Industrien und Unternehmungen wirkte und ein Abdrängen auch der Wohnbevölkerung in die Aussenbezirke einer Stadt verursachte. In den einzelnen Unternehmungen gingen weitere Aufgliederungen vor sich, welche die Erhaltung der Hausindustrie begünstigten. Die Entwicklung des Handwerks beruhte auf technisch industriellen Neuerungen. Durch die Elektrizität haben die Kohlenvorkommen an Bedeutung verloren; durch den Auto- und Flugverkehr verringerten Bahnknotenpunkte die Zusammenballungstendenz,

⁸⁵ Vergl. »Wirtschaft und Statistik«, 1941, Sonderbeilage zu Nr. 19.

⁸⁶ Diese Darstellung folgt den Ausführungen von Salin, Edgar, Standortsverschiebungen der deutschen Volkswirtschaft, Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. vervollständigte Ausgabe, 1. Band, Berlin 1929, S. 7/8.

und der Motor wurde eine wertvolle Hilfe zur Behauptung des Kleinbetriebs. Die Konzentration des Kapitals und die Vertrustung der Industrie wurden gewaltig fortgesetzt, doch gaben die Umstellungen in den Produktionsmethoden nicht den Anlass zu einer Standortsverschiebung der Erzeugungsstätten.

Eine ähnliche Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur ist nur zum Teil auch für die Jahre nach 1933 vorzufinden. Man wird mit der Umstellung der Industrie auf Rüstungsproduktion, mindestens ab 1936, weder von wirtschaftlich »rationalen« noch weniger von »traditionalen« Produktionsverlegungen und den damit verbundenen Arbeitsverpflichtungen reden dürfen. Im einzelnen oder nur in groben Umrissen Auskunft über Standortsverschiebungen und Produktionsänderungen der industriellen Erzeugung der Jahre vor oder gar im zweiten Weltkrieg zu erhalten, ist für diesen Überblick unmöglich. Eine Verlagerung erfolgte jedenfalls wesentlich nach »kriegswichtigen« Überlegungen. Dass in dieser Zeit die Bestrebung bestand, die Handelskette wieder zu verkürzen, wurde bereits festgestellt.

So bewirkten Veränderungen der Arbeitsweise und damit der Lebensgewohnheiten, dass die häufig in Büros beschäftigten Personen (im Handel oder in Ämtern) jetzt eine konzentriertere, weniger voluminöse Nahrung benötigten, als beispielsweise die in der Landwirtschaft Tätigen. In der Industrie und ebenso in der Landwirtschaft sind ausserdem die schweren Handarbeiten durch Maschinen erleichtert oder ersetzt worden, was ebenfalls in der Ernährungsweise zum Ausdruck kam. Auch war die Verkürzung oder die durchgehende Arbeitszeit eines grossen Teils der Bevölkerung darin bemerkbar, als jetzt mehr »Butterbrote« gegessen wurden, oder aus Zeitmangel vorwiegend schnelle kalte Gerichte bevorzugt wurden, was sich ganz besonders in der Zunahme des Fettverbrauchs fühlbar machte.

Nicht nur als Folge der zunehmend städtischen Lebens- und Arbeitsweise hat sich somit ein »verfeinerter«⁸⁷ und d. h. teurerer Stil der Ernährung herausgebildet. Es kommt noch hinzu, dass ein Wandel in der Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sich beim Verbrauch an Nahrungsmitteln bemerkbar machen musste. Der Altersaufbau hatte sich nach dem ersten Weltkrieg derart verändert, dass die statistisch dargestellte Form der »Pyramide«, d. h. ein breiter jugendlicher Unterbau, der sich mit zunehmenden Altersklassen der natürlichen Sterblichkeit nach verringert, im Begriff war, sich jetzt in eine »Glocke« zu verwandeln. Nach 1933 versuchte man in Deutschland gegen diese Entwicklung ganz energisch anzugehen. Zunächst schuf aber die Verlangsamung der Bevölkerungsentwicklung, besonders in den Absatzländern für Weltagrarpunkte neue Voraussetzungen für den Bedarf, und zwar auf Grund der Bevölkerungszahl überhaupt und auf Grund des pro-Kopf-Konsums. Da jetzt ein grösserer Prozentsatz als 1909/13 auf ältere Leute entfiel, ist z. B. relativ mehr Fett gegessen worden, als Kinder oder jüngere Leute dies zu tun pflegen. Während in den Krisenjahren bis 1933 sich dann das Problem stellte, wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Absatz finden konnten — wobei natürlich der Bevölkerungsrückgang oder der vergrösserte Prozentsatz nicht arbeitsfähiger Bevölkerungsteile niemals monokausal dafür verantwortlich zu machen

⁸⁷ Eisig, Helmut, Der Verbrauch von Nahrungsmitteln in Deutschland vor und nach dem Krieg. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 132.

wären —, kehrte sich im nationalsozialistischen Regime dieser Vorgang um; jetzt reichte bei wachsender Gesamtbevölkerung⁸⁸ trotz weiterer Intensivierungen der innerdeutsche Nahrungsraum zur Versorgung kaum aus. Die Erscheinung eines grossen Frauenüberschusses und vorwiegend älterer Jahrgänge nach dem Kriege glich sich zwar in der zweiten Hälfte der Untersuchungsperiode zum Teil wieder aus, doch war das Vorherrschen erwachsener Personen in der zunehmenden Zahl der Haushaltungen und damit in den Ausgaben und dem Verbrauch an Lebensmitteln bemerkbar.

Dass sich, bei überwiegender Industriegewirtschaft, die Ausgaben für Nahrungsmittel hauptsächlich im Zusammenhang mit den konjunkturell oder wirtschaftspolitisch bedingten Schwankungen der Preise und der Einkommen verändern, wird aus den folgenden Ausführungen noch deutlich.

C. Auswirkungen von Preis- und Einkommensschwankungen auf die Ernährungsweise

Es genügen die bisher erwähnten produktionstechnischen, arbeits- und bevölkerungsbedingten Tatsachen noch nicht vollständig zur Begründung der veränderten Nahrungszusammensetzung. Genau nachweisen liess sich aber die Wirkung veränderter Preisrelationen, z. B. zwischen Butter zugunsten der Margarine. Die nur durchschnittliche Verbrauchssteigerung des Zuckers stand dagegen einer ausserordentlichen Verbrauchszunahme nicht im Wege. Der Rückgang des Alkoholverbrauchs war auf die Preissteigerung des Biers bzw. auf dessen Steuerbelastung zurückzuführen.⁸⁹

Wie kam es aber zu dem vermehrten Konsum an Gemüse, Obst, Milch, Molkereiprodukten, Eiern und zu dem abnehmenden Verbrauch an Getreiderzeugnissen, Hülsenfrüchten, tierischem Fett und schliesslich zur Stagnation des Verbrauchs an Fleisch und Kartoffeln?

Es sind hinsichtlich ihrer Bedeutung und Veränderung zunächst die pflanzlichen Kohlehydrate zu nennen, die in den Jahren 1925/26—1929/30 von 55,6 % auf 51,8 % des Nährstoffverbrauchs zurückgegangen sind, was aus dem sinkenden (Weizen-)Brotverzehr im Verhältnis zu dem höheren (Roggen-)Brotkonsum der Vorkriegszeit hervorgeht. Die entgegengesetzte Bewegung war bei Gemüse und Obst durch den rückgängigen Kartoffel- und Hülsenfrüchteverbrauch kompensiert. Bei den tierischen Fetten ist in der gleichen Zeit der Anteil an der gesamten Nährstoffmenge von 25,8 % auf 30,6 % gestiegen, bei den pflanzlichen Fetten nahm er von 3,8 % auf 7,1 % zu, was von den Bedürfnissen der Margarine-Industrie herkam. Der Verbrauch an Eiweiss schien konstant geblieben zu sein; auffallend war jedoch eine Verschiebung zu tierischem Eiweiss (mehr Milch-Käse-Bedarf und weniger Getreide).

Es ist bekannt, dass bei gewissen Nahrungsmitteln mit steigendem Wohlstand, d. h. grösserem Einkommen, der Verbrauch stark ansteigt, während er bei anderen Produkten relativ zurückgeht. Für das Deutschland der Nach-

88 1910 = 58 Mill. Einwohner, 124,2 pro qkm

1925 = 63 » » 140,3 » »

1939 = 68 » » 146,2 » » (ohne Österreich)

89 Folgende Zahlen sind der Arbeit von Eisig, H., a. a. O. S. 137/38 entnommen.

kriegsjahre ist eine Steigerung des Volkswohlstandes im gesamten zwar gegenüber der Vorkriegszeit nicht anzunehmen, doch muss durch die Verbesserung der Massenkaufkraft der Arbeiter ein Grund für den Rückgang des Pro-Kopf-Konsums an Brot und für die gleichbleibende verbrauchte Kartoffelmenge vermutet werden. Dass der Fleischverbrauch nicht wesentlich gestiegen ist, trotz der grossen Elastizität der Fleischpreise auf Einkommensveränderungen, wird nicht so sehr mit der Erreichung des Sättigungsgrades des Pro-Kopf-Konsums erklärlich, sondern ist vielmehr auf ernährungspsychologische Strömungen, medizinische Auffassungen und einen allgemeinen Geschmackswandel zurückzuführen.

Von 1925/26 bis 1929/30 entstanden auch starke Veränderungen bei den Auslandszufuhren, die sich im Zusammenhang mit der Nachfrage billiger Qualitäts- und Standardware ergaben, sowohl beim Fettverbrauch (Butter, Käse, Tran zur Margarineherstellung) wie auch beim pflanzlichen Eiweiss, besonders bei Weizen und pflanzlichen Kohlehydraten (Obst und Gemüse). Bei tierischem Eiweiss und Kohlehydraten ist der Auslandsanteil konstant geblieben.

Die Entwicklung in der Zeit von 1932 bis 1938 lässt demgegenüber einige Unterschiede erkennen, die sich wieder teils aus der verschiedenen Elastizität des Verbrauchs gegenüber Einkommensveränderungen ergaben, oder sich bei der beschränkten Importmöglichkeit jetzt stärker aus den durch die Witterungsverhältnisse bedingten Schwankungen der Ernte erklären; teils sind die Verbrauchsänderungen aber auch dem Wandel der direkten Verbrauchslenkung zuzuschreiben.

Im Jahre 1938 zeigte jedenfalls der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln (insgesamt je Kopf der Bevölkerung seit der Machtübernahme dem Kaloriengehalt nach) eine Steigerung um 5 %. Eine Einschränkung des Verbrauchs war vor allem bei den Eiern (um 10 %) und bei Fett (um 30 %) festzustellen; dagegen wurde die Zunahme des Verbrauchs an Seefischen (um 40 %) und an Zucker (um 20 %) sehr gefördert. Die seit Ende 1933 anhaltende Aufwärtsbewegung des Verbrauchs hat sich im Jahre 1938 verlangsamt. Hauptsächlich bei den Kohlehydraten war ein Rückgang festzustellen, da eine Verlagerung des Konsums auf die Kartoffel angestrebt war.⁹⁰ Der Minderverbrauch an Brot ist durch den Konsum zahlreicher anderer Nahrungsmittel zum Ausgleich gebracht worden (durch mehr Rindfleisch und Fisch).

Ein Zeichen der Hebung der Kaufkraft war insbesondere die Zunahme des Verbrauchs an Genussmitteln (Bohnenkaffee, Tee, Branntwein, Tabak).

Die festzustellenden Veränderungen im Verbrauch sind ganz besonders in den Jahren der nationalsozialistischen Ernährungspolitik nach 1936 fast durchweg »lenkungsbedingt«. Die zunehmende »Inflationierung« des Geldvolumens hatte im Dritten Reich eine solche Steigerung der Nominaleinkommen zur Folge, dass bei dem stabil gehaltenen Agrarpreisniveau direkte verbrauchslenkende

⁹⁰ Wirtschaft und Statistik, 1939, S. 37.

Der Beimischungszwang zu Brot, das Verbot des Frischverkaufs, die Propaganda für warmes Essen und die Ausdehnung der Gemeinschaftsverpflegung in den Betrieben verursachten diese Verlagerungen.

Ein anschauliches Bild der Verschiebungen beim Nahrungsmittelkonsum von 1909/13 im Vergleich zu 1936 gibt: Von der Decken, Hans, Entwicklung der Selbstversorgung Deutschlands mit landw. Erzeugnissen, Berlin 1938, Tab. S. 81.

Massnahmen vorzunehmen waren, zumal durch die gestoppte Aufwärtsbewegung der Agrarpreise die inländische Produktion auch nicht gerade gefördert wurde. Der »gelenkte« Durchschnittsjahresverbrauch je Kopf der Bevölkerung wird in den Jahren 1935—1938 mit nachstehenden Zahlen auch schon allgemein niedriger angegeben als der Konsum des Jahres 1936:

Fleisch	46,8	Weizenmehl	52,1	Honig	0,4
Eier	120	Graupen	0,5	Gemüse	48,6
Trinkmilch	125	Haferflocken	0,8	Obst	29,0
Käse	5,2	Reis	2,2	Nüsse	0,9
Seefisch	11,2	Hülsenfrüchte	2,2	Südfrüchte	7,3
Fette	28,3	Kartoffeln	175	Kakao	0,9
Roggenmehl	54,0	Zucker	23,1	Bier	62,1
				Wein	5,2

(in kg; Milch, Bier, Wein in Liter; Eier in Stück; Tabelle aus »Deutschland Jahrbuch 1949«, herausgegeben von Klaus Mehnert und Heinrich Schulte, Essen 1949, S. 136).

Gleichzeitig wurde in dieser Zeit wieder mehr importiert. Die Einfuhrüberschüsse, die sehr wahrscheinlich auch zur Anlage von Kriegsvorräten Verwendung fanden, nahmen in den Jahren 1936—1938 in starkem Masse zu, wie folgende Angaben beweisen:

Einfuhrüberschuss (in 1000 to)

	1936	1937	1938
Insgesamt	4 789	8 703	10 852
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs .	797	810	903
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	3 310	7 379	9 253
Genussmittel	304	331	411

(Deutschland-Jahrbuch, 1949, a. a. O. S. 136)

Abschliessend ist nun noch an Hand der vom Statistischen Reichsamt angestellten Untersuchung der Wirtschaftsrechnungen von 350 Arbeiterhaushaltungen für das Wirtschaftsjahr 1937⁹¹ beizufügen, in welcher Weise die Ernährungsausgaben von den Einkommensunterschieden abhängig sind.

Aus diesen repräsentativen Angaben ergibt sich, dass für eine Reihe von Nahrungsmitteln der Anteil der Ernährungsausgaben in der oberen Einkommensstufe höher als in der unteren war, ohne dass jedoch in allen Fällen der Wert der mittleren Einkommensstufe gerade dazwischen lag. Er war vielfach so gross wie in der unteren oder in der oberen Einkommensstufe.

Dies trifft zu bei den Nahrungsmittelgruppen wie »sonstiges« Backwerk, frisches Kern-, Stein-, Beerenobst, Bohnenkaffee, Tee, Schokolade und Süsswaren, Vollmilch, Käse, Eier, Honig; Hammelfleisch, Wild, Geflügel; Speisen im Wirtshaus und andere fertige Speisen. Der Anteil dieser Gruppen an den Nahrungsmittelausgaben stieg von insgesamt 23,8 % in der unteren Einkommens-

⁹¹ D. i. die dritte grosse Enquête nach 1907 und 1927/28. Es wurden 3 Einkommensstufen betrachtet: 1. 960— unter 2 000 RM; 2. 2 000— unter 2 500 RM; 3. 2 500— unter 5 000 RM. Vergl. Wirtschaft und Statistik, 1939, 2. Aprilheft, 19. Jg. Nr. 85, S. 323 ff.

mensstufe auf 26,9 % in der mittleren und 30,9 % in der oberen Einkommensstufe und betrug im Gesamtdurchschnitt 27 % aller Nahrungsmittelausgaben.

Eine Elastizität in entgegengesetztem Sinne tritt für diejenigen Lebensmittelarten am deutlichsten in Erscheinung, in denen der Anteil an den Nahrungsmittelausgaben in der oberen Einkommensstufe niedriger war als in der unteren, ohne dass sich auch hier der Wert der mittleren Einkommensstufe genau in der Mitte befand. Beispiele dafür sind: Roggen-, Grau-, Misch-, Schwarzbrot, Weissbrot, Kartoffeln, Kohl, Zucker, Kunsthonig, Malzkaffee, Kakao, Mager-, Buttermilch, rohe Fette, Schmalz, Margarine, Rind-, Schweine-, Hackfleisch, Wurst, sonstiges Fleisch, Fisch, Fischwaren u. a. Bei den Ausgaben für diese Nahrungsmittel sank der Anteil von insgesamt 66,2 % in der unteren Einkommensstufe, auf 61,1 % in der mittleren und auf 59,1 % in der oberen Einkommensstufe und kam im Gesamtdurchschnitt auf 62,4 % aller Lebensmittelausgaben.

Folglich wird man für diese Nahrungsmittel, die 90 % der gesamten Lebensmittelausgaben umfassten, annehmen können, dass ihr Verbrauch Einkommensänderungen gegenüber — in dieser oder jener Richtung — elastisch ist, wobei die Elastizität auch in der Wahl teurerer Sorten zum Ausdruck kommen kann.

Nur für einen kleinen Teil, die noch übrigen Nahrungsmittel, war der Ausgabenanteil in allen drei Einkommensstufen gleich. Dadurch wird ausgedrückt, dass nur ein verhältnismässig geringer Prozentsatz des Nahrungsmittelverbrauchs sich etwa gleichförmig mit dem Einkommen ändert.

Die Dirigierung der Wirkungen laufender Einkommensänderungen (insgesamt und je Einkommensstufe) auf die Zusammensetzung des Nahrungsmittelverbrauchs ist je nach den gegebenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen — gemäss den Resultaten untersuchter Wirtschaftsrechnungen — eine Hauptaufgabe jeder Wirtschafts- bzw. Ernährungspolitik. Dies mag in der Form der Preisbeeinflussung geschehen, welche indirekt die zu verbrauchenden Mengen bestimmt, oder es kann eine direkte Verbrauchslenkung erfolgen, die notwendig wird, wenn starre Preise die Marktsituation nicht mehr kundgeben können und ein Spiel mit den Preisrelationen unmöglich geworden ist.

Es kann also zum Schluss festgestellt werden, dass Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion, gefördert durch technische Neuerungen und wirtschaftspolitische Massnahmen, wichtige Voraussetzungen geschaffen haben, die wachsende Bevölkerung trotz zunehmender Autarkisierung zu ernähren. Produktionsumstellungen und z. T. Standortsveränderungen in der deutschen Volkswirtschaft gaben den Anlass zu Verschiebungen in der Erwerbstätigkeit und Berufszugehörigkeit, die wiederum die Ernährungsweise beeinflussten. Vor allem haben Preis- und Einkommensschwankungen die Menge und die Zusammensetzung der Verbrauchsgüter bestimmt. Die beobachteten Auswirkungen struktureller Wandlungen in bezug auf die veränderte Nahrungsweise, die schliesslich auch zur Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung erforderlich wurde, mussten somit auf die verschiedensten Ursachen zurückgeführt werden.

2. TEIL

Badens Versorgung mit Nahrungsmitteln aus landeseigener Agrarproduktion

I. KAPITEL

Erzeugung und Verbrauch pflanzlicher Produkte

I. Getreideerzeugnisse

A. Brot- und Futtergetreide

Die Untersuchung der Versorgung eines Gebietes verlangt, dass die Verbrauchs- und Absatzbedingungen geprüft werden; Ein- und Ausfuhr sind einander gegenüberzustellen, und im Hinblick auf eine möglichst vollständige Selbstversorgung sind besonders die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten zu schildern.

In engster Abhängigkeit und Wechselwirkung mit der Weltlandwirtschaft steht das Getreide, welches sowohl das lebensnotwendigste Nahrungsmittel liefert, als auch ein wichtiges Betriebsmittel und ein unentbehrlicher Rohstoff für die Landwirtschaft und für die Industrie darstellt. Nicht nur die Anpassungsfähigkeit an die Marktverhältnisse, sondern auch die Möglichkeit, der Aufwand- und Kostengestaltung eines Einzelbetriebes zu entsprechen, machen das Getreide »zum Rückgrat der Landwirtschaft überhaupt«. ⁹² Trotz veränderter Ernährungsweise können die Getreideprodukte ihre dominierende Stellung als Grundlage der Lebensmittelversorgung nicht verlieren.

Während um das Jahr 1900 in Baden 55 % des Ackerlandes mit Getreide bestellt waren, sind es im Jahre 1935 nur noch 50 % (Reichsdurchschnitt 60,2 %). ⁹³ Es erübrigt sich, an die natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen Badens zu erinnern, die entweder im Gebirge dem Getreidebau Grenzen setzen oder in der Ebene ertragreichere Kulturen entwickeln und in den Industriebezirken nur »Zwergbauernbetriebe« mit vorwiegend Kartoffelbau entstehen lassen. In den »Kornkammern« Badens aber ist nicht nur der Getreidebau, sondern auch eine verstärkte Produktion an Vieh und Vieherzeugnissen daheim, die eine Verkleinerung der Getreideanbaufläche im Gefolge haben musste.

Welche Getreidearten werden nun in den »natürlichen Gebieten«, die von der Landesstatistik unterschieden werden, hauptsächlich angebaut?

Weizenbau ist in der Seegegend, im Pfinz- und Kraichgau und in der Rheinebene zu treffen, ebenfalls im Bauland zusammen mit Hafer. In der Donau-gegend wie im Bauland ist auch der Spelz vertreten. Winterroggen wächst im Odenwald, und in der Rheinebene gedeiht Winterweizen. Im Schwarzwald ist die Anpflanzung von Winterweizen ebenso gross wie die Haferanbaufläche, die auch im Odenwald und in der Donau-gegend vorherrschen. Der Anbau von

⁹² Kunz, Hans, Der deutsche Getreidebau. Deutsche Agrarpolitik Teil 1, Berlin 1932, S. 171. — Vergl. auch Von der Decken, H., a. a. O.

⁹³ Brinkmann, Carl, Erzeugung und Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte in Baden. a. a. O., S. 13. Zahlen, bei denen die Quelle nicht jedesmal angegeben wird, stammen aus Brinkmann und gelten, wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 1935.

Brotgetreide hat seine Bedeutung in der Rheinebene, dagegen ist Sommergerste, abgesehen vom Schwarzwald und Odenwald, in allen Gebieten häufig.⁹⁴

Weizen und Roggen, die beiden Brotgetreidearten, und die zwei Futtergetreide Gerste und Hafer haben eine unterschiedliche Bedeutung nicht nur hinsichtlich ihrer verschiedenen Verwendung, sondern auch vom Standpunkt des Weltmarktes, dessen Einfluss sowohl in einer freien wie in einer gelenkten Wirtschaft Deutschlands nicht vollständig auszuschalten ist. Weizen und Gerste werden auf dem Weltmarkt gehandelt. Hafer und Roggen sind dagegen, was die Produktion und den Absatz betrifft, nur auf einige wenige Länder beschränkt.

In Baden bleiben die Getreideerträge weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. So wurden insgesamt und vom ha im Jahre 1935 geerntet:

Getreidearten	Gesamternte	Doppelzentner vom ha	
	Badens in to	in Baden	im Reich
Roggen	69 507	15,8	16,5
Weizen	118 164	18,2	22,2
Spelz	20 388	16,7	16,9
Gerste	87 137	16,9	21,1
Hafer	72 554	16,0	19,3
Menggetreide . .	29 262	17,0	18,1
Zusammen . . .	397 012	—	—

Die höchsten Erträge verzeichneten der Pfalz- und Kraichgau und die Rheinebene; der Schwarzwald und der Odenwald lieferten naturgemäss die niedrigsten Mengen.

Um ein möglichst vollständiges Bild des Verbrauchs an Getreide zu geben, ist zunächst einmal der Verbrauch in der bäuerlichen Wirtschaft festzuhalten und hier einzuteilen in:

1. Saatgutverbrauch
2. Verbrauch zu Futterzwecken
3. Haushaltverbrauch

Danach ergibt sich:

ad 1. Der Gesamtsaatgutbedarf beträgt bei

Weizen und Roggen mit 171 kg pro ha = 22 800 to

bei Gerste und Hafer mit 174 kg pro ha = 16 300 to

für eine Anbaufläche von 235 080 ha zusammen 39 100 to Getreide.⁹⁵

ad 2. In rein landwirtschaftlichen Gebieten wie etwa dem südlichen und dem nördlichen Hügelland trifft der von Fensch angegebene Verfütterungs-

⁹⁴ Vergl. Brinkmann, a. a. O., S. 14, nach der Anbauflächenerhebung 1935.

⁹⁵ Brinkmann a. a. O., S. 18, kommt zu den gleichen Ergebnissen wie Fensch, Die Verwendung der deutschen Getreideernte, Veröffentlichungen des deutschen Landwirtschaftsrates, Heft 18, S. 267.

quotient in Betrieben mit 5—20 ha Land zu; dieser Quotient beträgt bei Brotgetreide 17 % und bei der Futtergetreidemenge 53 %. Im Schwarzwald wird aber z. B. das ganze Futtergetreide fast vollständig verfüttert und dazu noch ein erheblicher Teil des Brotgetreides. Im ganzen werden an Brotgetreide etwa 16 000 to und an Futtergetreide ca. 106 000 to zur Verfütterung gebraucht.

ad 3. Nimmt man nach einer Berechnung der Landesbauernschaft Baden (angegeben bei Brinkmann S. 20) im Durchschnitt der Betriebsgrösse, pro Mann und Jahr, 293 kg Getreide an — für Frauen 20 % und für Kinder 50 % weniger —, so lässt sich, bei einer durchschnittlichen Personenzahl eines Bauernhaushalts mit 4—5 Vollpersonen, der Haushaltverbrauch der bäuerlichen Bevölkerung an Brotgetreide nach der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe errechnen. Es sind dann bei 142 605 Betrieben, ohne Grössenklassen von 0,5 bis unter 1 ha, die für den Getreidebau keine Rolle spielen, 563 264 Vollpersonen. Diese weisen einen Verbrauch an Brotgetreide von 161 660 to auf.

Aus der durchschnittlichen Erntemenge 1935 standen demnach für die übrigen Versorgungsberechtigten zur Verfügung:

	Brotgetreide (to)	Futtergetreide (to)
Erntemenge 1935	237 321	159 691
Überschuss der See- und Donaugegend, des Pfingz- und Kraichgaus	50 530	39 942
Zuschussbedarf des Schwarzwaldes und des Odenwaldes	13 709	2 251
	36 821	37 691

Dieser Überschuss reicht nun bei weitem nicht aus, den Gesamtbedarf des Landes zu decken. Getreideeinfuhren werden notwendig, auch im Interesse der getreideverarbeitenden Industrie.

Nach einer Umrechnung in Vollpersonen (nach der Zählung von 1933) zählt Baden ohne Mannheim-Ludwigshafen, das einen eigenen Verkehrsbezirk bildet:

Zahl der Vollpersonen in der Landwirtschaft — 1 689 540
— 563 264

1 126 276 Vollpersonen,

deren Verbrauch auf 154 kg je Vollperson und pro Jahr geschätzt wird, unter Annahme, dass für 130 g Brot 100 g Mehl benötigt werden; dabei ist Weizenmehl zu 60 % und Roggenmehl zu 70 % ausgemahlen. Dass allein in den Ausmahlungssätzen noch einige »Reserven« herauszuholen sind, zeigt der durchschnittliche Ausmahlungssatz im zweiten Weltkrieg bei Weizenmehl von 65 bis 96 % und bei Roggenmehl von 70 bis 96 %.

Für den Gesamtbedarf ergibt sich:

Bedarf an Brotgetreide der nichtbäuerlichen Bevölkerung ca. 173 500 to
Zur Verfügung stehende Eigenerzeugung Badens . . . ca. 36 820 to

Einfuhrbedarf 136 680 to

Die Zufuhren in Höhe von ungefähr 136 000 to erfolgten zu Schiff aus belgischen und holländischen Häfen oder aus dem Osten per Eisenbahn; durch die Mannheimer Grossmühlen wurden die importierten Mengen grösstenteils ins Inland befördert. Von den Getreideeinfuhren bis zu 250 000 to, die meist

Umschlagsgut darstellten, gingen wieder etwa die Hälfte ausser Landes, z. B. nach der Schweiz, Württemberg und Hohenzollern.

Diese Zahlen lassen sich dem gesamten badischen Mehrversand und dem Mehrempfang des Jahres 1928 gegenüberstellen, jedoch leider nicht direkt vergleichen, wo nach dem Inland 10 816 to Weizen mehr versandt als eingeführt wurden und aus dem Ausland 66 015 to mehr hereinkamen als verschickt wurden, also ein Einfuhrüberschuss von zusammen 55 199 to Weizen festzustellen war. Für Roggen bestand ein Einfuhrüberschuss von 2 653 to gegenüber dem Inland und von 259 to gegenüber dem Ausland; so verblieb ein Mehrempfang von 2 912 to Roggen. An Mehl betrug der Mehrempfang im gesamten 107 807 to, 106 378 to gegenüber dem Inland und 1 429 to gegenüber dem Ausland.⁹⁶

Die Erfassung der gesamten Ein- und Ausfuhrziffern stösst insofern auf Schwierigkeiten, als bei den Mühlen, Teigwarenfabriken, bei der Brezel- und Suppenerzeugnisse-Fabrikation (besonders aus der badischen Spezialität des Grünkerns, eines halbreifen, gedörrten Spelzes) der Hauptversand auf den Strassen per Kraftwagen vonstatten ging.

Bei Hafer und Gerste betrug im Jahre 1928 der Mehrempfang aus dem Inland 1 264 to bzw. 6 321 to, dem bei Hafer ein Mehrversand gegenüber dem Ausland von 1 174 to und bei Gerste ein Mehrempfang von 13 260 to entgegenstand, somit sich insgesamt ein negativer Saldo bei Hafer von 90 to und bei Gerste von 19 581 to ergab.⁹⁷ Im Jahre 1935 kam die Einfuhr aus Bayern, der Pfalz, Hessen, der Tschechoslowakei auf 45 386 to Hafer, 43 953 to Gerste plus 5 939 to Malz auf Gerste umgerechnet, zusammen 95 278 to gegenüber einer Gesamtausfuhr nach der Schweiz und Württemberg von 72 116 to, was einem Einfuhrüberschuss von 23 162 to gleichkam.

Im Jahre 1937 konnten z. B.

an Winter- und Sommergerste	96 901 to
und an Hafer	87 641 to
zusammen	184 542 to

erzeugt werden (Stat. Jahrbuch für Baden 1938, S. 88). Im Jahre 1935 dagegen standen aus der Eigenproduktion etwa 160 000 to zur Verfügung, dazu ein Einfuhrüberschuss von etwas mehr als 23 000 to, und so ergab sich eine verfügbare Menge von ungefähr:

	180 000 to Hafer und Gerste
landwirtschaftlicher Eigenbedarf .—	122 000 to » » »
zusammen	58 000 to Hafer und Gerste,

die mit etwa 35 000 to Gerste im Jahre 1935 zu Braugerste Verwendung fanden; 16 000 to wurden für Nahrungsmittel gebraucht (z. B. in Malzkaffeeabriken); Hafer verwandte man für Haferflocken und für Fuhrhaltereien.

⁹⁶ Bramstedt, Paul, Die Tauschbeziehungen von Landwirtschaft und Industrie. Probleme des Binnenmarktes. Deutsche Agrarpolitik, Teil 2, Berlin 1932, S. 413 ff. Aus Tafel 414, S. 478 ff. Mehrversand und Mehrempfang der Wirtschaftsgebiete nach Warenarten i. J. 1928.

⁹⁷ Bramstedt, P., a. a. O., S. 478 ff. Diese Angaben beziehen sich auf das g a n z e bad. Wirtschaftsgebiet.

Für Mannheim-Ludwigshafen wird in diesem zweiten Teil der Arbeit immer eine gesonderte Aufstellung notwendig, da Mannheim zwar zum badischen Versorgungsgebiet gehört, sich aber nicht aus dem gemeinsamen Verkehrsbezirk mit Ludwigshafen lösen lässt.

Für diese beiden Städte betrug die Zahl der Vollpersonen 307 594 mit einem Bedarf von 47 300 to Brotgetreide; hier wurden bedeutende Mengen, über 500 000 to jährlich, eingeführt, ausgeführt wieder etwa 460 000 to. Der Versand ist auch da nur annäherungsweise anzugeben mit durchschnittlich 250 000 to jährlich, wobei noch andere Mühlenprodukte hinzukommen.

Hafer (7410 to), Gerste (23 328 to), Malz 2 070 to), zusammen ca. 33 000 to, mussten hier aus den benachbarten Gebieten importiert werden. Nach einem Export von 30 000 to in die Schweiz und Nordbaden verblieb im Jahre 1935 ein Einfuhrüberschuss bei Gerste mit 9 396 to und Hafer mit 2 134 to, bei Malz ein Ausfuhrüberschuss von 8 618 to.

B. Hülsenfrüchte

In engem Zusammenhang mit dem Getreidebau steht der Anbau von Hülsenfrüchten.

Die Hektarerträge der verschiedenen Fruchtarten liegen in Baden zwischen 15 und 20 dz je ha, und der Gesamtertrag im Jahre 1935 betrug 3 044 to. Das nördliche Hügelland und namentlich das Bauland bilden die Hauptanbauggebiete dieser Früchte. Die wechselnde Anbaufläche, die durch veränderte Preisrelationen oder direkte agrarpolitische Massnahmen bedingt war, geht aus folgender Tabelle hervor:

Kulturarten	1913	1927	1937
Anbaufläche in ha			
Erbsen	590	1 536	662
Bohnen	306	1 141	553
Linsen	182	270	114
Wicken	829	2 535	2 877
Bitterlupinen	1	—	7
Süßlupinen	—	83	11
Mischfrucht	18 202	1 740	834

(Stat. Jahrbuch für Baden, 1938, S. 82/83)

Bei den Hülsenfrüchten entsteht für die Berechnung des badischen Verbrauchs im Jahre 1935 folgendes Bild:

Gesamte Eigenerzeugung	3 044 to	
		7 478 to Einfuhr
		1 156 to Ausfuhr
Einfuhrüberschuss	6 322 to	
Folglich waren zur Verfügung	9 366 to Hülsenfrüchte.	

Bei einem Durchschnittsbedarf von 2,5 kg je Haushaltung wurden 4 100 to zur menschlichen Ernährung verwendet, und der Rest diente der Verfütterung.

Da der Eigenbedarf der beiden Städte Mannheim-Ludwigshafen an Hülsen-

früchten nur 700 to ausmachte, wurde der Einfuhrüberschuss von 8 000 to nach der Verarbeitung als Futtermittel gehandelt.

Nach der Schilderung der badischen Erzeugungs- und Verbrauchsverhältnisse für Getreide ist es in diesem Abschnitt überflüssig, nochmals auf die gesamtdeutschen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen und Bedingungen einzugehen, die mit der Darstellung der zollpolitischen und interventionistischen Massnahmen, einschliesslich der Getreidewirtschaftsordnung des Reichsnährstandes, bereits bekannt sind. (Vergl. 3. und 4. Kap. des 1. Teils.)

II. Hackfrüchte

A. Kartoffeln

Baden ist ein typisches »Kartoffelland« geworden, seitdem in den bäuerlichen Kleinbetrieben mit Kleintierhaltung und auch von der Industriebevölkerung dieser Anbau besonders gepflegt wird. Die absoluten Erntemengen der Kartoffelerzeugung stiegen seit 1913 stark an; schneller als die Grösse der Anbauflächen nahmen die Flächenenerträge zu, was auf die Verwendung ertragreicherer Sorten, auf den Saatgutwechsel und die Verbilligung der Düngemittel zurückzuführen ist.

Aus folgenden Zahlen wird die Zunahme der Erträge deutlich:

Jahre		Anbaufläche	durchschnittliche Erträge	
			Ertrag je ha	Gesamtertrag
1909/13	Spätkartoffeln . . .	88 701	96,0	851 575
1932/36	Spätkartoffeln . . .	74 616	144,7	1 079 459
	Frühkartoffeln . . .	5 868	99,3	58 254
1937	Spätkartoffeln . . .	67 260	206,3	1 387 305
	Frühkartoffeln . . .	2 411	118,0	28 454

(Aus Stat. Jahrbuch für Baden 1938, Seite 88)

Der scheinbare Rückgang der Anbauflächen, wie er sich aus diesen Ziffern ergibt, war eine Folge der korrigierten Bodennutzungserhebung im Jahre 1935. Die Anbaufläche im Verhältnis zur gesamten Ackerfläche blieb ziemlich konstant; sie betrug für 1935 8,4 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Ganz abgesehen von der Marktverwertung ist der Anbau dieser Hackfrucht für die deutsche Landwirtschaft im Rahmen der Fruchtfolge zum Zwecke der Ertragssteigerung der Nachfrüchte von hohem Wert. Auch als Futtermittel, vor allem in den Kleinbetrieben, kann die Kartoffel nicht entbehrt werden, und nicht zuletzt stellt sie ein billiges Nahrungsmittel für die Versorgung der Bevölkerung dar. »Trotz aller Schwierigkeiten in der Absatzlage des deutschen Kartoffelbaus, die mit geringen Ausnahmen seit 1890 fast alle zwei bis drei Jahre auftreten, beweist der deutsche Kartoffelbau durch seine grosse Ausdehnung, dass er in hohen Massen geeignet ist, den Forderungen der Zeit in ernährungspolitischer, landwirtschaftlich-technischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht zu entsprechen.«⁹⁸

⁹⁸ Henkelmann, Werner, Der deutsche Kartoffelbau, Deutsche Agrarpolitik, Teil I, S. 188. — Brinkmann, a. a. O., S. 26/29. — Die Verwendung der deutschen Kartoffelernte, Enquête-Ausschuss, Unterausschuss, Bd. 5 u. 6, Berlin 1928 und 1930. In den Enquêtes ist Baden leider nicht besonders berücksichtigt.

Das Problem der Verwertung hat in Deutschland also lange vor dem ersten Weltkrieg bestanden, und man suchte schon durch die Berliner Vereinbarungen vom Jahre 1911 Geschäftsbedingungen zu vereinbaren, die im Jahre 1929 den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend abgewandelt wurden.

Für die Verteilungsschwierigkeiten sind zwei Ursachen verantwortlich: einmal das Standortverhältnis zwischen Kartoffelerzeugung und Kartoffelverbrauch und ausserdem die jährlichen Ernteschwankungen, die bald grössere, bald geringere Überschüsse hervorrufen und lange Zeit nicht durch Lagerung oder Transporte auszugleichen waren, wie das leichter beim Getreide der Fall sein kann. Heute versucht man nun durch Dämpfen, Einmieten, Einsäuerung und Trocknung die Kartoffel haltbar und transportierbar zu machen.

In der Agrarkrise 1928/32 bestanden Bestrebungen, u. a. auch den deutschen Kartoffelmarkt zu entlasten. Eine Erleichterung, besonders der Kartoffelgebiete im Osten, sollte möglich werden durch Förderung des Verbrauchs von Fabrikkartoffeln; die Verordnung über die Bezugspflicht von Spiritus zu Treibstoffzwecken (VO. vom 4. Juli 1930, RGBl. I, S. 199) oder die Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Backwaren (VO. vom 11. Oktober 1932, RGBl. I, S. 495) und die Bildung von Zwangssyndikaten auf dem Gebiet der Stärkewirtschaft waren aber nicht die wirksamsten Ventile. Als geeignetster Regulator erwies sich die stärkere Verfütterung der Kartoffel auf Kosten der Einfuhr von Gerste und Mais, allerdings in scharfer Konkurrenz mit dem (Eosin-) Roggen.

Im Zuge allgemeiner Standardisierungsbestimmungen wurden dann 1932 amtliche Handelsklassen für Kartoffeln aufgestellt.⁹⁹ Mit der Reichsnährstandsordnung ist zunächst der Absatz von Frühkartoffeln, kurz danach auch von Spätkartoffeln, geregelt worden. Die Stärkeindustrie und die Kartoffelflockenherstellung wurden in wirtschaftlichen Vereinigungen zusammengeschlossen; diese Vorstufen sind für das Reichsgebiet im Jahre 1935 schliesslich in der Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft für das Gebiet der einzelnen Landesbauernschaften in Kartoffelwirtschaftsverbänden zusammengefasst worden, welche Einzelbestimmungen für den Geschäfts- und Marktverkehr erlassen haben. Wie beim Getreide finden wir für Speise-Futterkartoffeln und andere Kartoffelerzeugnisse genaue Erzeugungs- und Absatzregelungen, die sowohl für die Anbau- wie für die Verbrauchsgebiete von dem übergeordneten Ausgleich der Hauptvereinigung ausgingen.¹⁰⁰

Die hauptsächlichen Kartoffelanbaugebiete Badens im Unterland und in der Rheinebene erreichten nicht die Hektarerträge des Reichsdurchschnitts. Wenn an Saatgutmengen pro ha 20 dz gebraucht wurden, kam bei einer Anbaufläche von 69 646 ha die Saatgutmenge auf 139 000 to, d. s. 14,3 % der Gesamternte.

Dann standen i. J. 1935 bei einem Ertrag von	973 281 to
bei einer Saatgutmenge von	— 139 000 to
	834 281 to

⁹⁹ Vergl. Sering, Max, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a. a. O. S. 524 ff.

¹⁰⁰ Vergl. Merkel, Hans, a. a. O. S. 78 ff.

bei einem Einfuhrüberschuss (incl. Mannheim-Ludwigshafen) von	+ 17 343 to
	851 624 to
nach Abzug von 15 % Schwund	723 884 to
für den Verbrauch zur Verfügung.	

Für den Gesamtnahrungsverbrauch kommt man (nach Brinkmann, S. 28) auf 227 876 to, die sich zusammensetzen aus der Menge für den Verbrauch einer nichtbäuerlichen Vollpersonenzahl von 1 433 870 (incl. Mannheim-Ludwigshafen), bei einem Verbrauch von 100 kg Kartoffeln je Vollperson und für eine bäuerliche Vollpersonenzahl von 563 264 mit 150 kg Jahresverbrauch pro Vollperson. Nach Abzug eines Futterkartoffelbedarfs für Schweine (5 dz je Schwein, also bei 560 630 Schweinen im Jahre 1934) von 280 315 to, beläuft sich der Gesamtverbrauch an Kartoffeln auf 508 191 to, was noch einen Rest von 215 693 to ergäbe, der natürlich in Wirklichkeit nicht tatsächlich verbleibt. Auf Kraftwagen wird entweder noch ausgeführt oder wesentlich mehr zu Nahrungs- und Futterzwecken verwendet. Unabhängig vom Preis und von der Einkommenslage der Verbraucher ist der Konsum beinahe konstant geblieben, so dass in Baden die Kartoffelerzeugung zur Versorgung des Landes ausreichte, wenn nicht trotzdem, wie auch die Zahlen für das Jahr 1928 beweisen, noch Frühkartoffeln und Saatgut eingeführt wurden.¹⁰¹ Setzt man aber z. B., wie das in den letzten Krigs- und Nachkriegszeiten der Fall war, 3 dz je Kopf der bäuerlichen und nichtbäuerlichen Bevölkerung von zusammen 1 997 134 Vollpersonen, da die knappe Versorgung mit anderen Lebensmitteln einen höheren Kartoffelverbrauch erforderte, so ist mit einem Gesamtverbrauch von 599 140 to plus 300 000 to Futterkartoffeln gleich 899 140 to insgesamt zu rechnen, die bei obiger Berechnung der Eigenerzeugung zur Versorgung knapp ausreichen dürften.

B. Zuckerrüben

Vor dem ersten Weltkrieg spielte die deutsche Zuckerausfuhr eine grosse Rolle. Die steigende Besteuerung und der Kampf mit dem Weltmarkt brachte die Interessen der Rohzuckerindustrien und die Raffinerien in einem Gegenseitigkeitsvertrag schon im Jahre 1899 zusammen, in dem ein Mindestpreis garantiert war. Nach der Bewirtschaftung im ersten Weltkrieg wurde eine Marktregelung kartellrechtlicher Art zur Steuerung einer deutschen Überproduktion eingeleitet. Im Jahre 1926 ist die Ausfuhrvereinigung der deutschen Rübenzuckerfabriken gebildet worden mit dem Ziel einer Ausfuhrsteigerung. Die Weltmarktpreise sanken aber im Herbst 1930 um 40 % des Vorkriegsstandes und erreichten damit kaum die Hälfte der Gestehungskosten zahlreicher Rübenzuckerländer. Der Binnenmarkt wurde deshalb durch ständig gesteigerte Zölle völlig gegen den Weltmarkt abgeriegelt und ein Zuckerhöchstpreis festgesetzt. Eine wesentliche Einschränkung der Erzeugung ist in den Krisenjahren nicht

¹⁰¹ Bramstedt, Paul, a. a. O. S. 478 ff. gibt für 1928 einen Mehrempfang an Kartoffeln aus dem Inland mit 30 479 to und gegenüber dem Ausland mit 14 969 to, d. s. insgesamt 45 448 to Kartoffeln an.

Brinkmann kommt dagegen für Baden und Mannheim-Ludwigshafen nach der Güterverkehrsstatistik 1935 auf einen Einfuhrüberschuss von 17 343 to (s. oben).

eingetreten, da die Grösse der Anbaufläche meist kontraktlich gebunden war. Ausserdem ist für die Rentabilität des Anbaus nicht nur der Zuckerpreis massgebend gewesen, konnten doch die Abfallprodukte (Rübenschnitzel) ebenso verwertet werden, wobei allerdings auch die Preisrelationen gegenüber den übrigen Futtermitteln zu beachten blieben.

Erst das internationale Abkommen der wichtigsten Ausfuhrländer (Chadbourne-Abkommen 1931) hat eine Kontingentierung des Anbaus und damit eine planwirtschaftliche Regelung der Produktion angestrebt.

In Deutschland ist nach 1933 die wirtschaftliche Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie entstanden; da die Ausfuhr weiter abnahm und der Absatz am Binnenmarkt begrenzt war, blieb die Erzeugung durch Kontingentierung der Anbaufläche weiterhin beschränkt. Der Reichsnährstand erhielt die Ermächtigung bindende Richtlinien für den Abschluss von Zuckerrübenverträgen zu schaffen. Kurz nachher übernahm die Hauptvereinigung der deutschen Zuckerwirtschaft die am Zuckermarkt beteiligten Wirtschaftsgruppen und teilte das Gebiet der Verbände nach den bisherigen Kontingentierungsbezirken der wirtschaftlichen Vereinigungen ein, die im übrigen aufgelöst wurden.¹⁰²

Ist von den Zuckerfabriken die Deckung des Inlandbedarfs an Zucker und Zuckerfuttermitteln nach ihrem Inlandsabsatzrecht erfüllt worden, so wurde die übrige Ware für die Vorratshaltung verwendet. Einen Pflichtvorrat, der ohne Genehmigung nicht veräussert werden durfte, mussten auch die Gross- und Kleinverteiler halten. Ebenso waren alle Massnahmen genehmigungspflichtig, die etwa das Verhältnis von Rohzucker- zur Verbrauchszuckerproduktion betrafen. Für die Verbrauchszuckerfabriken wurden monatliche Freigabebewilligungen erlassen. Besondere Verkaufs- und Absatzbedingungen zu Grundpreisen, incl. der Zuckersteuer, mit Preisauflagen je nach Sorte, Verpackung und Zeit der Lieferung usw., gingen bis zum Wiederverkäufer und Verarbeiter, für die feste Einkaufspreise galten. Die Einzelhändler hatten sich ebenfalls an feste Ladenpreise zu halten. Auch hier begegnen wir wieder einer Preisstaffelung je nach Wirtschaftsgebiet. Für Zuckerschnitzel, über deren Verwendung auch die Hauptvereinigung Sorge trug, waren Höchstpreise ab Erzeugerbetrieb festgesetzt.

Schliesslich hatte die Hauptvereinigung noch das Recht, Vereinbarungen mit andern Ländern zu treffen. So wurde im Jahre 1937 in London ein internationales Abkommen zur Regelung der Zuckererzeugung und des Zuckerhandels geschlossen, wobei den einzelnen Ausfuhrländern Quoten zugestanden wurden, die vom internationalen Zuckerrat bestimmt werden konnten. Durch die Kriegereignisse ist dieses Abkommen gegenstandslos geworden.

Betrachten wir nun nach dem Überblick auf die Organisation des Zuckermarktes die Anbauverhältnisse Badens.

Die Zuckerrübengebiete Badens liegen hauptsächlich im Pfinz- und Kraichgau und in der unteren Rheinebene, wo neben kleinen und mittelbäuerlichen

¹⁰² Vergl. Brinkmann, C., a. a. O. S. 29, ebenso Kunz, Hans, Der deutsche Zuckerrübenbau u. die deutsche Zuckerwirtschaft, Deutsche Agrarpolitik, Teil I, S. 296. Von der Decken, H., a. a. O., S. 36. Sering, M., Die deutsche Volkswirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a. a. O. S. 546/48, und besonders Merkel, H., a. a. O. S. 78 ff.

Betrieben Pachtgüter der Süddeutschen Zucker-AG. Anbauverträge mit der Zuckerindustrie abgeschlossen haben.

Folgende Zahlen geben die steigende Produktion wieder, die sich in Baden auf Grund vorhandener (Familien-) Arbeitskräfte, des Klimas und der Bodengestaltung als durchaus möglich erwies:

Jahre	Erntefläche ha	Ernteerträge insges. in to	Ertrag je ha in dz
1909	3 020	—	—
1925	2 200	—	—
1932/36	2 804	75 712	270,6
1937	4 121	135 379	328,5

(Vergl. Statistisches Jahrbuch f. Baden, 1938, S. 159.)

Brinkmann kommt für 1935 nach der Güterverkehrsstatistik, mit Mannheim-Ludwigshafen, auf einen Einfuhrüberschuss von 20 193 to, was rund 25 % der badischen Gesamterzeugung ausmacht. Verarbeitet wurden die aus Baden stammenden Zuckerrüben in der einzigen badischen Zuckerfabrik Waghäusel, dann auch in Heilbronn und Züttlingen im nahen Grenzgebiet, wohin im Jahre 1935 fast ausschliesslich die gesamte Ausfuhr mit 19 790 to ging.

Leider sind mit diesen Zahlen die Angaben Bramstedts für 1928 über einen Mehrempfang von Roh- und Verbrauchszucker dem Inland gegenüber für 12 998 RM und dem Ausland gegenüber für 2 286 RM, zusammen für 15 284 RM, nicht unmittelbar zu vergleichen.

Abschliessend ist über den Verbrauch noch zu sagen:

Der jährliche Zuckerverbrauch stellte sich im Jahre 1913 gegen 19 kg je Kopf der Bevölkerung, er stieg 1929/30 auf etwas über 23 kg und belief sich kurz vor dem zweiten Krieg auf etwa 22 kg. Der deutsche Konsum wäre sicher noch steigerungsfähig, wenn man die in Deutschland verbrauchten Mengen etwa mit denjenigen der angelsächsischen Länder vergleicht, wo der Jahresverbrauch pro Kopf 40—50 kg erreicht.

Jedenfalls konnte der deutsche Zuckerbedarf vollkommen aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden.

III. Feld- und Gartenbauerzeugnisse

A. Gemüse und Obst

Die Schwierigkeiten der statistischen Erfassung sind bei Gemüse und Obst besonders gross, und zwar erstens wegen der unmöglichen Vergleichbarkeit der verschieden gehandhabten Zählungen; zweitens ist es nicht einfach, umfassende Zahlen zu erhalten, da der Obst- und Gemüsebau unter den verschiedenartigsten Betriebsverhältnissen erfolgt: so in landwirtschaftlichen Betrieben aller Grössenklassen, entweder zur Eigenversorgung oder für den Verkauf, dann in Gärtnereien in Form von Freilandgemüse, z. B. auch im

Treibgemüsebau unter Glas oder in Kleingärten sogar der Grosstädte. Das Ähnliche gilt für die Obstanlagen.

In seinen Nährstoffleistungen ist der Gemüsebau allen anderen Formen der Bodennutzung überlegen und daher ernährungswirtschaftlich von grosser Bedeutung. Da die Obst- und Gemüseerzeugung in besonderem Masse von der Witterung abhängig ist und gerade Umstellungen im Obstbau längere Zeit beanspruchen, sind die amtlichen Ernteschätzungen nur bedingt als Masstab für die Leistungsentwicklung zu benutzen.

Die allgemeinen Anbauverhältnisse Badens sind mit folgenden Angaben charakterisiert: 8 % der im Reich vorhandenen Betriebe mit vorwiegender Eigenversorgung entfallen auf Baden; auf je 100 qkm kommen 71 Betriebe (im Reich 28) mit einer durchschnittlichen Gartenbaufläche von 22,7 Ar (im Reich 28,9), und auf je 10 000 Einwohner entfallen 44 Betriebe (im Reich 20). 76,4 % der Betriebe sind mit Landwirtschaft verbunden (im Reich 62,2), dabei werden in einem Betrieb durchschnittlich 4,78 Fruchtarten angebaut, und zwar 2,17 Gemüsearten und 2,45 Obstarten (Reichsdurchschnitt 4,73). Die Nutzfläche der Betriebe mit überwiegender Eigenversorgung beträgt rund 2 400 ha; die Nutzfläche der Betriebe, deren Produkte verkauft wurden, zählt rund 5 300 ha; Feldgemüsebetriebe, von denen nur 15 % über 0,5 ha Land besitzen, nehmen etwa die Hälfte der gesamten Nutzfläche ein. Die Erwerbsgartenbaubetriebe werden zu 33,6 % mit Landwirtschaft verbunden, die Feldgemüsebetriebe zu 75 % und die Betriebe mit Obstbau zu 73 %. Über 80 % der Betriebe haben eine Gemüsefläche von 0,5 ha, die nur einen geringen Teil, nämlich 2,2 %, an der Gemüsefläche Deutschlands einnehmen.¹⁰³

Die grosse Mannigfaltigkeit der Anbausorten ist in Baden bezeichnend. Es werden z.B. gebaut: Weisskohl (8,1 % der Gesamtgemüsefläche¹⁰⁴), Rot- (3,5 %), Wirsing- (4,6 %), Blumen- (3,0 %), Rosenkohl (5,5 %), Zwiebeln (2,8 %), Meerrettich, Spargeln (17,8 %), Gurken (6,0 %), Salat (8,3 %), Kohlrabi (2,7 %), grüne Erbsen (7,9 %), Bohnen, Möhren und Karotten (4,8 %), Tomaten (4,3 %), Spinat (6,0 %), Sellerie (2,5 %), Rhabarber.

Die gesamte Gemüsefläche (mit Erdbeeren) war im Jahre 1935 3 939 ha gross. Unterschiede der Erträge lassen sich eher nach den verschiedenen klimatischen als nach den Bodenverhältnissen der einzelnen Bezirke feststellen. So liegen z. B. grosse Kohlgemüsegebiete um Offenburg und Mannheim. Spargeln sind vor allem in der Schwetzingen Gegend zu haben; um Mosbach, Karlsruhe und Bruchsal sind viele Gurkenfelder anzutreffen; um Heidelberg sieht man Rosenkohl, Bohnen und Erdbeeren, bei Konstanz ebenfalls. Meerrettich wird in der Bühler und Offenburger Gegend gepflanzt usw.

Eine ebenso grosse Mannigfaltigkeit kennzeichnet den Obstbau, der sich für Baden, das Land der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, in besonderem Masse eignet; denn dieser Anbau ist nicht an betriebswirtschaftliche, technische oder kapitalmässige Voraussetzungen gebunden. Es kommen in Baden auf

¹⁰³ Brinkmann, C., a. a. O. S. 31 u. ff. Siehe auch Kunz, Hans, Der deutsche Gemüse- und Obstbau, bearbeitet auf der Grundlage der Gutachten von J. Reinhold u. K. Schneider, Deutsche Agrarpolitik, Teil I, S. 233 ff.

¹⁰⁴ Statistisches Jahrbuch für Baden, 1938, S. 97.

1 000 Einwohner 511 Obstbäume, auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 1 460 Obstbäume, auf 1 qkm der Gesamtfläche 818 Bäume.¹⁰⁵

Die bedeutendsten Obstbaugebiete Badens liegen in den Bezirken um Konstanz, Überlingen, Stockach, Engen, hauptsächlich mit Apfelbäumen, dann in den bekannten Gegenden Mittelbadens mit Zwetschgen-, Pflaumen- und Apfelbäumen, so in Bühl, Baden-Baden, Rastatt, Achern, Oberkirch, Offenburg und Lahr. Sehr hoch ist die Zahl der Apfel- und Birnbäume im Gebiet der Bergstrasse, wo ebenfalls Kirschbäume vorkommen, ähnlich dem Kaiserstuhl und der Südwestecke Badens bei Müllheim, Lörrach und Schopfheim. Hier werden die Kirschen zu Kirschwasser gebrannt, und der Obstbau dient nicht bloss der Selbstversorgung, sondern hauptsächlich der Marktbelieferung. Pfirsiche, Aprikosen, Mirabellen und Reineclauden gibt es auch in den grossen Steinobstgebieten und in den Bezirken mit Rebbau; Walnüsse sind hauptsächlich im Markgräflerland und im Kraichgau zu ernten.

Für den Absatz an Obst, Gemüse und Südfrüchten ist festzuhalten, dass der Versand, ausser nach Orten in Baden selbst, nach Württemberg besonders gross war; aber auch nach West- und Norddeutschland, nach Berlin, Bayern und Sachsen wurde badisches Obst verschickt. Für die Jahre 1926—1928 kommt man zu folgenden Ziffern¹⁰⁶:

Jahre	Gesamtversand	Gesamtempfang
1926	138 035 to	123 102 to
1927	115 259 to	154 666 to
1928	128 474 to	141 669 to

Vom Gesamtversand hatte der Versand nach Orten in Baden einen Anteil von 40—50 %, vom Gesamtempfang im Jahre 1927 nur den dritten Teil, in den Jahren 1926 und 1928 je rund 45 %. Im Verkehr mit dem übrigen Südwestdeutschland, Württemberg, Hessen, der Pfalz, ist die Verkehrsbilanz 1926 und 1928 etwa ausgeglichen, dagegen überwiegt 1927 sehr stark der Empfang. Aktiv ist die Verkehrsbilanz mit dem übrigen Deutschen Reich, passiv die Verkehrsbilanz mit dem Ausland.

Aus der Übersicht bei Bramstedt (a. a. O. S. 478 ff.) ist für das Jahr 1928 zu entnehmen, dass sich in Baden an Obst und Gemüse ein Mehrversand gegenüber dem Inland von 31 531 to, ein Mehrempfang gegenüber dem Ausland mit 15 879 to, d. h. insgesamt ein Ausfuhrüberschuss von 15 652 to ergab.

Für das Jahr 1935 (nach Brinkmann a. a. O. S. 46/47) gelten für den Versand zu Schiff und auf der Bahn folgende Angaben der Güterverkehrsstatistik, die allerdings den Versand auf Kraftwagen nicht erfassen kann und darum ein ungenaues Bild vermittelt:

¹⁰⁵ Brinkmann, C., a. a. O. S. 39, stellt fest, dass Baden von Württemberg an Zahl der Bäume im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche noch übertroffen wird.

In % der Gesamtzahl ergibt sich in Baden folgende Reihe: Apfel- (44,0 %), Birn- (21,0 %), Kirsch- (8,6 %), Sauerkirsch- (0,5 %), Pflaumen/Zwetschgen- (21,4 %), Mirabellen/Reineclauden- (0,1 %), Aprikosen/Pfirsichbäume (3,2 %). Stat. Jahrbuch f. Baden, 1925, S. 77; 1930 S. 84; 1938 S. 98/99.

¹⁰⁶ Samuel, Ludwig; Gemüse, Obst und Südfrüchte im Deutschen Reich. Versorgungsbilanz und Verkehrsbilanzen, Berlin 1933, S. 158.

Baden		Mannheim-Ludwigshafen		
Ausgeführt wurden an Gemüse:				
Inlandsverkehr (Bahn)	4 273 to		1 101 to	
Auslandsverkehr (Bahn)	175 to		5 to	
zu Schiff	13 to	4 461 to	1 302 to	2 408 to
Eingeführt wurden:				
Inlandsverkehr (Bahn)	16 179 to		4 932 to	
Auslandsverkehr (Bahn)	7 751 to		3 758 to	
zu Schiff	51 to	23 981 to	14 to	8 704 to

Einfuhrüberschuss	19 520 to	6 296 to
-------------------	-----------	----------

Insgesamt wurden in Baden im Jahre 1935 einschl. Mannheim-Ludwigshafen 25 816 to Gemüse eingeführt.

Baden		Mannheim-Ludwigshafen		
Ausgeführt wurden an Obst und Südfrüchten:				
Inlandsverkehr (Bahn)	57 483 to		1 186 to	
Auslandsverkehr (Bahn)	242 to		—	
zu Schiff	224 to	57 949 to	267 to	1 453 to
Eingeführt wurden:				
Inlandsverkehr (Bahn)	11 158 to		3 783 to	
Auslandsverkehr (Bahn)	10 550 to		7 747 to	
zu Schiff	1 839 to	23 547 to	4 024 to	15 554 to

Ausfuhrüberschuss	34 402 to	Einfuhrüberschuss	14 101 to
-------------------	-----------	-------------------	-----------

Der Gesamtausfuhrüberschuss Badens mit Mannheim-Ludwigshafen betrug im Jahre 1935 für Obst und Südfrüchte 20 301 to.

Der Verkehr mit Obst und Gemüse ist seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr örtlich gebunden, sondern diese Erzeugnisse sind echte Welthandelsartikel geworden. Vor allem die Grosstädte wurden Hauptabnehmer von Gemüse und Südfrüchten des Auslandes, das vor allem mit seiner ausgebildeten Produktions- und Handelstechnik die heimische Erzeugung zwang, ebenfalls die preisgünstigen Konjunkturen der Vor- und Nachsaison auszunützen und qualitativ bessere Produkte zu liefern.

Die Wege zur Hebung des Obst- und Gemüsebaus sind verschieden. Im Angelpunkt einer Neuordnung des Absatzwesens stand die Konzentration des Angebots, die im allgemeinen durch genossenschaftliche Selbsthilfe am besten den Erzeugerinteressen entsprach. Durch Fachschulen, Schädlingsbekämpfung, Saisonzölle etc. wurde ausserdem versucht, den deutschen Gemüse- und Obstbau zu fördern.¹⁰⁷

Nach 1933 hatte der Reichsnährstand die Absatzregelung in die Hand genommen, und die Betriebe der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie wurden

¹⁰⁷ Sering, Max, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a. a. H. S. 557.

in einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossen, die dann 1936 in die Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft übergang. Zur Einfuhrlenkung ist, wie für die anderen Produkte, eine Reichsstelle für Garten- und Weinbauerzeugnisse geschaffen worden.

Wie in jeder nährständischen Organisation, so war auch hier jeglicher Neuanbau und jede Erweiterung genehmigungspflichtig. Es wurden Überschussgebiete zu »geschlossenen Anbaugebieten« erklärt, in denen nur fünf Obstsorten vorhanden sein sollen, um eine Sortenbereinigung zu erreichen, so z. B. in Baden, Hessen-Nassau, Rheinland, Saarpfalz, Westfalen u. a. Innerhalb dieser Gebiete wurde die einheitliche Erfassung und Absatzgestaltung entweder Einzelhändlern oder Genossenschaften überlassen, die mit ihren Ortssammelstellen oder über Bezirksabgabestellen diejenigen Produkte auf Rechnung der Erzeuger kauften, die vom Lieferanten nicht selbst verbraucht oder nicht am Ort abgesetzt werden konnten. Eine unmittelbare Abgabe vom Erzeuger an Verbraucher (Selbstmärkten) war innerhalb der Ortsgemeinde oder auf Wochenmärkten zugelassen, wozu aber nur ein Wochenmarkt-Ausweis berechnigte. Ähnlich wie bei der Lieferung von Zuckerrüben wurden zwischen den Obst- und Gemüsebauern und den Verarbeitungsbetrieben Anbauverträge geschlossen, gemäss den Reichseinheitsverträgen der Hauptvereinigung, die in zahlreichen Anordnungen des Reichsnährstand-Verordnungsblattes aufgeführt werden. Auch hier galten je nach Güteklassen, Sorten und je nach Wirtschaftsgebiet verschiedene Vertragspreise.

Frühere Sonderbestimmungen für allgemeine Sortierungs- und Verpackungsvorschriften sind durch die Geschäftsbedingungen der Hauptvereinigung ersetzt, und damit die Standardisierung gefördert und die Grundlage für eine verhältnismässig bewegliche Preisbildung geschaffen worden. Infolge der Mannigfaltigkeit und Eigenart sind diese Produkte einer einheitlichen Preisregelung wenig zugänglich. Eine Vereinheitlichung des Angebots schien deshalb am besten geeignet, wenn auf die Gestaltung des Absatzes Einfluß gewonnen wurde. So durften unsortierte Waren nicht in den Verkehr gebracht werden, um dadurch Verluste möglichst zu vermeiden, die Handelsspannen wesentlich zu vermindern, wie auch unberechtigte Preisschwankungen gänzlich auszuschalten, die in der Regel von geringwertiger Ware herkommen.

Für die Sammlertätigkeit mussten je nach Landesrecht auch besondere polizeiliche Vorschriften beachtet werden; der Vertrieb dieser Früchte unterlag ebenfalls der Marktordnung, so dass auch hier für die verschiedenen Preisgebiete bestimmte Sammlerpreise galten.

Genehmigungspflichtig war auch jegliche Kühl- oder sonstige Einlagerung der verschiedenen Obst- und Gemüsesorten.

Verschiedene Bestimmungen regelten schliesslich den Auslandsverkehr. Der Konsument konnte in den Jahren nach 1933 nur noch Auslandsprodukte kaufen, wenn er sich bei den am Grosshandel beteiligten Verteilergruppen in eine Stammkundenliste eintrug. Dadurch sollte nach einem bestimmten Schlüssel eine gerechte Verteilung erzielt werden. Der deutsche Bedarf an Obst und Gemüse konnte, abgesehen natürlich von Südfrüchten, zum grössten Teil aus eigener Produktion gedeckt werden; der Einfuhrüberschuss bei Gemüse diente besonders zur Schliessung der »Saisonlücken« und zur Verbesserung des Er-

nährungsstandards. Ein Verzicht auf Importe wurde eher möglich, da Bestrebungen zur Vorratshaltung für den Ausgleich schlechter Erntejahre und eine gewerbliche Obst- und Gemüseverarbeitung bestanden. So war eine Verbrauchssteigerung an Gemüsekonserven in den Jahren 1933 bis 1938 um 50 % und an Obstkonserven etwa um 45 % festzustellen.¹⁰⁸

B. Handelsgewächse

Im Anschluss an die Schilderung der Anbau- und Absatzbedingungen der pflanzlichen Nahrungsmittel seien auch noch die bedeutendsten drei Handelsgewächse erwähnt, die für Baden — neben dem hier nicht behandelten Weinbau — ausserordentlich charakteristisch sind. Diese Produkte stellen den Grundstoff dar für *Tabak*, das meist konsumierte Genussmittel, für *Hopfen* zur Herstellung von Bier, des in Deutschland begehrtesten alkoholischen Getränks, und für *Zichorie*, die man als Nahrungs- und Futtermittel oder nach Verarbeitung als *Kaffeearoma* verwendet.

Wichtig ist die Tatsache, dass der Anbau und die Pflege des *Tabaks* in eine Zeit fällt, wo für andere Gewächse weniger Arbeit zu verrichten ist. Ältere Leute, Frauen und Kinder der Landwirte finden hier eine nutzbringende Betätigung, denn der Tabakbau wird gewöhnlich ohne fremde Hilfe betrieben; deshalb ist dieser Betriebszweig auch in den dichtest besiedelten und stark parzellierten Gebieten Deutschlands zu finden, so in Baden, Bayern, Hessen, Württemberg, in einigen rheinischen Gebieten oder auch in der Tilsiter Gegend usw. Den oft übevölkerten Gebieten wäre ohne Einnahmen aus dem Tabakbau die Aufbringung von Steuern und anderen Ausgaben oft unmöglich gewesen.

Der in Deutschland gebaute Tabak deckte nahezu ein Fünftel des deutschen Bedarfs, der zum grössten Teil als Rauchtobak und zur Zigarrenherstellung Verwendung fand. Da für die Zigarettenfabrikation hauptsächlich ausländische Sorten in Frage kamen, wurde zum Schutz der Inlandstabake eine Steuerbegünstigung gewährt, wenn bei der Verarbeitung mindestens 50 % aus deutscher Ware bestanden. Ein weiterer Schutz war die Zollerhebung und gleichzeitige Kontingentierung der Anbaufläche¹⁰⁹, und zwar so, dass nur in denjenigen Gemeinden der gewerbliche Tabakbau zulässig war, in denen in den Erntejahren 1927/29 Tabak gewerbsmässig angebaut worden ist. Die Tabakbauer hatten sich schon vor 1933 zu Verbänden zusammengeschlossen, die vom Reichsnährstand dann in die allgemeine Marktorganisation übernommen wurden bei einer genauen Kontrolle der Anbauflächen, der Festlegung von Grundpreisen, evtl. mit Qualitätszuschlägen, und der Lieferungs- und Verarbeitungsbedingungen.

In Baden wurde über die Hälfte der deutschen Tabakernte eingebracht auf einer Fläche, die nicht ganz die Hälfte der gesamten Tabakanbaufläche Deutschlands ausmachte. Das Tabakinstitut in Forchheim bei Karlsruhe, vom Reichs-

¹⁰⁸ Meyer, K., a. a. O. S. 507. Vergl. auch Merkel, H., S. 103.

¹⁰⁹ VO. des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen, II. Teil, Kap. III, Tabaksteuer. 1. Dez. 1930. Vergl. Sering, Max, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- u. weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a. a. O. S. 590/91. Siehe auch: Waffenschmidt-Holtzmann, Die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden, Karlsruhe 1925.

ministerium in Verbindung mit der badischen Landwirtschaftskammer zur Förderung der Tabakkultur gegründet, hat zur Verbesserung der Qualitäten und der Sortierung des deutschen Produktes wesentlich beigetragen. Während nach dem Weltkrieg nur noch wenig Tabak angebaut wurde, änderten sich die Verhältnisse mit der Tabakmarktordnung.

Brinkmanns Tabelle auf Grund der Reichsfinanzstatistik der Tabakbesteuerung zusammengestellt, ergibt folgende Zahlen, wobei für 1927/29 Serings Angaben für den Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe eingereiht sind:

Jahre	Pflanzer	Anbaufläche (ha)	Ernte (dz)
1913	—	7 378	132 218
1927	—	4 630	108 280
1928	—	5 071	127 458
1929	—	4 962	126 542
1930	25 522	4 720	110 119
1931	29 303	5 200	117 935
1932	31 261	5 319	142 402
1933	36 124	5 787	146 057
1934	36 607	5 905	183 628
1935	38 348	6 062	—

Eine weitere Zersplitterung des Anbaus dürfte sich in den Kriegs- und Nachkriegszeiten des zweiten Weltkriegs fortgesetzt und nicht nur auf die badische Landbevölkerung beschränkt haben. (Nicht umsonst spricht der Volksmund von der Marke »Siedlerstolz«.)

Nach der Verkehrsstatistik lässt sich ein Versand für Rohtabak von 11 475 to (darunter 63 to ins Ausland) feststellen und ein Empfang von 17 486 to. (Aus dem Ausland kamen direkt 145 to.) Der grösste Teil, etwa die Hälfte der badischen Tabakernte, ging an ausserbadische Fabriken, und nach badischen Betrieben kamen ungefähr ebensoviel ausländische Tabake herein. Eine grosse Zahl kleinerer und grösserer Fabriken ist an der Erhaltung und Förderung des Tabakbaus interessiert, da sie zum grössten Teil deutschen Tabak verarbeiten, der oft noch fermentiert und sortiert werden muss.

In der sogenannten Einschreibungsstatistik ist für das Jahr 1932 angegeben, dass 41 498 Zentner an ausserbadische, nur 19 986 Zentner an badische Betriebe (164 Zentner an die pfälzische Industrie) abgesetzt wurden; der pfälzische und badische Grosshandel nahmen 25 259 Zentner ab, was einen Gesamtverkauf von 86 907 Zentner ergab.

Bis für den Hopfenmarkt, den Hilfsmarkt der Brauwirtschaft, vom Reichsnährstand Anbaubetriebe, Verkaufskontingente, Rahmenpreise, Ausfuhr- und Verarbeitungsbestimmungen erlassen wurden, war der Hopfenmarkt bereits durch öffentliche Massnahmen beeinflusst worden. Mit Hilfe des Qualitätsschutzes (Siegelung) suchte man die Erzeugung zu fördern. Im Jahre 1930 wurde eine Hopfen-Verkehrsgesellschaft in Nürnberg gegründet und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, die deutschen Brauereien zur Verwendung inländischen Hopfens zu verpflichten (1. Dezember 1930). Diese Anordnung ist im Jahre 1939 verschärft und nur Auslandshopfen zur

Verarbeitung zugelassen worden, wenn es sich um sogenanntes Exportbier handelte.

Für den badischen Hopfenbau sind folgende Angaben Brinkmanns (S. 49) festzuhalten:

Jahre	Hektarfläche	Ertrag (dz)	Ertrag (je ha)
1914	1 043	14 470	13,9
1919	197	2 231	11,3
1922	267	1 657	6,2
1929	550	6 400	11,6
1932	252	1 492	5,9
1935	345	3 479	10,1

Ausserwirtschaftliche Einflüsse, wie Krieg und Krankheit der Pflanzen, verursachten einen Rückgang der Anbaufläche bis zum Jahre 1929; durch die Krisenjahre (Biersteuererhöhung und ausländische Konkurrenz) wurden die Ernteflächen und Erträge weiterhin zum Sinken gebracht, bis nach 1933 ein leichter Anstieg bei der Förderung der Inlandsproduktion wieder zu verzeichnen war.

Obwohl der badische Hopfen sich mit dem bayrischen Hopfen an Güte und Stärke nicht messen kann, ist in der Gegend von Bruchsal, Heidelberg, Mannheim und Überlingen in kleinen Bauernbetrieben dieser Anbau gepflegt und besonders auf eine Verbesserung der Qualität hingearbeitet worden.

Es wurden in den 50 grössten Brauereien Deutschlands im Jahre 1932/33 an badischem Hopfen etwa 10 % bezogen (315 Ztr.), während aus Bayern über 70 %, aus Württemberg ungefähr ebensoviel wie aus Baden kamen.

Der Anbau von Zichorie gründet sich auf eine alte, längst eingegangene Schnupftabak- und Zichoriefabrikation, die einst von Holland her im 18. Jahrhundert nach Lahr kam. Die Fläche dieser Kultur erreichte in den letzten Jahrzehnten nicht mehr die Grösse der Anbauflächen des Jahres 1926 mit 1 043 ha. Nur 595 ha waren im Jahre 1929 bebaut und 1932 wieder 634 ha, die hauptsächlich im nördlichen Hügelland bei Sinsheim und Bretten und in der Rheinebene vorzufinden sind.

Entweder zu Salat, Gemüse oder zu Futterzwecken wird Zichorie verwendet, wenn die Ernte nicht zum grössten Teil in die Franck'sche Zichorienfabrik nach Ludwigsburg geht, die sich mit Hilfe von Anbauverträgen (ähnlich wie bei Tabak, Hopfen oder Zucker) den Hauptertrag sicherte (im Jahre 1929 = 91 400 dz und 1932 = 116 950 dz).

II. KAPITEL

Erzeugung und Verbrauch tierischer Produkte

I. Tierhaltung zur Fleisch- und Fettproduktion

A. Fleisch

Die deutsche Viehwirtschaft kann hinsichtlich der Fleischversorgung »sowohl in ernährungspolitischer und landwirtschaftlich-technischer als auch in agrarpolitischer Hinsicht erhebliches Interesse beanspruchen. Im Rentabilitätsproblem nimmt die Fleischerzeugung eine besondere Stellung ein, weil mit verschiedenen Ausnahmen in jedem landwirtschaftlichen Betrieb Vieh gehalten wird, das in dieser oder jener Form einmal als Fleisch verwertet wird.«¹¹⁰

Der Fleischbedarf wurde in Deutschland zu 63—65 % aus der Schweinehaltung, zu rund 30 % aus Schlachtungen von Rindvieh, zu 4—5 % von Kälbern und zu rund 1—2 % von Schafen aufgebracht.¹¹¹

Von der Decken (Seite 46) nimmt für den Gesamtverbrauch an Fleisch für das Jahr 1935 eine ähnliche Verteilung an: mehr als $\frac{9}{10}$ entfallen auf Rind- und Schweinefleisch, reichlich $\frac{6}{10}$ davon auf Schweinefleisch, knapp $\frac{3}{10}$ auf Rindfleisch. Der Schaf-, Ziegen- und Pferdefleischverzehr ist dagegen minimal. Berücksichtigt man aber noch den Verbrauch an geniessbaren Eingeweiden, wie Leber, Herz, Lunge, den Fleischanfall zahmer Kaninchen, Geflügel und Wild, so ist noch ein Konsum zu konstatieren, der mengenmässig die Hälfte des in den amtlichen Verbrauchsangaben enthaltenen Fleisches einnimmt.

Bei der Fleischversorgung des Landes Baden werden hier nur diejenigen Sorten erwähnt, die von der amtlichen Statistik erfasst und für den regelmässigen Massenverbrauch wesentlich sind.¹¹²

In den Jahren zwischen den Kriegen hat die Tierhaltung in Baden eine erhebliche Ausdehnung erfahren.

Die badischen Bauern halten besonders Rindvieh und Schweine, nur in den grossbäuerlichen Betrieben auch Pferde als Arbeitstiere. In den kleinsten Betrieben ist die Ziege das hauptsächliche Milchtier; Federvieh wird dagegen in allen Betriebsgrössenklassen gehalten.

Das Schwein steht bei der Erzeugung von Schlachtvieh an erster Stelle. Grundlage der Schweinehaltung ist der Hackfruchtbau, in den Klein- und Kleinstbetrieben aber zum grössten Teil das Abfallfutter.

¹¹⁰ Kunz, Hans, Viehwirtschaft und Fleischerzeugung. Bearbeitet auf Grund der Gutachten von J. Schmidt, H. Burckhardt, F. Schlote, Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Seite 249.

¹¹¹ Nach Kunz, a. a. O. S. 252, für das Jahr 1930.

¹¹² Der noch ausdehnungsfähige Verzehr an Fischen wird an dieser Stelle auch nicht weiter untersucht. 1924—1934 war der Verbrauch an Seefischen sehr konstant. Die Selbstversorgung Deutschlands konnte hier von 20 % in der Vorkriegszeit auf 50 % nach 1923 gesteigert werden. Für die deutsche Erzeugung an Süsswasserfischen liegen nur Schätzungen vor (80 000 to im Jahre 1935, Von der Decken, S. 50). — Die Fischerei im Bodensee, in der Donau, im Rhein und seinen Nebenflüssen ist in Baden ein Nebengewerbe, sogar teilweise ein selbständiger Berufszweig und hat ihre Bedeutung als wichtige Einkommensquelle.

In Baden kamen nur 68 Tiere im Jahre 1934 auf je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (Reichsdurchschnitt 82,6, Württemberg 52,9, angegeben bei Brinkmann, S. 69). Nach dem ersten Weltkrieg ist der Bestand ¹¹³ aus den bereits angegebenen Gründen unter den Vorkriegsstand gesunken. Es machte sich in den folgenden Jahren die Wirkung des Schweinezyklus verhältnismässig wenig bemerkbar, da die Fütterung eben nicht vollständig von der Ernte der Futtermittel abhängig war, sondern in der Hauptsache, oder mindestens in Ergänzung, Abfälle dazu verwendet werden konnten. Es wirkten sich infolgedessen in Baden meist nur die Saisonschwankungen stärker aus. Nach 1933 hat aber der Preis als Ursache der Bestandsschwankungen an Bedeutung verloren, weil der Erzeuger mit bekannten Festpreisen sowohl für den Kauf von Futter wie für den Verkauf von Schweinen rechnen konnte. Um die Schweinefleischversorgung während des ganzen Jahres sicherzustellen, wurden besonders in den ausgesprochenen Schweinemastgebieten Mastverträge abgeschlossen, in denen sich der Mäster verpflichtete, etwa gegen eine Vergütung in Form von Futtermitteln, zur sommerlichen Depressionszeit Tiere an den Markt zu liefern. Das Leistungsprüfungswesen, das schon in den Zwanzigerjahren von privater und staatlicher Seite Unterstützung fand, wurde weiterhin stark ausgebaut und von fast jeder Landesbauernschaft eine Mastprüfungsanstalt geführt mit dem »Herdbuch« der zur Zucht zugelassenen Tierarten.

Eine verhältnismässig grosse Abhängigkeit der Zucht und der Ergänzung im Schlachtvorrat Badens kommt bei den Einfuhrziffern zum Ausdruck. Für das Jahr 1928 gibt Bramstedt einen Mehrempfang von insgesamt 129 974 Stück an, davon betrug der Einfuhrüberschuss gegenüber dem Inland 130 116 Stück; gegenüber dem Ausland bestand ein Ausfuhrüberschuss von 142 Stück.

Für das Jahr 1935 war nach Brinkmann der Einfuhrüberschuss 50 000 Stück Schweine und 142 000 Ferkel, die besonders aus Württemberg, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover und Westfalen hereinkamen.

Mannheim-Ludwigshafen hatte einen Einfuhrüberschuss von 110 000 Stück Schweinen und 11 000—12 000 Ferkeln.

Aus der Übersicht der Schlachtungen geht hervor, dass im Jahre 1936 die Zahl der Schweineschlachtungen im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr stark gesunken ist.¹¹⁴

Grundlage der Rindviehhaltung, die Baden zur Milcherzeugung wie zur Zucht und Mast in weitestem Ausmass verwendet, sind die Wiesen und Weiden. (Vergl. weitere Angaben Abschnitt II.) Hier sind im allgemeinen die Schlachtungen an Ochsen, Bullen, Kühen, Jungrindern und Kälbern in der Krisenzeit Anfang der Dreissigerjahre im Verhältnis zu 1914 gestiegen, was einen Rückgriff auf billigere Sorten vermuten lässt. Im allgemeinen zeigt das inländische Angebot eine verhältnismässige Konstanz, denn die Viehhaltung ist abhängig von verschiedenen Faktoren, wie der Betriebsgestaltung, der Futterlage, vom Düngerbedarf, von der Verwendung als Arbeitstier. Es dient zur Milchviehhaltung und als Schlachtvieh, das, sobald es schlachtreif geworden ist, auf den Markt gebracht werden muss, wenn auch zu nachgebenden Preisen.

¹¹³ Siehe Stat. Jahrb. f. Baden, 1938, S. 102/105.

¹¹⁴ Siehe Stat. Jahrb. f. Baden, 1925, S. 84, 1930, S. 100 und 1938 S. 116.

Auffallend stark zurückgegangen ist die Schafhaltung als Folge des rückgängigen Konsums an Schaffleisch und der Konkurrenz ausländischer Wolle. Im Jahre 1932 kamen z. B. nur 5,1 Tiere auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.¹¹⁵ Der bis 1933 reduzierte Bestand wurde unter dem Antrieb der Erzeugungsschlacht wieder aufgeholt, und die Bezirke Mannheim, Karlsruhe, Ettlingen, Sinzheim, Stockach, Lahr, Überlingen u. a. führten 1935 nach der Verkehrsstatistik, welche Schafe und Ziegen zusammen ausweist, 40 000 Tiere ein.¹¹⁶

Bei dem sehr unterschiedlichen Bestand an Ziegen fiel der Zuwachs grösstenteils in die Industriebezirke, wo dieses Tier zur billigen Milchgewinnung und zur Fleischversorgung dient.

Da bei den Zahlen der Veterinärstatistik über den Verbrauch an Fleisch auch Pferdefleisch angeführt wird, sollen die Bedingungen der Pferdehaltung in Baden auch berücksichtigt werden, deren Sinn und Zweck in der Landwirtschaft in erster Linie die Arbeitsleistung dieses Tieres ist.

In Süddeutschland ist die Pferdehaltung bekanntlich wenig umfangreich. Den relativ geringsten Stand hat gerade Baden im Gegensatz etwa zu Ost- und Nordwestdeutschland.¹¹⁷

Der Rückgang des badischen Pferdebestandes nach der Inflation kann nicht etwa durch eine stärkere Motorisierung in der Landwirtschaft hervorgerufen sein, die doch nur in Grossbetrieben in Frage kommt. Die Folge der Abnahme ist eher auf eine beschränkte Futtergrundlage und eine veränderte Betriebsgestaltung zurückzuführen. Die Bodenzersplitterung ist besonders für das Verschwinden der vielen »Einpferdbauern« verantwortlich, die in den Klein- und Kleinstbetrieben der mittleren und unteren Rheinebene lange Zeit eine typische Erscheinung gewesen sind. Während nun in diesen Betrieben eher eine oder mehrere Kühe gehalten werden, die einen vielseitigeren Dienst erweisen, verschob sich die Pferdehaltung zugunsten der oberen Grössenklassen.

Es ergibt sich nach der Verkehrsstatistik 1935 bei minimalen Ausführüberschüssen aus Mannheim-Ludwigshafen ein Einfuhrüberschuss von rund 1 200 Pferden, d. s. 2 % des badischen Bestandes, wobei allerdings die auf der Strasse über die Landesgrenzen eingeführten Pferde nicht erfasst sind.

Die Zahlen des Fleischverbrauchs¹¹⁸ geben nicht etwa die Entwicklung des Konsums an, wie er sich nach den bekannten Symptomen der veränderten Ernährungssitten erwarten liess. Die Wirkungen der Einkommens-

¹¹⁵ Vergl.: Die badische Landwirtschaft a. a. O. III. Abschn.

¹¹⁶ Die Angaben bei Brinkmann (Seite 71) sind recht unklar, was die Einfuhrziffer betrifft. Ausgeführt wurden aus Baden keine Schafe.

¹¹⁷ Meyer, K., a. a. O. S. 452.

¹¹⁸ Der Fleischanfall je Kopf der Bevölkerung betrug in den Jahren

1932	insgesamt	48,87 kg
1933	»	44,08 kg
1934	»	53,19 kg
1935	»	54,48 kg
1936	»	53,54 kg
1937	»	55,90 kg
1938	»	57,72 kg

Zimmermann, Werner, Die Nahrungsquellen der Welt, Berlin 1941, Teil III, S. 600.

änderungen und die wirtschaftspolitischen Grundsätze mit dem Ziel der Selbstversorgung bei entsprechender Verbrauchslenkung scheinen von grösserem Einfluss auf diese sehr elastische Nachfrage. Vor allem von den Einkommensschwankungen her sind die Ausgaben für den Fleischverbrauch stark abhängig. Es wird aber bei Von der Decken (Seite 44) z. B. angegeben, dass in den Krisenjahren der Verzehr nur um 4 % abnahm, wobei das inländische schlachtreif gewordene Angebot eben zu niedrigeren Preisen abgesetzt werden musste; in der gleichen Zeit (1929/30) sank das Einkommen der Verbraucher um 42 %. Infolge der kaufkräftigen Nachfrage hat in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg die Erzeugung an Fleisch, besonders an Schweinefleisch, sehr stark zugenommen. Die heimische Produktion, die z. B. im Jahre 1932 in diesem Umfang überhaupt nicht absetzbar gewesen wäre, reichte nun kaum zur Deckung des deutschen Gesamtbedarfs aus.¹¹⁹

Die amtlichen Angaben des »Netto«-Fleischverzehr (ohne Fett) weisen im Reichsgebiet im Jahre 1935 im Vergleich zu 1913 folgende Entwicklung des Fleischverbrauchs auf:

Es werden konsumiert an Schweine-, Rind-, Kalb-, Hammel-, Ziegen- und Pferdefleisch:

1913	3,004 Mill. to;	1913 = 100
1935	3,449 Mill. to;	1935 = 115
1913	50,35 kg je Kopf;	1913 = 100
1935	51,58 kg je Kopf;	1935 = 102
1913	74,45 kg je Vollperson;	1913 = 100
1935	70,86 kg je Vollperson;	1935 = 95

(Aus Von der Decken, a. a. O., S. 85)

Es zeigt sich folgendes: Im Jahre 1935 wurde anscheinend, d. h. je Kopf der Bevölkerung etwa 2 % mehr Fleisch als in der Vorkriegszeit gegessen, doch entfielen auf die wirklich fleischverzehrenden Schichten der Bevölkerung, d. h. je Vollperson gerechnet, rund 5 % weniger Fleisch als in der Vorkriegszeit. Der Vorkriegsstand 1913 ist also nicht erreicht worden. Vom sogenannten physiologischen Sollbedarf aus betrachtet, schien bei einigen Bevölkerungsschichten das Optimum erreicht, aber nicht bei den weniger verdienenden Bevölkerungsteilen. Dass eine allgemeine Herabsetzung des Fleischkonsums zu gesundheitlichen Schäden führen kann, ist in den Kriegs- und Nachkriegszeiten, besonders 1945/47, evident geworden, da anstelle von Fleischiweiss kein anderes Eiweiss, etwa in Form von Fischen, Käse, Milch oder evtl. pflanzliches Eiweiss, in Form von Hülsenfrüchten, in ausreichenden Mengen angeboten werden konnte.

Die Einfuhr aus dem Ausland ist für Baden von 1930/36 stark zurückgegangen.¹²⁰

Brinkmann (Seite 75) gibt für das Jahr 1935 einen Einfuhrüberschuss im Verkehr mit ausserbadischen Ländern mit 3 071 to Fleisch an, der zur Hälfte für Baden und zur anderen Hälfte für Mannheim-Ludwigshafen bestimmt war.

¹¹⁹ Meyer, K., a. a. O. S. 455.

¹²⁰ Siehe Stat. Jahrb. f. Baden, 1938, S. 116.

B. Fett

Um die Fettversorgung des Landes zu gewährleisten, mussten trotz der Anstrengungen zur Schliessung der Fettlücke Einfuhren aus dem In- und Ausland beitragen.

Es ist sehr schwierig, eine spezifizierte Aufstellung an tierischen Fetten zu bringen. Soll z. B. Speck mitgezählt werden? Wie kann die bei Hausschlachtungen anfallende Fettmenge geschätzt werden? Aus einer Methode zur Berechnung der Verbrauchsmenge für reines Fleisch und tierisches Fett (Speck, Schmalz und Talg), wie sie Von der Decken (Seite 44) vorschlägt und wie sie auch nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung und des Statistischen Reichsamts aufgestellt wird, sind die tatsächlichen Verbrauchsmengen an reinem Fleisch und tierischem Fett für das ganze deutsche Reich ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung des in den verschiedenen Lebensmitteln noch enthaltenen Fettgehalts, z. B. in den Molkereiprodukten, den Hülsenfrüchten und dem Fleisch etc., berechnet Von der Decken (Seite 62/63) in der gesamten Nahrung im Mittel 1934/36 eine Fettmenge von etwa 2,36 Mill. to; d. s. pro Kopf und Tag etwa 97 Gramm, wovon 18 Gramm oder 19 % zu den pflanzlichen und 79 Gramm oder 81 % zu den tierischen Fetten zählen. Der tatsächliche Verzehr übertrifft somit den physiologischen Sollbedarf, dem 50—70 Gramm täglich je Person (bei einem Körpergewicht von 70 kg) entsprechen.

Beim Fettverbrauch ergibt sich — auch nach Umrechnung auf den Konsum je Vollperson — eine Steigerung des Verbrauchs im Vergleich zur Vorkriegszeit, wobei nachdrücklich auf die Unsicherheit der Verbrauchsschätzung von 1909/13 hingewiesen werden muss:

Insgesamt wurden an Reinfett (Butter, Speck und Schmalz, Speisetalg, Margarine, pflanzliche Speiseöle, unvermischte pflanzliche Speisefette) im jeweiligen Reichsgebiet verbraucht:

1909/13	1,104 Mill. to insgesamt;	1909/13 = 100
1935/36	1,466 Mill. to insgesamt;	1935/36 = 133
1909/13	16,9 kg je Kopf;	1909/13 = 100
1935/36	21,9 kg je Kopf;	1935/36 = 130
1909/13	20,3 kg je Vollperson;	1909/13 = 100
1935/36	25,2 kg je Vollperson;	1935/36 = 124

(Aus Von der Decken, a. a. O., S. 86)

Zahlreiche Veränderungen der äusseren Lebensweise (vergl. 1. Teil, 4. Kap., III. Abschn.) verursachten den höheren Fettverbrauch. Ein Vergleich mit andern Ländern, z. B. USA. und England zeigt, dass der Anteil des Fettgehalts am Gesamtnahrungsverbrauch in Deutschland noch nicht übermässig gross war, nämlich 28 % am gesamten Kalorienverbrauch, gegenüber den USA. mit 37 % und England mit 32 %. Aus einer Gegenüberstellung der absoluten Mengen geht hervor, wie wenig abhängig der Fettverbrauch von der Einkommenshöhe war. Die Steigerung von der niedrigsten bis zur höchsten Einkommensstufe betrug bei Fett nur 16 %. Dagegen ist der Butterkonsum sehr stark durch die Einkommensverhältnisse bedingt. Aus Haushaltsrechnungen ergab sich, dass

in Arbeiterhaushaltungen bei steigender Kinderzahl, bzw. bei geringerem Einkommen je Vollperson, nur etwa ein Viertel soviel Butter verbraucht wurde wie in kinderlosen Haushaltungen, bzw. bei höherem Einkommen. Ähnlich ist es auch beim Fleisch.¹²¹ Fett gehört folglich zu den starren Bedarfsgütern und bildet im Haushalt der minderbemittelten Bevölkerungsklassen neben Brot und Kartoffeln eines der Hauptnahrungsmittel. Es bleibt noch zu bemerken, dass der Fettverbrauch im Verhältnis zur Vorkriegszeit insofern begünstigt war, als Margarine unter den Vorkriegspreisen, die andern Nahrungsmittel aber darüber lagen.

Es lässt sich für Baden auch die Einfuhr an tierischen Fetten aus dem Ausland nachweisen.¹²²

Die rückläufigen Einfuhrziffern erklären sich aus den Autarkiebestrebungen, die mit den Krisenjahren einsetzten und nach 1933 um so nachhaltiger gefördert wurden. In den folgenden Jahren fand aber wieder ein gesteigerter Import statt, wofür keine Angaben für Baden aufzubringen waren.

Zur Frage der Marktgestaltung für Vieh und Vieherzeugnisse ist noch zu sagen:

Schon vor der Jahrhundertwende wurden öffentliche Schlachthäuser errichtet, und in diesem Zusammenhang ist um 1900 auch die Fleischschau nach einheitlichen Vorschriften für das Deutsche Reich geregelt worden. Eine Rückwirkung war von da aus für die Organisation des Absatzmarktes zu beobachten, insofern sich die Fleischverkaufsstellen vor allem in den Grosstädten jetzt um die Schlachthöfe zentralisierten, während vorher der Metzger das Vieh meist vom Landwirt direkt gekauft hatte. Von dieser Zeit an weitete sich die Handelskette stark aus.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg haben die einzelnen Landesbehörden schon die Abhaltung von Schlachtviehmärkten genehmigungspflichtig gemacht und besondere Bestimmungen über Gewicht und Preis der Tiere erlassen. Der übliche Handel nach Lebendgewicht und die Schlusscheinpflicht wurden selbstverständlich in der Kriegszwangswirtschaft beibehalten, und bis zum Jahre 1925 war der Vieheinkauf der Erlaubnispflicht unterworfen, bis auch diese Einschränkungen wieder fielen.

In Baden dienten in denjenigen Landesteilen, wo Erzeugung und Absatz nahe beieinanderliegen oder sich gar nicht trennen lassen, die örtlichen Viehmärkte zur Versorgung mit Schlacht- und z. T. auch mit Nutz- und Zuchtvieh, das die Bauern selbst zum Markt brachten. Der Viehhandel mit Schlachttieren, und noch weniger der Fleischhandel, spielte hier im allgemeinen eine geringere Rolle als etwa in reinen Industriebezirken und in Grosstädten. In Gebieten mit Kleinbetrieben entstanden für die Händler grosse Unkosten z. B. infolge der Reisespesen, die sich durch das Aufsuchen des Viehs ergaben, oder etwa

121 Bei Obst und Gemüse betrug die Steigerung 227 %, bei Eiern 191 %, bei Fleisch 82 %. Vergl. Von der Decken, S. 89. Angegeben auf Grund der Wirtschaftsrechnungen von 350 Arbeiterhaushaltungen des Jahres 1927/28.

122 Siehe Stat. Jahrb., 1938, S. 116.

infolge der Kosten, die aus nicht voll ausgenutzten Waggonladungen herkamen und damit den Preis, den der Händler dem Landwirt zahlen konnte, herabdrückten. Um die Handelsspanne zu verringern und den Viehabsatz zu beeinflussen, sind in Baden wie auch in andern Ländern Deutschlands zahlreiche Viehverwertungsgenossenschaften gegründet worden.¹²³

Mit der nationalsozialistischen Nährstandsordnung war das Reich mit der betreffenden Reichsstelle für die Einfuhr zuständig, ebenso für sämtliche Marktregelungen im Verkehr mit Tieren und tierischen Erzeugnissen.

Gemäss dem vertikalen Aufbau des Reichsnährstandes gingen die Bedarfsmeldungen der einzelnen Verarbeitungsbetriebe an die Zuteilungsstellen, die den Viehverkäufer bestimmten, evtl. auch die Stückzahl und die Schlachtwertklasse vorschrieben und den Grundpreis je nach Wirtschaftsgebiet angaben (für 50 kg Lebendgewicht), der bei Rindern und Schweinen je nach der Jahreszeit Zu- und Abschläge erlaubte. Ebenso wurde angeordnet, dass nur über vorgeschriebene Verteilungsstellen oder Schlachtviehmärkte Vieh und Vieherzeugnisse zu beziehen waren. Bei einem Versand über die Kreisbauernschaft hinaus wurde eine Voranmeldung erforderlich, die den Namen des Versenders, Zahl und Art der Tiere, Zeitpunkt des Versands, Herkunft, Verlade- und Bestimmungsort, Empfänger und Beförderungsart enthalten musste. Der Kauf ist schlusscheinpflichtig und nur im Wege des Festverkaufs oder der Verkaufsvermittlung zulässig gewesen, wobei der Provisionssatz der Händler, durch den die gesamte Vermittlungstätigkeit abgegolten war, festgelegt wurde. Die Viehhändler bedurften im übrigen auf den Viehgrossmärkten einer besonderen Zulassungsbewilligung. Dabei sind die Bewerber vom »Marktbeauftragten« nicht allein nach sachlicher Eignung ausgewählt worden, und so durften z. B. auch erfahrene jüdische Händler ihre langjährige Tätigkeit nicht mehr ausüben.

Ähnliche Bestimmungen galten für Mittelmärkte und Agenturen. Die Einengung der Handelskette bezweckte die Verkürzung der Handelsspannen, wobei der verminderte Stückgewinn durch gesteigerten Umsatz kompensiert werden sollte.

Besondere Verordnungen betrafen den Auftrieb von Schlachtvieh nach einer Auftriebsgrundzahl und die Hausschlachtungen, für die ein sogenannter Schlachtschein erforderlich war.

Für den Grosshandel und die sonstigen Verteilungsstellen sind für die wichtigsten vorgeschriebenen Fleischwaren Höchstpreise festgesetzt worden.

Zur Klarstellung und zum Schutz der Konsumenten dienten die ausgehängten Preisverzeichnisse.

Ausserdem war der Verkehr mit Därmen, Wild u. a. in besonderen Regelungen der Marktordnung erfasst.¹²⁴

¹²³ Einzeluntersuchungen über die Bedeutung des Viehhandels, auch mit Zucht- und Nutztvieh könnten erst über die recht unterschiedlichen Verhältnisse der einzelnen Landesteile Badens befriedigend Aufschluss geben.

¹²⁴ Vergl. dazu Merkel, a. a. O. S. 89.

II. Molkereiprodukte

Die Milch und ihre Erzeugnisse gehören zu den Nahrungsmitteln, die ihres hohen Nährwertes wegen nicht mehr aus der menschlichen Ernährung wegzudenken sind: Eiweiss, Kohlehydrate, Nährsalze und Vitamine sind ihre Bestandteile.

In der Milchwirtschaft nimmt die Rindviehhaltung, neben anderen Zweigen der Viehwirtschaft, eine zentrale Stellung ein. Klimatische und natürliche Verhältnisse, welche die Voraussetzung für die Futtergewinnung geben, bestimmen die Entwicklung und die Ausdehnung der Milchviehhaltung. Ebenso entscheidend sind aber die Preise und Preisverhältnisse für Milch, Molkereiprodukte und die Futtermittel. Mit der Viehhaltung, ausschliesslich zur Milchgewinnung, ist ein grosser Arbeitsaufwand verbunden. Der bäuerliche Betrieb sieht aber gerade in der Milchwirtschaft denjenigen Betriebszweig, der das ganze Jahr hindurch fortlaufend Einnahmen zu bringen vermag und der zur Deckung des täglichen Geldbedarfs bestimmt ist.

Baden gehört zu den Ländern mit den dichtesten Rindviehbeständen. Auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche kamen im Jahre 1927 81,3 Tiere, im Reichsdurchschnitt 66,3 Tiere, in Bayern sogar 88,8 und in Württemberg 93,3 Tiere.¹²⁵ Die zahlenmässige Aufwärtsentwicklung wurde 1934/35 unterbrochen, da wegen der ausserordentlichen Dürre zahlreiche Abschachtungen notwendig wurden. In bäuerlichen Betrieben mit kleinem Milchviehbestand werden die Tiere meist zur Milch- und Arbeitsleistung, daneben zur Düngererzeugung verwendet und nicht nur zur Zucht und Mast grossgezogen. Die Arbeitsverwendung des Rindviehs im badischen Landesdurchschnitt betrug 40 %, bei den Milchkühen wurden sogar zwei Drittel zur Arbeit herangezogen (im Reichsdurchschnitt ein Viertel; Brinkmann Seite 66).

In Baden liegen die Viehzuchtgebiete im Schwarzwald; um Heidelberg und Rastatt ist der Bestand an Rindvieh mit der Industrialisierung zurückgegangen, dagegen wurde im Kraichgau die Milchwirtschaft gesteigert.

Im Jahre 1928 wurden für 7 437 000 RM aus dem Inland mehr ein- als ausgeführt, aus dem Ausland für 12 000 RM; insgesamt bestand also ein Mehrerpfang an Rindvieh für 7 449 000 RM (Bramstedt, S. 478). Im Jahre 1935 wurden 26 000 Rinder und 16 600 Kälber aus dem gesamten Baden ausgeführt, jedoch lautete der Einfuhrüberschuss auf 17 000 Rinder und 46 000 Kälber, die aus Württemberg und Bayern, Hannover und Oldenburg kamen. (Brinkmann, Seite 81.)

Wie sieht demnach die Leistungsfähigkeit der badischen Milchwirtschaft aus?

Je nach den Anforderungen, die an die Tiere gestellt wurden und je nach der Futterlage, wiesen die Milcherträge jährliche Schwankungen auf. Zunächst ist festzuhalten, dass bei dem Rückgang des Bestandes nach dem ersten Weltkrieg der Anteil der Milchkühe zugenommen hat, und zwar gleichzeitig mit der Steigerung der Milcherzeugung pro Tier. Zurückgehende Arbeitsverwendung, Leistungskontrolle, wie sie in allen Zweigen der Viehhaltung durchgeführt wurde, das Milchgesetz von 1930 und schliesslich die Marktordnung innerhalb des Reichsnährstandes bewirkten diese Entwicklungsrichtung.

¹²⁵ Die badische Landwirtschaft, a. a. O. Abschn. III.

Für das Jahr 1934/35 wurde die Kuhmilch folgendermaßen verwertet: Zur Verfütterung an Kälber gelangten 15,9 % der erzeugten Milchmenge, an andere Tiere 2,7 %, zur Anlieferung an Molkereien 33,8 %, für den Absatz direkt vom Hof 9,6 %, für den Verbrauch im eigenen Haushalt standen 21,9 %, zur Verarbeitung zu Butter und Käse 16,1 % zur Verfügung.¹²⁶

Im Zusammenhang mit der Industrialisierung und Verstädterung, mit der höheren Kaufkraft der Verbraucher, der Propaganda, den technischen und organisatorischen Massnahmen zur Absatz- und Produktionsgestaltung haben die hochwertigen Molkereiprodukte des Inlands einen steigenden Anteil an der Gesamtnahrung erhalten. Legt man bei einem Milchjahr von 300 Tagen¹²⁷ den Milchertrag Badens der kontrollierten Milchkühe im Jahre 1928 mit 3 199 Liter zugrunde, so erhält man pro Tag 10,6 Liter je Kuh; bei den Tieren, die auch zur Arbeit verwendet werden, betrug der Milchertrag nur 5,7 Liter.¹²⁸ Im Jahre 1936 sind die entsprechenden Zahlen 8,2 und 5,6 Liter je Kuh. Im Durchschnitt der kontrollierten und der nicht kontrollierten Kühe, die auch zur Arbeitsleistung verwendet werden, kommt man für das Jahr 1928 auf 6,4 und für 1936 auf 6,3 Liter pro Tag. Bei einer Durchschnittsleistung in Baden von ungefähr 2 000 Litern je Kuh und Jahr werden bei einem Bestand von 354 790 Kühen im Jahre 1936/37, die zur Milchgewinnung und zur Arbeit gebraucht werden, etwa 710 Mill. Liter Milch jährlich erzeugt. Dazu kommt noch die Milcherzeugung der Ziegen.

Der Frischmilch-Verbrauch ist nach einer Untersuchung des Enquête-Ausschusses¹²⁹ in Deutschland mit 0,35 Liter pro Kopf der Bevölkerung und pro Tag sehr gering.

Der Frischmilch-Verzehr wäre demnach bei etwa 700 Mill. Liter Gesamtanfall pro Jahr und bei einer Bevölkerung von ca. 2,5 Mill. in Baden rund 875 000 Liter pro Tag, d. s. im Jahr etwa 310 Mill. Liter Frischmilch oder rund 43 % der jährlichen Gesamtmilchproduktion Badens.

Um den gesamten Butterkonsum Badens festzustellen, hat man etliche Umrechnungen durchzuführen, um auf ungefähre Zahlenangaben zu kommen. Hält man die von Zimmermann (Seite 791) angegebenen Verbrauchszahlen an Butter von 8,8 kg pro Kopf und Jahr für richtig¹³⁰, dann ergibt sich 1936/37 bei einer Bevölkerung von 2,5 Mill. ein Konsum von 22 Mill. kg Butter pro Jahr. Unter der Annahme, dass 27 kg Milch für 1 kg Butter benötigt werden (nach Beckmann, Seite 263), ergäbe das, auf Milch umgerechnet, 594 Mill. kg Butter pro Jahr. Zieht man von der Gesamtmilcherzeugung nun die für Frischmilch und für Butter benötigten Mengen ab, so verbliebe nach dieser groben Schätzung nichts mehr übrig für die Verfütterung und für die Käseherstellung.

¹²⁶ Stat. Jahrb. f. Baden, 1938, S. 108.

¹²⁷ Beckmann, Fritz, Die deutsche Milchwirtschaft. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, S. 26. — Vergl. auch Zimmermann Werner, Die Nahrungsquellen der Welt, Berlin 1941, Teil IV, bearbeitet von O. Vopelius, S. 752.

¹²⁸ Vergl. Stat. Jahrb., 1938, S. 108.

¹²⁹ Lage der deutschen Milchwirtschaft, Enquête-Ausschuss, 2. Unterausschuss, 15. Band 1931, S. 26. Leider ist in diesen Untersuchungen Baden nicht besonders ausgewiesen; Württemberg und Bayern sind als Repräsentanten für Süddeutschland gewählt worden.

Beim Käseverbrauch sind die Angaben noch schwieriger. Beckmann gibt für ganz Deutschland im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr einen Gesamtverbrauch von 3,26 kg für das Jahr 1928 an (2,30 kg aus eigener Erzeugung).

Es lässt sich nun sehr schwer ermitteln, inwieweit dieser pro-Kopf-Verbrauch in Baden aus der landeseigenen Milchproduktion vollständig gedeckt werden könnte, da für die verschiedenen Käsesorten recht unterschiedliche Milchmengen benötigt werden.

Aus Bramstedts Zahlen für das Jahr 1928 ist zu ersehen, dass Baden an Milch einen Ausfuhrüberschuss von insgesamt 3 083 to Milch zu verzeichnen hatte, davon 2 724 to gegenüber dem Inland; gegenüber dem Ausland bestand ein Einfuhrüberschuss von 359 to.

Brinkmann zitiert am Schluß seiner Darstellung der Milchwirtschaft nach der Güterverkehrsstatistik für Baden eine Ausfuhr von 19 000 to und einen Import von 5 000 to Milch und Rahm. Der Ausfuhrüberschuss an Milcherzeugnissen wird mit 1 400 to angegeben. Der Verkehrsbezirk Mannheim-Ludwigshafen hatte dagegen einen Einfuhrüberschuss von mehr als 20 000 to Milch und Rahm und einen Einfuhrüberschuss von 2 000 to Milcherzeugnissen.

Zu ungünstigeren Ergebnissen hinsichtlich des Selbstversorgungsgrades kommt man für ganz Deutschland: Die Milchleistung des Kuhbestandes reichte zwar in den Jahren der Erzeugungsschlacht aus, den Bedarf an Frischmilch zu decken, konnte aber nicht die hohen Anforderungen der Nachfrage an Veredelungsprodukten, nach Butter und Käse, erfüllen.¹³¹ Beträchtliche Einfuhrposten, auch Futtermittel, wie Ölkuchen, Kleie und dergl., waren unvermeidlich, trotz aller Erfolge der inländischen Erzeugung, die dem steigenden Lebensstandard und damit dem grösseren Verzehr dieser Produkte nachzukommen hatte.

Wirft man abschliessend einen Blick auf die Absatzgestaltung für Milchprodukte, so ist hervorzuheben, dass sich schon seit der Jahrhundertwende die Erzeuger rings um die grossen Konsumplätze in Vereinen und Genossenschaften zusammengeschlossen haben, um die Qualität und den Milchpreis zu erhöhen. Die Händler vereinigten sich ebenfalls in Verbänden, um eine Einigung mit den Produzentenverbänden zustande zu bringen. Solche Abreden verstärkten sich nach der Bewirtschaftung des Weltkrieges in der Nachkriegszeit. Im Jahre 1926 gestattete ein Gesetz (vom 23. Dezember) den Gemeinden, den Milchhandel erlaubnispflichtig zu machen. Durch das schon mehrfach angeführte Milchgesetz vom 31. Juli 1930 ist dann der Grund gelegt worden für die Milch- und Fettwirtschaft des Reichsnährstandes. Die gewerbepolizeilichen und wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen dehnten sich gleichzeitig auch auf den Markt der Ersatzfette aus.

Die Marktordnung sah vor, dass der Erzeuger die gewonnene Milch abzüglich der zum Selbstverbrauch bestimmten Mengen an Molkereibetriebe abzuliefern hatte — bei grosser Entfernung, wie z. B. im Schwarzwald — war die Rahmablieferung Pflicht.

¹³⁰ Beckmann kommt mit den Einfuhren auf 8,76 kg Butter pro Kopf für das Jahr 1928. Seite 263.

¹³¹ Vergl. Meyer, K., a. a. O. S. 454.

Von der Molkerei aus ist die Verteilung an den Kleinhandel, an Gaststätten, Bäckereien usw. zu festen Preisen erfolgt. Dass auch in der Milch- und Fettwirtschaft ein von Ost nach West steigendes Preisniveau bestand, wird mit folgenden Angaben belegt: Die Erzeugerpreise für 1 kg Vollmilch waren mit 14,43 Pfg. für Baden und 14,78 Pfg. für die Saarpfalz im Jahre 1936 die höchsten Vollmilchpreise des Reiches.¹³²

Bei der Butter sind einheitliche Standards- und Bewertungsgrundsätze geschaffen worden, und von den Molkereien mussten an die Gross- und Kleinverteiler oder direkt an die Konsumenten zu vorgeschriebenen Preisen geliefert werden.

Für Käse galten entsprechende Vorschriften über Zahl der Sorten, Fettgehalt, Verpackung, Gewicht, Auslandsware, Lagerung und Preis. Ebenso geregelt waren die Produktions- und Lieferungsbedingungen für Milchpulver.

Zum Bereich der Milch- und Fettwirtschaft zählte auch die Ölgewinnung und Margarineherstellung, die nach 1933 ausserordentlich gefördert wurden. Bestimmte Ölmühlen sorgten für die Verarbeitung, wobei Preise und Spannen genau festgelegt waren; die Margarinefabriken erhielten bestimmte Kontingente, und ihre Erzeugnisse kamen nur zu Höchstpreisen in den Verkehr.

III. Eier

Um die inländische Erzeugung an Eiern in Zahlen festzuhalten, ist zunächst auf die Bedingungen der Geflügelhaltung einzugehen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen haben die Landwirte, vor allem die kleinen bäuerlichen Betriebe, eine Steigerung der Betriebseinnahmen aus der Eierproduktion angestrebt. Die Hühnerbestände nahmen zu, weil sich gleichzeitig auch der Verbrauch mehr und mehr verstärkte. Die Technik der Erzeugung und des Absatzes musste dabei gegenüber der Vorkriegszeit in einem Grade verbessert werden, der es diesem Betriebszweig erst ermöglichte, nicht nur der Selbstversorgung der Landwirte zu dienen. Der Hauptgrund für die langjährige Rückständigkeit Deutschlands auf dem Gebiet der Geflügelhaltung war vor allem die Unkenntnis der rationellen Zucht- und Haltungsmethoden, wie sie etwa in Dänemark, den Niederlanden oder den Vereinigten Staaten von Amerika geübt wurden.

In der Inflationszeit ist in Deutschland das Interesse an der Geflügelhaltung als einer leicht erschliessbaren Nahrungsquelle geweckt worden, die sich aber infolge Futterschwierigkeiten erst nach der Währungsreform erfolgreich auszudehnen begann. In den westdeutschen Gebieten war stets eine grössere Dichte als im Osten festzustellen, da der Kleingrundbesitz, die Nähe der Verbrauchszentren und das günstige Klima die geeignetste Grundlage der Geflügelhaltung darstellen.

Seit dem Jahre 1927 ist der Bestand¹³³ an Legehennen besonders erfasst worden und darum die Eierproduktion besser zu schätzen.

¹³² Vergl. Vopelius, O., Statistik der deutschen Milch- und Molkereiwirtschaft, a. a. O.

¹³³ Siehe Stat. Jahrb. f. Baden, 1938, S. 106: 1927 = ca. 2,5 Mill., 1937 = ca. 2,9 Mill. Hühner insgesamt,

Da in bäuerlichen Betrieben so gut wie keine Angaben über die Legeleistung vorhanden sind, können nur durchschnittliche Angaben darüber Auskunft geben. Zur Steigerung der Erträge führten sowohl die Verbesserung des Tiermaterials, eine rationelle Fütterung, bessere Ställe, Leistungskontrolle wie auch die Förderung der Standardisierung, so dass schliesslich dem »deutschen Frischei« der Platz auf den Inlandsmärkten bereits in den Zwanziger Jahren gesichert war.

Die Erträge der badischen Geflügelhaltung, die sich bis zu 73,3 % im Jahre 1931 auf Klein- und Kleinstbetriebe verteilte, waren aber trotz des steigenden Angebots nicht in der Lage, den Bedarf des Landes vollkommen zu decken.

Nach dem Statistischen Jahrbuch (für Baden, 1938, S. 101) lässt sich für Baden eine verhältnismässig geringe durchschnittliche Hühnerhaltung feststellen: zu 142 228 Betrieben im Jahre 1933 gehörten 2 100 103 Hühner, das sind je Betrieb etwa 14 Hühner (Brinkmann, S. 72 nennt für das Jahr 1931 12 Hühner je Betrieb). Eine jährliche Legeleistung von 85 Eiern je Henne in einem Bauernbetrieb und von 130 Stück in einer Hühnerfarm können bei 2 751 314 Lege- und Junghennen im Jahre 1932 eine Jahreserzeugung von nahezu 244 Mill. Stück Eiern ergeben.¹³⁴ Mit zunehmenden Futterschwierigkeiten nach 1933 erfolgte wieder eine Rückverlagerung der Produktion von den Farmbetrieben zu den landwirtschaftlichen Betrieben.¹³⁵

Der Anteil des Verbrauchs aus der Inlandserzeugung ist in Baden wie in den andern deutschen Ländern gestiegen.

Aus den zur Verfügung stehenden Zahlen des Reichsdurchschnitts wird diese steigende Tendenz ersichtlich:

Im Jahre 1913 kamen 70 Eier pro Kopf der Bevölkerung, 1930 rund 100 Stück aus inländischer Produktion, und 1936 wurden etwa 80 % des Gesamtbedarfs aus der deutschen Erzeugung gedeckt. Der Verbrauch betrug in diesem Jahre 118 Stück pro Kopf und Jahr, im Vergleich etwa zu 1913 mit 112 Eiern pro Kopf im Jahr. Der Höhepunkt des Verbrauchs im Jahre 1930 mit 144 Eiern je Kopf ist in den späteren Jahren nicht wieder erreicht worden, der Verbrauch sank sogar unter den Vorkriegsstand.

Der jährliche Verbrauch wird bei Brinkmann gegliedert nach Arbeiterhaushalten mit einem Konsum von 112 Stück Eiern, Angestellten- und Beamtenhaushaltungen mit 141 Stück und Bauernhaushaltungen mit 217 Stück und so ein Jahresverbrauch in Baden von 305 Mill. Stück Eiern errechnet. Der Umfang des Verbrauchs wurde bei der Mehrzahl der Verbraucher von der Höhe der Einkommen bestimmt. Nach der amtlichen Erhebung über Wirtschaftsrechnungen des Jahres 1927/28 stieg der Konsum von der niedrigsten bis zur höchsten Einkommenstufe in den Angestellten- und Beamtenhaushaltungen auf etwa das Doppelte, in den Arbeiterhaushaltungen sogar auf das Dreifache. Nicht weniger stark sind auch die monatlichen Verbrauchsschwankungen als Folge der saisonmäßigen Preisgestaltung, die dem naturgegebenen Verlauf der Eier-

¹³⁴ Brinkmann gibt diese Zahlen nach Preisig, F., Wirtschaftliche Bedingungen der badischen Eierproduktion. Diss. Heidelberg, 1933, S. 20 ff.

¹³⁵ Vergl. Meyer, K., a. a. O. S. 459. Die gleiche »Wanderung der Viehhaltung zum Futter« war auch bei den Rindern und Schweinen festzustellen.

erzeugung entspricht. Der Überbrückung dieser kurzfristigen Bewegungen konnte die Konservierung, Lagerung in Kühlhäusern und schliesslich auch die Einfuhr abhelfen, die allerdings mit der nationalsozialistischen Marktordnung in den ersten drei bis vier Jahren auf ein Minimum reduziert wurde.

In Baden gelangte der Zuschussbedarf von nahezu 60 Mill. Stück Eiern, der ein Fünftel der eigenwirtschaftlichen Produktion ausmachte, vor allem in die grösseren Städte, die untere Rheinebene und in den industrialisierten Schwarzwald, wogegen die vier anderen natürlichen Gebiete für ihre Versorgung selbst aufkamen.

Es blieb im Jahre 1935 nach der Verkehrsstatistik für Mannheim-Ludwigshafen ein Empfang mit 6 420 to, davon 2 252 to aus dem Ausland, und für Baden registrierte die Verkehrsstatistik 4 736 to, davon 2 218 to ausländische Eier. Der Versand mit insgesamt 102 to bzw. 108 to ist dagegen unbedeutend.

Die Absatzregelung, früher in der Hand von Eierabsatzzentralen oder Grosshändlerverbänden, übernahm in der Reichsnährstandsordnung die Hauptvereinigung der deutschen Eierwirtschaft mit einer allgemeinen Regelung des Eiermarktes: Bezeichnung, Gütegruppe, Gewicht, Prüfung, Verpackung, der Ausgleich zwischen den Zuschuss- und Überschussgebieten, die Festsetzung der Sommer- und der Winterpreise für Erzeuger und Verteiler (als Höchst- und als Mindestpreise), sowie für Auslandseier die Frühjahrs-, Sommer- und Übergangspreise, auch die Preise für Kühllauseier, schliesslich die Verbraucherhöchstpreise (als Sommer- und etwas höherer Winterpreis) sind von der Zentralstelle aus in einer Fülle von Verordnungen im Reichsnährstands-Verordnungsblatt bekanntgegeben worden. (Vergl. Merkel, a. a. O. S. 100/101.)

IV. Zusammenfassung der Ergebnisse

Am Schluss des zweiten Teils dieser Arbeit sind noch allgemeine Bemerkungen über die Verwendbarkeit von Agrarstatistiken und die verschiedenen Verbrauchsstatistiken sowie über die Kalorienrechnung anzufügen; und schliesslich ist in einer zusammenfassenden Übersicht der Grad der Selbstversorgung des Landes Baden bei den untersuchten Agrarprodukten festzuhalten.

Grundsätzlich muss zu den Ergebnissen, wie sie sich aus den statistischen Zahlen ergeben, gesagt werden, dass mit Agrarstatistiken vorsichtig umzugehen ist, wenn die Erfassungsmethoden und Berechnungen nicht bekannt sind. Bei der Auswertung z. B. der Ernteerträge sind je nach der Wirtschaftslage im betr. Zeitpunkt entweder die nach oben oder die nach unten »abgerundeten« Angaben entsprechend zu berücksichtigen. Ausserdem ist der Wert der mengenmässigen Erfassung durch die vorhandenen qualitativen Differenzierungen der Agrarprodukte zumindestens fragwürdig.

Das Nebeneinander von Reichs- und Länderstatistiken führt ebenfalls zu Schwierigkeiten, da die Gruppierungen der Verwaltungsbezirke, wie z. B. in Baden im Jahre 1924, oder die Erfassungsmethoden im Jahre 1935 geändert wurden.

Auch zu den Verbrauchsstatistiken ist einiges zu bemerken: Bei steuerlich erfassbaren Lebensmitteln, wie z. B. bei Zucker, Fleisch, Bier etc., ist der Ver-

brauch wirklich bekannt, während er für andere Produkte nur geschätzt werden kann, wie etwa für Brot, Obst und Gemüse, Kartoffeln, Milch, Käse usw.

Weiter ist bei einem Vergleich mit den jeweiligen Vorkriegsjahren stets zu bedenken, dass z. B. das Jahr 1913 oder 1935 nicht eine Basis vorstellt, die quasi als »Normaljahr« gilt, als ob zu dieser Zeit ein »wirtschaftliches Gleichgewicht« Realität gewesen wäre und damit vielleicht eine optimale Versorgung. Diese, wie auch die andern gewählten Jahre 1925, 1928, oder 1936 wollen lediglich die eigentlichen Höhepunkte und Nachwirkungen des Krieges und der Kriegsjahre und die Einflüsse der einem neuen Krieg vorangehenden Produktions- und Verbrauchsänderungen vermeiden, um damit die ungefähr erreichbaren Möglichkeiten und Grenzen der Versorgungsbedingungen gemäss einer auf Eigenproduktion abgestellten Wirtschaftspolitik anzuzeigen. Weil das Ziel der Selbstversorgung Ende der Zwanziger und in den Dreissiger Jahren die Ausdehnung dieses oder die Einschränkung jenes Produktionszweiges gebot, ist es nicht möglich, vom rein wirtschaftlichen, rationalen Standpunkt aus die Entwicklung der Versorgungsgrundlage zu beurteilen.

Aus der Statistik des Verbrauchs ist auch keine direkte Vergleichsmöglichkeit der Vor- und Nachkriegszeit erlaubt.

Von der Decken untersucht u. a. noch die Brauchbarkeit der Pro-Kopf-Rechnung und kommt zum Ergebnis, dass solche Angaben wohl in einem gegebenen Moment die jeweiligen Verhältnisse widerspiegeln, jedoch nichts über die Entwicklung des Verbrauchs aussagen, da die Verteilung der Altersklassen und die Proportion der Geschlechter sich dauernd wandeln. Die Vollpersonen-Verbrauchsrechnung hat aus diesem Grunde ihre Berechtigung.

An dieser Stelle wäre nun zu fragen, warum nicht die vor allem in und nach dem zweiten Weltkrieg so oft praktizierte Kalorienrechnung angewandt oder wenigstens vergleichsweise aufgeführt wurde. Es stimmt, dass auf diese Weise der Gesamt-nahrungsverbrauch additionsfähig gemacht werden kann und die Zahlen des Kaloriengehalts einen Einblick in die betreffende Struktur der Ernährungswirtschaft vermitteln. Die Angabe der Verbrennungswärme ist gleichfalls in der Lage, für die Berechnung der Auslandsabhängigkeit wertvolle Dienste zu leisten. Dass bewusst die Angaben des Kaloriengehalts bis jetzt nur nebenbei erwähnt wurden, erklärt sich aus dem Hinweis auf die Problematik der Berechnung und auf den Unfug, der mit solch »beruhigenden« Beweisen in den Jahren vor und nach dem »grossen« Weltkrieg getrieben wurde. Es werden nämlich den einzelnen Produkten ganz unterschiedliche Kalorienzahlen zugeordnet, die bei ein und demselben Erzeugnis sogar um 600 bis 800 Kalorien differieren. (Beispielsweise bei Weizenmehl oder bei Erbsen; Von der Decken, S. 56.) Mittelwerte, auch in Kalorien ausgedrückt, sind ausserdem sinnlos, wenn die betreffende Ware qualitätsmässig nicht mehr den ehemals angenommenen Durchschnittsgehalt erreicht. Das Quantum allein ist nicht entscheidend, noch wesentlich ist schliesslich die qualitative Zusammensetzung der Nahrungsmittel, über die aber mit einer Kalorienzahl auch nicht unbedingt

etwas ausgesagt ist. Zu beachten ist, dass gewisse Mindestsätze von Eiweiss und Fett enthalten sein müssen.¹³⁶

Im Durchschnitt kann der Bedarf mit 3 000 Kalorien je Kopf und Tag angenommen werden. Von der Decken stellt z. B. folgende Ergebnisse zusammen:

1909/13	je Kopf	2 951 Kalorien	je Vollperson	3 546 Kalorien
1925	» »	2 875	» »	3 329
1929	» »	2 977	» »	3 437
1935	» »	2 865	» »	3 297
1936	» »	2 933	» »	3 371

Aus dem schon mehrfach zitierten Deutschland Jahrbuch 1949 (S. 137) erfahren wir über den Verbrauch an Kalorien, Eiweiss, Fett, je Kopf und Tag in Deutschland:

	Kalorien	insges.	davon tier. Eiweiss in Gr.	Nährstoffe pflanzl.	Fett in Gr.
Völkerbundsnorm für die Nichtarbeitenden	2 400	65,0	32,5	32,5	55,0
Durchschnittsverbrauch 1936	3 113	84,7	39,5	45,2	119,9
Normalverbraucher 1941	2 400	64,0	28,2	35,8	45,9
Normalverbraucher Frühjahr 1946 . . .	1 451	43,7	9,6	34,1	13,5

(Aus einer Tab. zit. Hans Liebig, Ernährung in »Die Deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch«.)

Aus den Angaben des Deutschland Jahrbuchs 1949 ist im Vergleich zu dem Deutschlandbericht für den Normalverbrauch je Kopf und Tag folgendes zu entnehmen:

2 400 / 2 400 Kalorien im Frühjahr / Sommer 1941
2 035 / 2 000 » » » » 1942
2 181 / 2 200 » » » » 1943
2 169 / 2 200 » » » » 1944
2 010 / 2 200 » » » » 1945

Es zwangen vor allem die hohen Ausfälle in der Erzeugung, die nur zum kleinsten Teil durch Einfuhren ausgeglichen werden konnten, zur ständigen Senkung der Rationen bis auf einen Stand von 1 000 Kalorien je Tag und Normalverbraucher Mitte des Jahres 1947.

Für April 1946 waren z. B. für Freiburg im Breisgau nur noch 960 Kalorien pro Tag in dem Kartensoll eines Normalverbrauchers enthalten.¹³⁷ Im Mai 1947 kamen in Baden auf Grund der Normalverbraucherkarte bereits wieder 1 530 Kalorien pro Kopf und Tag der Bevölkerung.

Wenn solche in Kalorien ausgedrückte oder andere Durchschnittsangaben für eine allgemeine Bedarfs- und Verbrauchsberechnung natürlich ausreichen dürften, so ist doch für den Bedarf einzelner Individuen oder für bestimmte Bevölkerungsschichten und Landesteile dieser Durchschnittskonsum sicher noch

¹³⁶ Dieses Minimum wird in der Untersuchung des früheren Völkerbundes mit 60 bis 70 Gramm Eiweiss und 50 bis 60 Gramm Fett festgestellt. Vom Eiweiss soll mindestens die Hälfte aus vollwertigem tierischem Eiweiss bestehen. Deutschlandbericht Nr. 4, Genf 1946, Seite 39.

¹³⁷ Vergl. Deutschlandbericht Nr. 1, Genf 1946, Seite 19.

lange nicht die Garantie einer Ernährungsweise, bei der die verschiedenen Konsumentenwünsche gerade in Erfüllung gingen. Es ist klar, dass die Rücksichtnahme auf Verbrauchsgewohnheiten schon bei einer zahlenmässigen Zusammenstellung des Gesamtverbrauchs Schwierigkeiten machen muss und dies um so mehr, wenn es in praxi, d. h. bei einer Rationierung, um die Frage geht, welche Mengen und welche Art von Nahrungsmitteln generell »lebenswichtig« sind.

Versucht man nun zum Schluss auf Grund der Angaben von 1935 die Ergebnisse zusammenzufassen, welche die badische Selbstversorgungsquote bei wichtigen Agrarprodukten veranschaulichen, so ist für das alte Land Baden — unter wohlweislicher Berücksichtigung der Unvollständigkeiten der Güterverkehrsstatistik, infolge der immer stärkeren Verlagerung des Verkehrs auf die Landstrassen — folgendes zu sagen:

Baden — auch ohne Mannheim-Ludwigshafen — war schon immer ein Zerschussland für Getreide. Für den gesamten Bedarf an Brotgetreide wurden knapp gerechnet etwa 75 % der eigenen Erzeugung eingeführt. An Gerste und Hafer sind von der gesamten Einfuhr wieder $\frac{2}{3}$ ausgeführt worden; der im Lande davon verbliebene Rest machte etwa 14 % der Eigenproduktion aus, die in den folgenden Jahren noch gesteigert werden konnte. Die Importe waren besonders auf die geeignetere Qualität der ausländischen Braugerste zurückzuführen.

Hülsenfrüchte wurden zu rund 48 % der Gesamternte Badens in das Land eingeführt.

An Kartoffeln ist in normalen Erntejahren und bei einem durchschnittlichen Verbrauch der Bedarf aus der eigenen Erzeugung vollständig zu decken gewesen. Unter Umständen ergaben sich sogar Ausfuhrüberschüsse; Zufuhren von ausländischen Saatkartoffeln waren immer erwünscht.

Über den Zuckerrüben-Einfuhrüberschuss für Baden und Mannheim-Ludwigshafen gibt Brinkmann mit 25 % der Gesamterzeugung bei einem Erntertrag von 114 700 to im Jahre 1935 Aufschluss. Die gesamte Ausfuhr mit 19 790 to ging zur Zuckerverarbeitung ausser Landes. (Über die Zucker-Einfuhr waren keine Angaben für Baden zu finden.)

Bei Gemüse ist die Eigenproduktion in einer Zahl nicht anzugeben. Die verschiedenen Sorten und die in der Statistik nur vermerkten Hauptanbauggebiete machen dies unmöglich. Der für das Jahr 1935 festgestellte Einfuhrüberschuss (ohne Mannheim-Ludwigshafen) war sehr wahrscheinlich auf die Einfuhr früher ausländischer Gemüsesorten, natürlich auch auf Zufuhren anderer deutscher Länder zurückzuführen (23 981 to), denen eine Ausfuhr von 4 461 to gegenüberstand, die ein Fünftel der importierten Mengen ausmachten. An (Inlands-) Obst war in Baden der Bedarf aus der Erzeugung des Landes vollkommen zu decken. Bei durchschnittlichen Ernterträgen wurde meist ein beträchtlicher Ausfuhrüberschuss erzielt, im Gegensatz zum Verkehrsbezirk Mannheim-Ludwigshafen.

Da bei Obst und Gemüse die jährlichen Ernteschwankungen ganz besonders gross sind, können definitive Angaben über die Eigenversorgung natürlich nicht gegeben werden. Lehrreich für diese Tatsache war z. B. die Nachkriegszeit mit der schlechten Ernte von 1947 und der damaligen Unmöglichkeit, die Versorgungslücken aus dem Ausland durch Zukauf aufzufüllen.

Um auch beim Fleisch die Situation in einer ungefähren Zahl wiederzugeben, ist der von Brinkmann berechnete Einfuhrüberschuss von 3 071 to Fleisch ein Anhaltspunkt; die Hälfte verblieb in Mannheim-Ludwigshafen. Es ist noch zu berücksichtigen, dass Zufuhren zur Ergänzung des Tierbestandes notwendig waren.

An Schweinen betrug der Einfuhrüberschuss 50 000 Stück ohne Ferkel, d. s. etwa 10 % des Bestandes. An Rindvieh kam der Einfuhrüberschuss mit 17 000 Stück ohne Kälber auf etwa 2,5 % des Bestandes, woraus allerdings nicht hervorgeht, wieviel Tiere davon direkt zu Schlachtzwecken Verwendung fanden.

Bei den Molkererprodukten ist zu bemerken, dass in Baden der Bedarf der Bevölkerung bei einem Milchkuhbestand des Jahres 1935 (363 558 Stück) ohne Zufuhren gedeckt werden konnte. Es bestand ein Ausfuhrüberschuss von 1 400 to Milcherzeugnissen; eine Ausfuhr von Milch und Rahm in Höhe von 19 000 to trat einer Einfuhr von 5 000 to Milch und Rahm gegenüber.

Bei den Eiern ist der zusätzliche Bedarf mit einem Fünftel der Eigenherzeugung bei Brinkmann angegeben.

Für Mannheim-Ludwigshafen ergab sich mit ganz geringen Ausnahmen stets ein hoher Einfuhrzuschuss, der das »Rumpf-Baden«, d. h. bei der gegenwärtigen Zonenabgrenzung die »Süd-Badener« nicht in gleichem Masse interessieren dürfte.

EXKURS:

Die Lebensmittelversorgung der französischen Besatzungszone Badens nach dem zweiten Weltkrieg

I. Verminderte Leistungsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen

Erlaubt die Schilderung der Versorgungslage nach dem zweiten Weltkrieg speziell für Südbaden, d. h. für die französische Besatzungszone Badens, zwar keine unmittelbaren Vergleiche mit den Vorkriegsjahren, so ist es vielleicht doch am Platze, folgende z. T. noch nicht veröffentlichte Zahlenangaben über die Ernährungslage des Landes anzuschliessen, die eine Zeit betreffen, in der die Ernährungsfrage das Hauptproblem darstellte.

Wenn in den Nachkriegsjahren nach 1945 immer wieder betont wurde, dass eine Verbesserung der Ernährung in erster Linie Aufgabe der deutschen Landwirtschaft sei, muss man jedoch bedenken, dass die Versorgung Deutschlands schon vor dem Kriege nicht vollständig aus eigener Agrarproduktion erfolgen konnte.

Nach dem zweiten Kriege sind 25 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen verlorengegangen; noch einschneidender als die allgemeine Einbusse an landwirtschaftlicher Nutzfläche ist der durch die Abtrennung der Ostgebiete entstandene Verlust an Ackerland; brachten doch diese Gebiete im Durchschnitt der Jahre 1934/38 31,7 % der Roggen-, 16,5 % der Weizen-, 25,9 % der Brotgetreideernte (Weizen und Roggen) und 33 % der Kartoffelerzeugung Vorkriegsdeutschlands hervor. Dabei sollte aber auf der kleineren Fläche etwa die Bevölkerung von 1933 ernährt werden, d. s. 66 Millionen ohne Gefangene und ohne die nach Deutschland gekommenen Vertriebenen.

Nach einer Schätzung betrugen die Ernten infolge der Kriegsereignisse nur 50—60 % einer Normalernte, was etwa einem Selbstversorgungssatz von 35 % des Normalbedarfs entspräche, gegenüber 80 % vor dem Kriege.¹³⁸ Durch einen niedrigeren Lebensstandard konnte dieser Satz bis zu 50 % ansteigen, da durchschnittlich nur 2 000 Kalorien je Kopf und Tag verbraucht wurden gegenüber 3 000 Kalorien vor dem Krieg; 1947/48 betrug der Kartenverbrauch etwa 1 500 Kalorien, der Rest stammte von Schwarz- oder Hamsterkäufen, auf die jeder Kartenbezieher mehr oder weniger zusätzlich noch angewiesen war.

Wenn man nun annimmt, dass Veredelungsprodukte eingespart und weniger tierisches Fett und Eiweiss verzehrt werden durften, so wird die aus der eigenen Landwirtschaft Deutschlands aufzubringende Kalorienzahl von 1 050 Kalorien noch um einige hundert Kalorien vergrössert worden sein.

¹³⁸ Bureau intermédiaire pour secours d'après-guerre à l'Allemagne, Deutschlandberichte Nr. 4, Genf, Februar/März 1947, Seite 7.

Vergl. auch: Deutschland Jahrbuch, a. a. O. 1949, Seite 135, 141, wo Zahlenangaben für das Jahr 1946 im Vergleich mit der Vorkriegszeit über die Verhältnisse der Landwirtschaft und der Ernährung, besonders der Bizonie enthalten sind.

Weil die Ergebnisse der nach Zonen eingeteilten Statistik der Erzeugung und des Verbrauchs bis jetzt teilweise streng geheimgehalten wurden, war man im grossen und ganzen für die drei Nachkriegsjahre auf grobe Schätzungen angewiesen.¹³⁹ In dem wiederholt erwähnten Deutschlandbericht (Nr. 4, S. 2 ff) finden sich solche geschätzten Angaben für die französische Zone — neben den drei anderen Besatzungszonen —, die jetzt mit den Ziffern des neu herausgegebenen Deutschland Jahrbuches 1949 verglichen werden können.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche (in 1 000 ha) der französischen Zone ist von 1938 mit 2 344 ha auf 2 175 ha im Jahre 1946 zurückgegangen; dabei verminderte sich die Anbaufläche für Brotgetreide; auch die Hektarerträge liegen im Jahre 1946 niedriger als vor dem Krieg. Die Ernten konnten in der Nachkriegszeit durchschnittlich auf 60 % der Vorkriegsernte veranschlagt werden. Im Deutschland Jahrbuch (S. 142) wird bei Roggen im Jahre 1946 ein Ertrag pro Hektar mit 15 dz angegeben im Vergleich zu 1935/39 mit 19,1 dz/ha. Beim Weizen ging der Ertrag pro ha von 19,6 in den Jahren 1935/39 auf 15,5 dz/ha im Jahre 1946 zurück.

Der Bedarf dieses Gebiets einschliesslich des französischen Sektors von Berlin betrug unter Berücksichtigung des höheren Verbrauchs der Selbstversorger 700 000 to Brotgetreide. Aus der Ernte standen nach Abzug des Saatgutbedarfs noch 355 000 to zur Verfügung, so dass 345 000 to anderweitig gedeckt werden mussten.

119 000 to Futtergetreide (ohne Hafer) konnten für Beimischungszwecke noch herangezogen werden. Dabei waren aber nicht berücksichtigt der Bedarf für Brauereien, für die Kaffee-Ersatz-Herstellung und die evtl. Verfütterungsmengen, die doch nie ganz vermieden werden können.

Die Kartoffelernte 1946 wurde in der französischen Zone auf 80 % der letzten Vorkriegsernten geschätzt. Während 1935/39 158,9 dz/ha erzeugt wurden, waren es im Jahre 1946 nur noch 104,6 dz/ha (Deutschland Jahrbuch, S. 142).

Die Normalverbraucher erhielten im Frühjahr 1947 ein Kartensoll von 500 Gramm Kartoffeln je Kopf und Tag. Nach Abzug des Bedarfs für die menschliche Ernährung und eines bescheidenen Verarbeitungsanteils wäre sogar noch ein rechnerischer Futterrest verblieben.

Viel schwieriger ist es, sich über die Fleischversorgung ein Bild zu machen. Hier können nur ungefähre Schätzungen über den wahrscheinlichen Fleischanfall angestellt werden. Die Rindviehbestände haben sich durch Entnahmen und Abschachtungen auf etwa 70 % der Vorkriegszahlen verringert, woraus sich auch die niedrigeren Milch- und Fettmengen erklären. Im Jahre 1938 zählte in der französischen Zone der Bestand an Rindvieh (in 1 000 Stück) 2 042,9 (davon Milchkühe 1 085,1); im Jahre 1946 dagegen noch 1 736,4 (davon Milchkühe 936,9).

In der amerikanischen und englischen Zone haben sich die Rindviehbestände laut Deutschlandbericht auf Vorkriegshöhe gehalten, was sich auch aus dem Deutschland Jahrbuch ergibt.

¹³⁹ Vergl. über die Verhältnisse der Statistiken in den Nachkriegsjahren: Harkort, Günter, Über den statistischen Dienst im heutigen Deutschland. Zeitschrift für schweizerische Volkswirtschaft und Statistik, 84. Jg., Oktober 1948, Seite 457 ff.

Die Schweinebestände waren mit 40 % der Vorkriegszeit anzusetzen. Im Jahre 1938 wurden 1 630 Schweine (in 1 000 Stück) gezählt, im Jahre 1946 noch 622; auch in der amerikanischen und britischen Zone nahmen die ausgewiesenen Bestände ungefähr um 40—50 % ab.

Die Fleischerzeugung an Rind-, Kalb- und Schweinefleisch hatte sich in der französischen Zone im Jahre 1946 nur auf 91 000 to belaufen können. Dabei sind die Umrechnungssätze sehr niedrig angenommen unter Anlehnung an die Verhältnisse des ersten Weltkrieges, wo ebenfalls starke Eingriffe in den Viehstapel erfolgten.

Der Gesamtbedarf ist auf Grund der Kartensätze errechnet worden, wobei für die Selbstversorger der Schwerarbeitersatz zugrunde gelegt wurde. Die sehr niedrigen Rationen in allen Zonen konnten nach einer solchen Berechnung ohne Zufuhren gedeckt werden, und es blieben auch hier sogar »Überschüsse«, so in der französischen Zone mit 39 000 to, die aber den Bedarf der Besatzungsmacht noch decken sollten; auch wären evtl. die Selbstversorger-Rationen höher anzusetzen.

Zur Untersuchung der Fettversorgung reichten die Angaben nicht aus.

II. Versorgungsstand Südbadens in den Monaten November 1947 und Juli 1948

Die charakteristischen Versorgungsschwierigkeiten und Möglichkeiten zur Selbstversorgung des südbadischen Landes ergeben sich aus folgenden Ausführungen, die sich auf Geschäftsberichte einer Dienststelle für Landwirtschaft und Ernährung für die Monate November 1947 und vergleichsweise für Juli 1948 stützen.

Voraussetzung dieser Untersuchung ist die Kenntnis des Bevölkerungsstandes. Von zusammen 1 221 522 Versorgungsberechtigten im Monat November 1947 waren 247 490 Vollselbstversorger, 767 977 Normalverbraucher, Teilselbstversorger für Butter 56 202, für Fleisch 14 781, für Getreide 9 478, für Getreide und Fleisch 4 334, für Getreide und Butter 31 564, für Fleisch und Butter 38 341; dazu kamen noch Zusatzempfänger, wie Schwerarbeiter, Ausländer, Kranke etc., und die Erfüllung des Landes hinsichtlich der Umlagen: die Aufbringsumlagen der französischen Besatzungsarmee und Lieferungen nach der Saar und Rheinland-Pfalz.

Aus der Übersicht der tatsächlich ausgegebenen Rationen für die Mehrzahl der Bevölkerung, der Normalverbraucher über 18 Jahre, wird ersichtlich, mit welchen Zuteilungen die Versorgungsberechtigten im November 1947 und im Juli 1948 zu rechnen hatten. (S. 117.)

Im Monat November konnten wenigstens die erforderlichen Aufbringungen an Fleisch möglich werden und die Zuteilungen in allen Kreisen des Landes voll gedeckt werden, nachdem für September und Oktober 1947 ein Grossviehschlachtverbot bestanden hatte.

Ebenso war die Kartoffelversorgung sichergestellt. Es wurden im November 1947 39 613 to Kartoffeln erfasst und das Gesamtaufkommen aus der Ernte 1947 auf 111 862 to erhöht, was 80 % des Landesumlagesolls von 139 000 to ausmachte. Wie betont wurde, war dieses Ergebnis nur möglich durch den Einsatz umfangreicher Kontrollen, an denen die Militärregierung

mitwirkte. Aus Kreisen der Landwirtschaft wurde behauptet, dass die Ablieferungsmöglichkeit, die auf dem Produktionsergebnis aufgebaut war, überschätzt sei und die bisher erfassten Kartoffelmengen nur durch erhebliche Eingriffe in die Saatgutbestände möglich waren. Die Erfüllung der Forderungen hätte z. T. auch zur Kürzung der Selbstversorgeranteile geführt.

Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung wurden durch die vorhandenen Mehl- und Getreidebestände überbrückt, so dass die Vorräte zur Deckung des Brotbedarfs für insgesamt 56 Tage reichten. Es wurde damals dringend erforderlich, dass dem französisch besetzten Baden Brotgetreide bzw. Mahlmengen zur Sicherstellung der Brotversorgung zugeführt wurden, damit darüber rechtzeitig disponiert werden konnte. Es ist hervorzuheben, dass die Schwierigkeiten mit Sackmaterial, oder in der Nahrungsmittelindustrie mit Verpackungsmaterial, Mangel an Kohle, elektrischer Energie, Schwierigkeiten in der Durchführung von Reparaturen und der Ergänzung, infolge von Demontagen, ausfallender Einrichtungsgegenstände die Produktion zusätzlich behinderten. Dadurch sind die an sich vorgesehenen Mengen den Konsumenten oft nicht rechtzeitig und in schlechter Qualität zugeführt worden. Eingeführt wurde Maismehl über Worms-Ludwigshafen 214 to, ab Pfalz-Ludwigshafen 158 to, ab Intendanz 676 to; Weizenmehl Type 1950 wurde zu 567 to importiert. Diese Mengen stellten alle nur einen Bruchteil des aufgestellten Einfuhrplanes, z. T. Restlieferungen für den laufenden Monat dar.

Ohne Getreiderohstoff konnte Kaffee-Ersatz nicht produziert werden, auch keine Suppenzeugnisse, doch entsprach die Ausgabe von Teigwaren (250 Gramm in Orten unter 20 000 Einwohnern und 500 Gramm in Orten über 20 000 Einwohnern) und von Kindernährmitteln (0—3 Jahre = 1 000 Gramm, 3—6 Jahre = 5 000 Gramm) dem Fabrikationsplan.

Marmelade gelangte nur für Schwerst- und Schwerarbeiter zur Ausgabe, während die anderen Zusatzempfänger verzichten mussten. Die Zucker-Ausgabe verzögerte sich mehrere Monate, und erst nach längeren Verhandlungen der Militärregierung mit der Zuckerfabrik Rheingau A.G. konnte wenigstens auf Weihnachten die versprochene Ration ausgegeben werden.

Salz war dagegen das nicht bewirtschaftete Produkt und in beliebigen Mengen beziehbar, kurze Zeit jedoch infolge von Hamsterkäufen kaum zu erhalten.

An Fett (Butter) wurde von den im Inland erzeugten 332 to für Zivil = 174 to, für die Umlage und Deblockage = 143 to, 2 to für württembergische Grenzgemeinden und 13 to für die Lagererhöhung verteilt. 9 to Margarine kamen im Austausch gegen Vieh aus der Schweiz und 5 to Butter aus Württemberg für Milchlieferungen badischer Grenzgemeinden. Ausser der Eigenerzeugung an Käse mit 32 to wurden 29 to eingeführt und 21 to den Sicherheitsbeständen entnommen, um die Ausgabe von 79 to für Zivil, 2 to für die Armee und 1 to für den Grenzverkehr mit Württemberg zu erfüllen.

Obst und Gemüse waren längst nicht genügend vorhanden. Die Erfassung von Eiern ging saisonbedingt zurück, so dass ein grosses Defizit (1 383 920 Stück) bestehen blieb.

Bei den Hülsenfrüchten mussten ausgedehnte Importe die Rückstände der Vormonate und des laufenden Monats ergänzen. (500 Gramm für Normal-

verbraucher.) Bei der Verteilung wurde sehr oft die Ausgabe verzögert, bis die Ware schlecht war, da nicht genügend Transportmittel zur Verfügung standen, um die umfangreichen Warenbewegungen vorzunehmen.

Interessant ist die Erfüllung der Verpflichtungen des Landes hinsichtlich der Umlagen.

Die Kartoffelumlage wurde erfüllt (jährliche Umlage 139 616 to). An Teigwaren hatte Baden auftragsgemäss zu liefern: 300 to nach der Saar, 200 to nach Rheinland-Pfalz. Beide Lieferungen konnten nicht durchgeführt werden, da es nach Einbeziehung des Saargebiets in die französische Währungshoheit einer Einfuhrlizenz bedurfte; nach Rheinland-Pfalz waren die Lieferungen mangels Frachtraum unmöglich.

An Kindernährmitteln bestanden auch Lieferauflagen, die aber nur bis zu 20 to erfüllt werden konnten (Rest 35 to).

An Obst wurden an die Truppe ausgeliefert 178 to, an Gemüse 764 to. Zur Ablieferung gelangten bis zum 30. November ds. Js. 5 681 to Heu, 302 to Hafer, 593 to Stroh, wobei noch mehr als die Hälfte der Jahresumlage zu erfüllen blieb. Die grosse Trockenheit und die dadurch bedingte schlechte Heuernte führten zu einer ausserordentlich schlechten Futtermittellage. Die Anfragen nach Heu bäuerlicher Betriebe nahmen im Laufe des Monats einen grossen Umfang an, ohne dass im Hinblick auf die Erfüllung der Auflagen für die Truppe diesen Anträgen Rechnung getragen werden konnte.

Der Versand von Rindern mit 405 to wurde zu 92,7 % erfüllt, von Kälbern und Schafen zu 53 % (zusammen 76,2 to); bei den Schweinen kam der getätigte Versand an die französischen Stellen auf 54,2 to, was 30,1 % des Versandplanes darstellte.

Eier wurden nur zu 12 % abgeliefert (40 579 Stück statt 353 032 Stück incl. dem Rest aus den Vormonaten); bei der Milch ist die Umlage zu 100 % erfüllt worden mit 4 020 Litern im Monat; Butter wurden 131 to ausgegeben bei einem vorgesehenen Versand von 134 to.

Ein Blick auf die Tabelle der örtlichen Ernährungslage zeigt, welche Mengen aus der inländischen Erzeugung im Monat November aufgebracht wurden und was an Zufuhren von ausserhalb kam. (Tabelle S. 118.)

Aus anderen Ländern der französischen Zone kamen z. B. Zucker, Eier, Maismehl und Käse. Durch Kauf, Tausch usw. bezog Südbaden auch Kartoffeln aus Holland, Luxemburg, Belgien; Zucker aus Frankreich, Margarine über die Oficomex, z. T. aus der Schweiz, ebenso Öl und anderes Fett.

Mit Hilfe des Monatsberichts vom Juli 1948 kann die Versorgungslage im Sommer desselben Jahres ebenfalls geschildert werden. Unter Berücksichtigung der geltenden Rationssätze wurden für den Monat August laut Vorplanung an Getreide benötigt:

Für die Brotausgabe	6 935 to Mehl
Für die Mehlausgabe (Rückstand)	
Für die Mehlausgabe Juli	1 477 to Mehl
Für die Mehlausgabe August	1 477 to Mehl
Für Sonderbedarf	80 to Mehl
	9 969 to Mehl

Für den nächsten Erntemonat wurde eine Frühdrusch-Umlage in Höhe von 2 315 to Brotgetreide und 746 to Gerste vorgeschrieben. Entgegen den Erwartungen ist die Getreideernte nicht so ausgefallen wie angenommen wurde, so dass kaum mit einer höheren Erfassung zu rechnen war. Die Ernte gegenüber den Vorjahren war wesentlich schlechter, z. T. feucht eingebracht; deshalb musste der Hauptteil der zukünftigen Versorgung auch durch Importe gedeckt werden. Es standen beispielsweise für die September-Versorgung aus erfasster Eigenproduktion nur 2 500 to Brotgetreide zur Verfügung. Importe von 6 000 to Getreide wären notwendig gewesen, wenn Versorgungsschwierigkeiten hätten vermieden werden sollen.

Bei der Kartoffel-Versorgung ist zu beobachten, wie aus der Bewirtschaftung der Not plötzlich die Bewirtschaftung eines Überflusses entstand, wofür nicht zuletzt die Durchführung des Währungsschnittes verantwortlich zu machen ist. Die ausführenden Organe konnten den Markt nicht mehr überblicken, sobald die Versorgung überreichlich garantiert war. Infolge Zufuhren an Speisekartoffeln aus der Bizone setzte ein freier Verkauf ein. Eine Lagerung für längere Zeit musste ausbleiben, da Frühkartoffeln nur kurzfristig haltbar sind und die Preise von Beginn der Frühkartoffelernte bis zum Abschluss der Ernte von Speisekartoffeln zur Einkellerung dauernd fallen. Der Angebotsdruck der Produzenten in der Bizone war so gross, dass keinerlei Gegenlieferungen erfüllt werden mussten. Die eigene Erfassung von Speisefrühhkartoffeln betrug rund 269 to, von denen 90 to an die französischen Stellen fielen.

Alle vorgesehenen Rationen an Teigwaren, Kaffee-Ersatz, Hülsenfrüchten, Käse und Butter konnten nur ausgegeben werden, weil erhebliche Zufuhren aushalfen. Auch an Eiern fand z. B. ein Import aus Württemberg statt (200 000 Stück), und aus Rheinland-Pfalz kamen 220 000 Stück zu den im Inland erfassten 2 807 497 Stück (bis Monat Juli). Von der incl. Lagerbestand verfügbaren Menge von 4 317 693 Stück betrug die Umlage für die französische Armee 598 580 Stück. (Vergl. Tabelle S. 119, dort werden auch die Umlagen für Kartoffeln, Gemüse, Obst, Fleisch, Butter, Milch usw. ersichtlich.)

Der Trinkmilch-Bedarf wurde weiterhin durch Aushilf-Lieferungen gedeckt. (Kinder bis zu 3 Jahren erhielten im Juli 23,25 Liter, bis zu 6 Jahren 15,5 Liter, bis zu 10 Jahren 7,75 Liter, bis zu 20 Jahren 3,8 Liter, Personen über 20 Jahren 0 Liter.)

In dem Berichtsmonat sind auch 500 Gramm Fische pro Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gekommen, da die Bizone wegen der Blockierung Berlins den Überschuss abtreten konnte.

Zur Fleisch-Versorgung ist zu sagen, dass die Ablieferung von Schlachtieren ohne besonderen Zwang erfolgte, wozu die ungünstige Witterung und die schlechte Heuernte Anlass gaben, und vor allem die Währungsreform dringend erforderliche Geldmittel durch Verkauf von Vieh, besonders Kälbern, notwendig machte. Schon gegen Ende des Monats war bereits ein Nachlassen der verstärkten Ablieferung zu spüren, da sich im freien Verkauf entschieden höhere Preise erzielen liessen. Die monatliche Zuteilung von 400 Gramm konnte ausgegeben werden, was für die nachfolgenden Monate schon nicht mehr der Fall war. Die »Schwarzverkäufe« zu doppelten Preisen nahmen immer mehr zu.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich allgemein, dass zwar die zugebilligten Rationen von November 1947 bis Juli 1948 und in den weiteren Monaten merklich erhöht und zum grössten Teil rechtzeitig geliefert werden konnten, aber nicht immer der Gesunderhaltung und Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit entsprachen.

In diesem Zusammenhang muss deshalb auch einiges zu den in der Nachkriegszeit recht blühenden Schwarzhandelsgeschäften auf dem Lebensmittelsektor gesagt werden.

Da in Südbaden glücklicherweise keine ausgesprochenen Industriegrosstädte ohne jegliches bäuerliche Hinterland anzutreffen sind, konnte die Bevölkerung, z. B. Freiburgs im Br., im nahen Kaiserstuhlgebiet »Hamsterfahrten« unternehmen, um sich in den schlimmsten Notzeiten über Wasser zu halten. Infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse war es der städtischen Bevölkerung allerdings sehr schwer gemacht, die notwendigen Agrarprodukte direkt vom Land zu beziehen. Auch Polizeikontrollen, die in gewissen Fällen sicher am Platze gewesen sind, hinderten auf schikanöse Art oft den Strom der rucksackbepackten Städter, die ihre teuer erworbenen Waren nach Hause bringen wollten.

Die Bezahlung des doppelten oder mehrfachen erlaubten Preises, oder noch besser der Tauschweg, Ware gegen Ware, galten bei diesen Geschäften am aussichtsreichsten. Es änderten sich dabei allerdings die Tauschrelationen. Kostete z. B. ein »schwarzer« Liter Vollmilch bei einem bestimmten, dem Hamsterer gut bekannten Bauern 1 RM — der amtliche Preis war 28 Rpf. —, so durfte der Käufer nicht mit Sicherheit annehmen, dass er am nächsten Tag zu den gleichen Bedingungen die Mangelware beziehen konnte. Er musste gewöhnlich Textilien oder andere Wertgegenstände, die den Bomben in den Städten entgangen sind, dagegen einzutauschen versuchen. Und sogar dieser Weg wurde mit der Zeit oft unmöglich, weil der Stadtbewohner nichts mehr aufbringen und der Landwirt einfach nichts mehr abgeben konnte, da ihm entweder Strafe drohte oder weil er einen Teil seiner Produkte, die er ja im übrigen abzuliefern hatte, gegen solche eintauschen musste, die seinem eigenen Betrieb fehlten und auf andere Weise nicht mehr beizubringen waren.

Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, dass nach beiden Richtungen hin, nach der Angebots- und der Nachfrageseite, oft ungeheure Forderungen gestellt wurden, die nicht zur gegenseitigen Unterstützung des städtischen »Normalverbrauchers« und des ländlichen »Selbstversorgers« beigetragen haben.

Es ist sehr schwer, ein richtiges Bild der Versorgungsschwierigkeiten der einzelnen Landes- und Bevölkerungsteile zu vermitteln, denn jeder Kreis, jede Ortschaft, jede Familie hatte ihre eigenen Nöte zu überwinden und ihre eigenen »Beziehungen« zu schaffen und zu erhalten.

Man hat in diesen Zeiten deshalb z. B. Obst und Gemüse in Haus- und Kleingärten während der »mageren Jahre« noch intensiver angebaut als früher, und viele Familien konnten sich selbst versorgen. Es ist jedoch zu bedenken, dass bei der eiweiss- und fettarmen Nahrung der letzten Kriegs- und Nachkriegsmonate der Bedarf an Kohlehydraten grösser sein musste als vor dem Krieg. Trotz aller Anstrengungen — der erstaunlicherweise beibehaltenen und

bis zur Währungsreform relativ gut funktionierenden Ordnung des ehemaligen Reichsnährstandes bzw. der Kriegswirtschaft — wird es nach dem Krieg noch viel weniger möglich sein, die deutsche Bevölkerung aus dem eigenen Boden zu ernähren. Dies gilt für das gesamte übriggeliebene »Rumpfdeutschland« wie für die französische Besatzungszone allein, auch wenn durch Umwandlungen der abgeholzten Forstflächen in Ackerland, durch Ödlandgewinnung usw., oder durch eine Bodenreform versucht werden soll, hier noch Steigerungsmöglichkeiten zu finden. Es scheint sicher nicht zweckmässig, die um jeden Preis angestrebte Autarkie, das »Krebsübel« (nach Röpke) des zwanzigsten Jahrhunderts, weiterzutreiben. Bei dem Bemühen um die Selbstversorgung, die den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Zwischenkriegsjahre entsprach, ist allerdings streng zu scheiden zwischen den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten und den wirtschaftspolitischen Interessen.¹⁴⁰

Das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft wird natürlich immer Brot, Kartoffeln und Grünland sein und z. T. sein müssen und darauf aufbauend eine intensive Viehhaltung. Schon aus diesem Grunde würden Einfuhren an Futtermitteln — vor allem Ölsaaten — nötig. Die arbeitsintensive Veredelungswirtschaft, d. h. die Produktion von Milch, Butter, Käse, Fleisch und Eiern, könnte dadurch intensiviert werden. Dieser Betriebszweig, d. h. Viehwirtschaft in kleineren Betrieben, ist nicht so stark an die Marktnähe gebunden, wie z. B. der Gemüsebau oder andere Spezialkulturen und könnte mit verhältnismässig geringem Anfangskapital betrieben werden. Die Frage der Betriebsgestaltung hängt natürlich wesentlich ab von der Höhe des allgemeinen Lebensstandards, d. h. von der Höhe der Verbrauchereinkommen im Inland; wesentlich ist auch, ob der deutsche Binnenmarkt vor der in jeder Hinsicht billiger produzierenden ausländischen Konkurrenz des Weltmarktes geschützt wird oder nicht. In einer freien Marktwirtschaft wird die deutsche Landwirtschaft¹⁴¹ nur in Intensivkulturen existenzfähig sein, wozu nicht nur Düngemittel im gleichen Masse wie vor dem Krieg, sondern auch Arbeitskräfte benötigt werden.

Gerade auf diesen letzteren Punkt wird in der »Wirtschaftszeitung« (Jg. 4, Nr. 7, Stuttgart, den 22. Januar 1949) hingewiesen und bemerkt, dass die Landflucht wieder auflebt, und nicht nur Flüchtlinge und andere im Kriege herbeigeströmte Erntehelfer ausbleiben — ganz abgesehen von der ehemaligen Beschäftigung der Ausländer und der Kriegsgefangenen —, sondern dass auch die bodenständigen Kräfte und die bisher mithelfenden Familienangehörigen von dieser Bewegung von neuem erfasst werden. Da auch bei den Bauern nach der Währungsreform das Geld knapp wurde und der Anreiz, durch nicht in Geld entlohnte Mithilfe sich zusätzliche Nahrungsmittel zu beschaffen, bei der allgemein gebesserten Versorgungslage immer kleiner wird, ist in diesem Jahr zum ersten Male wieder mit Arbeitsschwierigkeiten zu rechnen. Die vielen Flüchtlinge hätten auf dem Lande wohl Arbeitsgelegenheit, aber keine Wohn-

¹⁴⁰ Vergl. Salin, Edgar, Am Wendepunkt der deutschen Wirtschaftspolitik a. a. O. Seite 696.

¹⁴¹ Nach Ansicht des Deutschlandberichtes Nr. 4, Seite 25, Betrachtungen zu einer Intensivierung der deutschen Landwirtschaft, Seite 14 ff.

stätten. Ohne Arbeitskräfte wird aber, bei einem gleichzeitigen Mangel an Geldkapital für Neuinvestierungen (Maschinen etc.) an eine Intensivierung nicht gedacht werden können.¹⁴²

Tatsächlich ausgegebene Rationen in den Monaten:

(Für Normalverbraucher über 18 Jahre)

Lebensmittel	November 1937 Gramm	Juli 1948 Gramm
Milch	—	—
Brot	6 000	7 750
Zucker	— ¹⁴³	750
Fleisch	600	400 ¹⁴⁴
Butter	200	350
Käse	125	125
Marmelade	—	—
Kaffee-Ersatz	100	100
Fische	—	500
Teigwaren (Land)	250	500
Teigwaren (Prioritätsstädte) ¹⁴⁵	500	750
Hülsenfrüchte	500	750
Kartoffeln (Land)	10 000 ¹⁴⁶	10 000
Kartoffeln (Prioritätsstädte)	12 000 ¹⁴⁷	14 000
Suppenerzeugnisse	—	100 ¹⁴⁸
Kalorien aus andern Lebensmitteln (Land)	1 190	1 480 ¹⁴⁹
Kalorien aus andern Lebensmitteln (Prioritätsstädte)	1 274	1 602 ¹⁵⁰

142 Im Zusammenhang mit einer Neuregelung werden für Deutschland vielleicht auch einmal die internationalen Vorschläge der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO.) der Vereinigten Nationen wichtig, die am 16. Oktober 1945 entstanden ist. Vergl. dazu: Alimentation et Agriculture, bulletin européen de la FAO., No. 1 août/septembre 1947 u. f. Rome, Italie. Food and Agriculture Organisation of the United Nations, Washington Juli 1946 ff.

143 450 Gramm waren vorgesehen.

144 590 Gramm waren vorgesehen.

145 Prioritätsstädte, d. s. Orte über 20 000 Einwohnern (Baden-Baden, Offenburg, Freiburg, Lörrach, Konstanz).

146 15 000 Gramm waren vorgesehen.

147 18 000 Gramm waren vorgesehen.

148 125 Gramm waren vorgesehen; Mehl von 1 550 Gramm konnte nicht ausgegeben werden.

149 1 619 Kal. waren vorgesehen.

150 1 725 Kal. waren vorgesehen.

Überblick über die örtliche Ernährungslage

(Aus dem November-Bericht 1947)

Lebensmittel	Bedarf f. d. Monats- Ration	Zuteilgn. v. örtlicher Erzeugung	Verfügbar		Zu- sammen 3 + 4 + 6	
			aus örtl. Vorräten	Einführen von außerhalb vorgesehen erhalten		
1	2	3	4	5	6	7
	to	to	to	to	to	to
Brotmehl	4 619 ⁵	4 017	602	—	—	4 619
Kartoffeln	8 009 ¹	8 009	—	—	—	8 009
Hülsenfrüchte	1 817 ^{2,3}	—	392	unbekannt	1 425	1 817
Gemüse	—	520 ⁴	—	—	—	520
Obst	—	290 ⁴	—	—	—	290
Getränke, Wein	—	—	—	—	—	—
Bier (hl)	12 542	9 985	2 557	—	—	12 542
Fleisch	8 412	848,1	—	—	—	848,1
Wurstwaren	—	—	—	—	—	—
Milch (l)	35 805	35 874	—	—	—	35 874
Käse	190 ⁶	32	21	29	29	82
Butter	200 ⁷	174	—	5	—	174
Tier. Fette	93 ⁸	—	73	—	—	73
Margarine	70 ⁹	—	45	—	—	45
Öl	21	—	21	—	—	21
Eier (St.)	—	62 847	18 685	7 246 450	5 862 530	5 944 062
Geflügel, Hasen	—	0,393	0,320	—	—	0,713
Zucker	752	—	25	unbekannt	727	752
Kaffee-Ersatz	78	—	—	—	—	—
Suppen-erzgn.	100	—	—	—	—	—
Kindernährmittel	59	—	—	—	—	—
Nährmittel	13	42	17	—	—	59
Fleisch-, Fisch- Gemüsekonservern	—	—	—	—	—	—
Teigwaren	340	—	346	—	—	346

¹ Auf der Basis von 12 kg für Prioritätsstädte und 10 kg für die anderen Orte

² 818 to als Kartoffelersatz für den Monat September

³ 580 to für den Monat Oktober

⁴ An Krankenanstalten, Gemeinschaftsverpflegte usw.

⁵ Eigentlicher Bedarf 5510 to, da die Mehrlation erst im Dezember ausgegeben wurde, somit der Bedarf für November auf 4 619 to

⁶ Plus Rückstand Oktober 65 to

⁷ " " " 17 to

⁸ " " " 45 to

⁹ " " " 21 to

Zusammenfassung der Erfassungstätigkeit und der Expedition

(aus dem Juli-Bericht 1948)

Produkte	Jährl. Umlage oder Programme	Umlage für den Monat	Erfassung im Monat	Erfaßt in den Vormonaten	Totale Erfassung	Versandplan f. d. Monat	Getät. Vers.
	1	2	3	4	5	6	7
	to	to	to	to	to	to	to
Frühkartoffeln	1 000	—	269	—	269	—	90
Gemüse	6 065	745	276	458	734	745	276
Obst	4 290	310	241,4	455,6	697	310	241,4
Wein (hl)	11 900	—	—	62 241	62 241	—	11 269
Brotgetreide	21 057	—	—	20 453	20 453	—	—
Gerste	6 483	—	—	9 210	9 210	—	—
Heu	10 460	—	—	9 883	9 883	—	—
Hafer	5 448	—	—	4 470	4 470	—	—
Stroh	2 202	—	—	1 637	1 637	—	—
Mahlmais	1 076	—	—	254	254	—	—
Rinder	11 500	520	765,7	6 076,9	6 842,6	—	47,3
Kälber	2 100	168	200,7	720	920,7	54	64,9
Schafe	300	3	5,7	45,7	51,4	2	2,4
Schweine	700	4	8,2	49,2	57,4	4	4,4
Pferde	—	—	4,4	38,9	43,3	—	—
Tiere insges.	14 600	695	984,7	6 930,7	7 915,4	60	119
Eier (Stck.)	2 232 200	1 471 000	2 807 497	16 481 415	19 272 363	590 000	598 580
Milch (Ltr.)	2 025 904	186 010	150 418	731 626	982 044	4 466	4 466
Butter	6 444	420	460	1 959	2 419	122	108

Spalte 2: bei — bestehen keine monatlichen Umlagen

Spalte 6 und 7: diese Mengen = die Gesamtaufgabe für die französische Armee im laufenden Monat

Schlußwort

Zum Schluss der Arbeit über die Lebensmittelversorgung des Landes Baden bleibt in einem zusammenfassenden Rückblick nochmals zu sagen:

Es ist in dieser Schrift versucht worden, ein deutliches Bild der Ernährungswirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen zu entwerfen und in einem »zeitlichen« Exkurs die Verhältnisse nach Kriegsende 1945 zu schildern.

Von der Kriegswirtschaft des ersten Weltkrieges ausgehend, war über die ausgesprochen protektionistischen Massnahmen und die interventionistischen Eingriffe auf dem deutschen Binnenmarkt landwirtschaftlicher Produkte Aufschluss zu geben, und schliesslich war die totale Marktregulierung der Agrarwirtschaft Deutschlands nach 1933 zu untersuchen, die auch in den Jahren des Zusammenbruchs in Form der kriegswirtschaftlichen Organisation formell aufrechterhalten blieb.

Die weitere Aufgabe bestand in der Feststellung, inwieweit die Landwirtschaft des badischen Landes in der Zwischenkriegszeit ihre Leistungen den veränderten wirtschaftspolitischen Bedingungen anzupassen vermochte. Unter dem Einfluss der Produktions- und Verbrauchspolitik konnten die Richtung, die Erfolge und die Misserfolge in der Agrarproduktion gekennzeichnet, auch die Angaben über die Entwicklung des Konsums ermittelt und erklärt werden, wobei die enge Verbindung mit andern deutschen Ländern oder auch mit dem Ausland zu berücksichtigen blieb, die sich in den Ein- und Ausfuhrziffern widerspiegelte.

Im Zusammenwirken der wesentlichen Faktoren, die in den Jahren 1945/47 die Versorgungsverhältnisse des Landes bestimmten, ist in der französischen Zone, besonders in Südbaden, der Stand der Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen geprüft worden, um damit sowohl die sichtbaren Konsequenzen der vergangenen Ernährungspolitik darzustellen, als auch zugleich die bescheiden gewordenen Grundlagen für einen zukünftigen Aufbau kennen zu lernen.

Eine Neuregelung wäre für die kommenden Jahre weder in nationalistischer Abgeschlossenheit noch im »Kolonialstil« zu wünschen, sondern im Sinne einer europäischen Zusammenarbeit, die weit über die Agrar- und Ernährungswirtschaft hinaus den »Indifferenzraum« (nach Professor Salin), unserem sozialen Jahrhundert gemäss, zu gestalten hätte.

Literaturverzeichnis

I. Einzelschriften

II. Sammelwerke

III. Berichte, statistische Quellen, Zeitschriften und Zeitungen.

I. Einzelschriften

- Aereboe, Friedrich*: Allgemeiner Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft. Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. 1. Band, Berlin 1929, S. 109.
- Aereboe, Friedrich*: Der Einfluss des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland. Stuttgart, Berlin, Leipzig, 1927. Sammlung Wirtschaft und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Deutsche Serie, Nr. 21.
- Aereboe, Friedrich*: Zur Frage der Agrarzölle, Berlin 1925.
- Baade, Fritz*: Das System der agrarpolitischen Mittel. Deutsche Agrarpolitik Teil II, Berlin 1932, Seite 218 ff.
- Beckmann, Fritz*: Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft und ihre wirtschaftliche Lage (1919—1926) 2. Aufl. Berlin, 1926.
- Beckmann, Fritz*: Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1929, Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. S. 136.
- Beckmann, Fritz*: Die deutsche Milchwirtschaft. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932. S. 26 ff.
- Beckmann, Fritz*: Minderung der Agrareinfuhr durch innere Produktionsentfaltung. Das Reparationsproblem, Berlin 1928. S. 107.
- Bramstedt, Paul*: Die Tauschbeziehungen von Landwirtschaft und Industrie. Probleme des Binnenmarktes. Deutsche Agrarpolitik Teil II, Berlin 1932, S. 413 ff.
- Brandt, Karl*: Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft. Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 75 ff.
- Bresciani-Turroni, Constantino*: Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948.
- Bresciani-Turroni, Constantino*: The economics of inflation; a study of currency depreciation in post-war Germany. London 1931.
- Briefs, Götz*: Aufbau und Tätigkeit der Preisprüfungsstellen. Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 23, Berlin 1917.
- Brinkmann, Carl*: Erzeugung und Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte in Baden, in Gemeinschaft mit Hans Brodbeck und Wilhelm Kaiser. Heidelberg 1937, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1936/37, 4. Abhandlung.
- Ciriacy-Wantrup, Siegfried*: Agrarkrisen und Stockungsspannen, Berlin 1936.
- Cassel, Gustav*: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, Berlin 1916.

- Dietze von, Constantin*: Bekämpfung der Agrarkrise in Deutschland. Vorträge und Verhandlungen über die Weltagrarkrise. Internationale Konferenz für Agrarwissenschaft, Leipzig 1934.
- Dietze von, Constantin*: Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik, Neue Grundlagen der Handelspolitik, 1. Teil, München und Leipzig 1925.
- Dietze von, Constantin*: Volkswirtschaftspolitik, Mannheim, Leipzig, Berlin, 1936.
- Effenberg, Herwig*: Gesetze und Verordnungen von grundsätzlicher agrarpolitischer Bedeutung aus den Jahren 1930—1938. Diss. Bern 1938.
- Eiche, Hans*: Höchstpreise und öffentliche Ernährungswirtschaft in Deutschland während des Weltkrieges, unter besonderer Berücksichtigung der Fettversorgung. Diss. Basel 1938.
- Eisig, Helmut*: Der Verbrauch von Nahrungsmitteln in Deutschland vor und nach dem Kriege. Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 133 ff.
- Eucken, Walter*: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 2. durchgeseh. Auflage, Jena, 1941.
- Eulenburg, Franz*: Autarkie und Agrarschutz. Theoretische Möglichkeiten und Grenzen ihrer Verwirklichung. Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 655 ff.
- Falkenhausen, Freiherr von*: Aus der deutschen Kriegsernährungswirtschaft. Vorträge und Verhandlungen über die Weltagrarkrise. Internationale Konferenz für Agrarwissenschaft. Dt. Ausgabe, Leipzig 1934.
- Fensch*: Die Verwendung der deutschen Getreideernte. Veröffentlichungen des deutschen Landwirtschaftsrates, Heft 18, S. 26.
- Finkenstein, Finck von, Graf H.W.*: Der Aufbau der Agrarwirtschaft. Probleme der Unternehmungsformen und Wirtschaftspläne, Basel 1942.
- Goeggel, Erich*: Untersuchungen zur Verbrauchslenkung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft in Deutschland. Diss. Techn. Hochschule München 1938.
- Harms, Bernhard*: Das neue Deutschland im neuen Europa. Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. vervollst. Ausg., Berlin 1929, 1. Bd. S. 3 ff.
- Harkort, Günter*: Über den statistischen Dienst im heutigen Deutschland. Zeitschrift für schweizerische Volkswirtschaft und Statistik, 84. Jahrgang, Oktober 1948, S. 457 ff.
- Henkelmann, Werner*: Der deutsche Kartoffelbau. Deutsche Agrarpolitik, Teil I Berlin 1932, S. 188 ff.
- Hesse, A.*: Freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft im Kriege. Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 16, Berlin 1918.
- Hesse, A.*: Die deutschen Wirtschaftsgebiete in ihrer Bedeutung für die landwirtschaftliche Erzeugung und Versorgung Deutschlands. Beiträge zur Kenntnis der Marktverhältnisse der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1928.
- Hirsch, J. und Falck, C.*: Der Kettenhandel als Kriegerserscheinung. Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 3, Berlin 1916.
- Jöhr, W. A.*: Inflation und Rationierung. Fundamente zur Kriegswirtschaftspolitik. St. Gallen 1942. Veröffentlichungen der Handelshochschule St. Gallen, Reihe A Heft 16.

- Keynes, J. M.*: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München und Leipzig 1920.
- Keynes, J. M.*: Revision des Friedensvertrages, München und Leipzig 1922.
- Kunz, Hans*: Der deutsche Getreidebau. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 171 ff.
- Kunz, Hans*: Der deutsche Zuckerrübenbau. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 296.
- Kunz, Hans*: Der deutsche Gemüse- und Obstanbau, bearbeitet auf der Grundlage der Gutachten von J. Reinhold und K. Schneider, Dt. Agrarpol., Teil I, Berlin 1932, S. 233 ff.
- Kunz, Hans*: Viehwirtschaft und Fleischerzeugung, auf Grund der Gutachten von J. Schmidt, H. Burckhardt, F. Schlote, Dt. Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 249 ff.
- Kunz, Hans*: Die deutsche Eierzeugung, bearbeitet auf der Grundlage des Gutachtens von Paul Gross. Deutsche Agrarpolitik, Teil I, Berlin 1932, S. 28.
- Landmann, Julius*: Agrarpolitik und internationale Exportfähigkeit. Dt. Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 53 ff.
- Le Coutre, W.*: Die Grundgedanken der deutschen Preispolitik im Weltkriege 1914—18, Berlin 1919.
- Meyer, Konrad*: Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1939.
- Mehrens, Günther*: Die Marktordnung des Reichsnährstandes, Berlin 1939.
- Merkel, Hans*: Die Marktordnung und ihr Recht, Berlin 1942.
- Mises, Ludwig*: Preistaxen. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Auflage 1925, Bd. 6, S. 1055—1062.
- Münzinger, A.*: Die Auswirkung der Agrarkrise in der Bauernschaft Süddeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der ungünstigen Gebiete. Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Berlin 1932, S. 284 ff.
- Neuling, Willy*: Neue deutsche Agrarpolitik, Tübingen 1949.
- Preisig, F.*: Wirtschaftliche Bedingungen der badischen Eierproduktion. Diss. Heidelberg 1933.
- Rebmann, Edmund; Gothein, Eberhard; Jagemann von, Eugen*: Das Grossherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, zweite vervollständ. Auflage, 1. Band, Karlsruhe 1912.
- Ritter, Kurt*: Die Autarkiebestrebungen und ihr Einfluss auf die Angleichung von Erzeugung und Bedarf. Deutsche Agrarpolitik Teil II, Berlin 1932, S. 641 ff.
- Röpke, Wilhelm*: Offene und zurückgestaute Inflation. Bemerkungen zu Jaques Rueff's »L'ordre social«, Kyklos, Vol. I, Bern 1947, S. 57—71.
- Röpke, Wilhelm*: Repressed inflation, Kyklos, Vol. I, Bern 1947, S. 242.
- Rosen, J.*: Das Existenzminimum in Deutschland. Untersuchungen über die Untergrenze der Lebenshaltung. Zürich 1939.
- Salin, Edgar*: Am Wendepunkt der deutschen Wirtschaftspolitik. Deutsche Agrarpolitik Teil II, Berlin 1932, S. 684 ff.
- Salin, Edgar*: Die deutschen Tribute, 12 Reden, Berlin 1936.

- Salin, Edgar*: Standortverschiebungen der deutschen Volkswirtschaft. Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. vervollständigte Ausgabe, 1. Bd. Berlin 1929, S. 75 ff.
- Salin, Edgar*: Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit. Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel und Jena, 1932, Band 25; Sonderabdruck.
- Salin, Edgar*: Wirtschaft und Staat. Drei Schriften zur deutschen Weltlage. Berlin 1932.
- Salin, Edgar*: Wirtschaft und Wirtschaftslehre nach zwei Weltkriegen. Kyklos, 1947, Vol. I., Bern 1947, S. 26 ff.
- Samuel, Ludwig*: Gemüse, Obst und Südfrüchte. Versorgungsbilanzen und Verkehrsbilanzen, Berlin 1933.
- Schiller, Karl*: Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft. Jena 1940.
- Schrewe, Ernst*: Die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an wirtschaftliche Veränderungen. Jena 1940.
- Schürmann, Artur*: Deutsche Agrarpolitik, Neumann-Neudamm 1940.
- Senglet, Jean-Jaques*: Die Preispolitik der Schweiz während des Weltkrieges 1914—18. Historisch-systematische Untersuchung unter Heranziehung von Vergleichsmaterial des zweiten Weltkrieges. Noch unveröffentl. Exemplar, Diss. Basel. 1949.
- Sering, Max*: Die deutsche Volkswirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Berlin 1932. Dargestellt unter Verwertung und Ergänzung der Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft.
- Sering, Max*: Die Krisis der Weltwirtschaft und die auswärtige Wirtschaftspolitik, Jena 1922. Kieler Vorträge, Heft 6.
- Sering, Max*: Internationale Preisbewegung und Lage der Landwirtschaft in den aussertropischen Ländern, Berlin 1929.
- Spiehoff, Arthur*: Krisen. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 6. Band, S. 8 ff.
- Stackelberg von, Heinrich*: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, herausgegeben von V. F. Wagner, Bern 1948.
- Steiner, Max*: Die Agrarpolitik in der Schweiz und in Deutschland von 1933 bis 1939. Noch unveröffentl. Exemplar, Diss. Basel 1949.
- Terhalle, Fritz*: Freie und gebundene Preisbildung. Ein Beitrag zu unserer Preispolitik seit dem Beginn des Weltkrieges, Jena 1920.
- Vogel, Adolf und Boehm, Karl*: Einfluß der Preise auf die Produktion in der Landwirtschaft. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 12. Jg. 1937/38, Heft 1, N. F.
- Von der Decken, Hans*: Entwicklung der Selbstversorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Berlin 1938.
- Waffenschmidt-Holtzmann*: Die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden, Karlsruhe 1925.
- Wagemann, Ernst*: Grundsätze der Preispolitik. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. N. F. 12. Jahrgang 1937/38, Heft 1. Deutsche Preispolitik und wirtschaftliche Grundlagen der deutschen Preispolitik. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung N. F. 13. Jahrgang 1938/39, Heft 3.

- Wagemann, Ernst*: Wo kommt das viele Geld her? Geldschöpfung und Finanzlenkung im Kriege, Düsseldorf 1940.
- Wagner, V. F.*: Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik. Zeitschrift für schweizerische Volkswirtschaft und Statistik. 76. Jahrgang 1940.
- Wagner, V. F.*: Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem. Zeitschrift für schweizerische Volkswirtschaft und Statistik, Jg. 82, 1949, Heft 6; Referat, gehalten an der 8. Arbeitstagung der Studiengruppe für theoretische Nationalökonomie in Zürich, 1. Juni 1946.
- Weber, Wilhelm*: Chronik der deutschen Agrarpolitik. Deutsche Agrarpolitik, Teil II, Berlin 1932, S. 131 ff.
- Wiedenfeld, K.*: Staatliche Preisfestigung, ein Beitrag zur Kriegspreispolitik, Halle 1918.
- Zimmermann, Werner*: Die Nahrungsquellen der Welt, Berlin 1941.

II. Sammelwerke

Agrarpolitik, Deutsche

- Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmassnahmen.
- Teil II: Die deutsche Agrarpolitik im Rahmen einer organisatorischen Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft.
- Ergänzungsteil: Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ausland. Verzeichnisse zum Gesamtwerk.
- Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft e. V. 5., 6. und 7. Band.
- Im Auftrage des Vorstandes herausgegeben: Fritz Beckmann; Bernhard Harms; Theodor Brinkmann; Hermann Bente; Edgar Salin; Werner Henkelmann. Berlin 1932. (Oben zit. als: »Deutsche Agrarpolitik«.)

Landwirtschaft, Die deutsche, unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dargestellt unter Verwertung und Ergänzung der Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Sering, Max, in Gemeinschaft mit Berlin 1932.

Nahrungsquellen, Die der Welt. Handbuch über Erzeugung und Handel der wichtigsten Agrarprodukte.

- Teil I: Getreide: Werner Zimmermann.
- Teil II: Ölfrüchte: Werner Zimmermann.
- Teil III: Schlachtvieh und Fleisch: Reimund Buder.
- Teil IV: Milchwirtschaft: Oswalt Vopelius.
Herausgegeben von Werner Zimmermann, Berlin 1941. (Zit. als: Die Nahrungsquellen der Welt.)

Reparationsproblem, Das:

- Teil I: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Pyrmont vom 5. und 6. Juni 1928.
- Teil II: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Berlin am 15. und 16. und 17. November 1928.
- Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft, 1. und 2. Band. Im Namen des Vorstandes herausgegeben von: Edgar Salin, Berlin 1929.

Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2. vervollständigte Ausgabe, herausgegeben von Bernhard Harms, 1. Band Berlin 1929. (Zit. als: *Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft*).

III. Berichte, statistische Quellen, Zeitschriften und Zeitungen

Buchführungsergebnisse der Buchstelle der Landesbauernschaft Baden. Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Baden. 1926/ 27 ff. — 1933/34, Heft 3 ff. — Heft 9.

Denkschrift der Großherzoglich-Badischen Staatsregierung über ihre wirtschaftlichen Massnahmen während des Krieges, Karlsruhe 1915, 2. Band.

Deutschlandbericht, Nr. 1—4, 1946/47. Bureau intermédiaire pour secours d'après-guerre à l'Allemagne.

Deutschland-Jahrbuch 1949, herausgegeben von Klaus Mehnert und Heinrich Schulte, Essen 1949.

Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges. Statistisches Reichsamt, Berlin 1923.

Enquête-Ausschuss, II. Unterausschuss, Band 5 und 6, Berlin 1928 und 1930. Verwendung der deutschen Kartoffelernte. II. Unterausschuss, Band 15, Berlin 1931, Lage der deutschen Milchwirtschaft.

Finanzarchiv, gegründet von Georg von Schanz, N. F. Herausgegeben von Hans Teschenmacher, Bd. 11, Heft 1, 2. Tübingen 1948.

Geschäftsbericht des Badischen Ministeriums des Innern für die Jahre 1913—24. Band I und II, Karlsruhe 1926.

Kurven und Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung. Leiter: Ernst Wagemann, Berlin 1932.

Kyklos, Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. I, Bern 1947, Vol. II, Bern 1948.

Landwirtschaft, Die badische, im allgemeinen und in einzelnen Gauen. 1., 2. und 3. Band, bearbeitet vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe 1932.

Landwirtschaft, Die in Baden, aufgrund amtlichen Materials mit 34 Karten; bearbeitet vom Badischen Statistischen Landesamt Karlsruhe 1927.

Monatsberichte einer Geschäftsstelle für Landwirtschaft und Ernährung, franz. Besatzungszone Baden 1948.

Statistik der deutschen Milch- und Molkereiwirtschaft. Herausgegeben von Oswalt Vopelius, Hildesheim 1938.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 55.—57. Jahrgang, 1936—1938. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Land Baden, 42.—44. Jahrgang, 1925, 1930, 1938. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Karlsruhe.

Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 1926 ff.

Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N. F., 1934 ff. Herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, Leiter: E. Wagemann.

Wirtschaft und Statistik, 1936 ff. Bearbeitet vom Statistischen Reichsamt Berlin 1921 ff.

Wirtschaftszeitung, eine Wochenschrift, Stuttgart, Jahrgang 4, 1949.

Zeitschrift für schweizerische Volkswirtschaft und Statistik. Herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik.

Curriculum vitae

Am 29. Dezember 1923 bin ich als Tochter des Mühlenbesitzers Johann Friedrich Reiss und seiner Ehefrau Wilhelmine, geb. Leonhardt, in Brombach bei Lörrach geboren. Ich besuchte die dortige Volksschule und trat 1934 in das humanistische Hebel-Gymnasium in Lörrach ein, wo ich im Jahre 1942 das Abitur bestand. Nach einjährigem Pflicht-Arbeitsdienst durfte ich das Studium der Nationalökonomie in Freiburg im Breisgau beginnen. Das dritte Semester (SS 1944) hörte ich in Strassburg. Daraufhin musste ich mein Studium vorläufig abschliessen, um bis Kriegsende in einer Rüstungsfabrik und später im väterlichen Betrieb in Brombach den Kriegseinsatz der Studenten zu erfüllen. Erst im Jahre 1946 konnte ich, dank der freundlichen Einladung von Schweizer Bekannten und Freunden, mein Studium an der Universität Basel fortsetzen. Das Sommersemester 1948 musste ich infolge Passchwierigkeiten ausfallen lassen.

Am 2. November 1949 bestand ich die mündliche Prüfung des Doktor-examens.

Bei folgenden Herren Dozenten habe ich die Vorlesungen besucht oder an deren Übungen teilgenommen:

Freiburg i. Br.: Bader, Boehmer, v. Dietze, Eucken, Giustiniani, Haacke, Koberstein, Rehm, Ritter, Schönke, Schrade, Werner, Wilken, Wolf.

Strassburg: Dölle, Kirsch, Nikisch, Ritschl, Willeke.

Basel: Baumgarten, Brogle, Faucherre, v. Finckenstein, Furlan, Häberlin, Jaspers, Ruck, Salin, Simonius, Staehelin, Wagner.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Edgar Salin für die wertvollen Anregungen zur vorliegenden Arbeit und die stetige Hilfe während meiner Studienjahre in Basel.

Johanna Katharina Reiss

